

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Solidarität mit dem chilenischen Volk“.
Diskurspraxis der österreichischen Chile-
Solidaritätsfront

Verfasser

Jakob Wurm

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, im Oktober 2008

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 312 295

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Geschichte

Betreuerin:

Univ.-Prof. Dr. Martina Kaller-Dietrich

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort.....	5
1. Erkenntnisinteresse	6
2. Forschungsstand	9
2.1 Begriff und Deutungsgeschichte von Solidarität.....	9
2.3 Solidaritätsbewegungen in Österreich und Deutschland	10
3. Methode Diskursanalyse	13
3.1 Diskurstheorie.....	13
3.2 Historische Diskursanalyse und Geschichtswissenschaft.....	14
3.3 Kritische Diskursanalyse	15
4. Solidarität als politischer Kampfbegriff.....	18
4.1 Begriffsgeschichte und Deutungen.....	18
4.1.1 Definitionen	18
4.1.2 Begriffsursprung.....	19
4.2 Sozialistische Solidarität und Internationalismus.....	19
4.2.1 Vom Frühsozialismus zum Sozialismus.....	20
4.2.2 Marxistische Theorie, Internationale Solidarität und Arbeiterbewegung	21
4.2.3 Deutungsrahmen sozialistischer Solidarität.....	23
4.2.4 Solidarität als Kampfbegriff	24
4.3 Internationalismus und Solidaritätsbewegung.....	25
4.3.1 Solidarität <i>unter/zwischen/von</i> Gleichen und <i>mit</i> Fremden.....	26
4.3.1 Internationalistische Solidarität	27

4.3.3 Von „Internationaler Solidarität“ zur „Solidaritätsbewegung“	28
5. Solidaritätsbewegung in Österreich.....	31
5.1 Solidaritäts- und Dritte-Welt-Bewegung in Österreich	31
5.1.1 Solidaritätsbewegung als Teil der Dritte-Welt-Bewegung.....	31
5.1.2 Solidaritätsbewegung mit Lateinamerika in Österreich	33
5.2 Solidaritätsbewegung: Neue Soziale Bewegung?	36
5.3 Der politische Kontext in Österreich	38
5.3.1 1968, Sozialpartnerschaft und Ära Kreisky.....	38
5.3.2 Internationalismus und Solidarität in der österreichischen Sozialdemokratie.....	40
6. Chile-Solidarität.....	44
6.1 Demokratischer Sozialismus und Militärdiktatur in Chile	44
6.1.1 Chilenischer Sozialismus: Regierung Allende 1970-73	44
6.1.2 Der 11.September 1973	46
6.1.3 Die Militärdiktatur Pinochets	47
6.1.4 Der Übergang zur Demokratie	49
6.2 Solidaritätsinitiativen mit Chile in Österreich	49
6.2.1 Reaktionen in Österreich	50
6.2.2 Chile-Solidaritätsgruppen.....	51
6.3 Die Chile-Solidaritätsfront (CSF).....	53
6.3.1 Entstehung und Selbstverständnis	53
6.3.2 Organisationsstruktur und Akteure.....	54
6.3.3 Aktivitäten, Erfolge und Ende	58
7. „Solidarität mit Chile“ – Bulletin der Chile-Solidaritätsfront.....	61

7.1 Strukturanalyse	61
7.1.1 Äußere Struktur und Selbstverständnis	62
7.1.2 Textsorten	75
7.1.3 Themen und Häufungen	78
7.2 Feinanalyse	91
7.2.1 Methode und Artikelauswahl.....	91
7.2.2 Artikelanalyse	92
7.3 Interpretation	109
7.3.1 Synchrone Perspektive – Topoi, Argumentationsfiguren und Themen	109
7.3.2 Diachrone Perspektive – Kontinuitäten, Brüche und Konjunktoren	113
8. Fazit.....	118
8.1 Diskurspraxis der Chile-Solidaritätsfront	118
8.2 Forschungsausblick	121
Anhang.....	123
Quellenverzeichnis.....	133

Vorwort

Bei aller kritischer Distanz möchte ich meinen tiefen Respekt denjenigen bekunden, die sich für das Wohl anderer Menschen eingesetzt haben, und ‚deren Diskurs‘ ich hier analysiere.

Mein besonderer Dank gilt den Akteuren der Chile-Solidaritätsfront, Dr. Herbert Berger und Johannes Seitner für die Bereitstellung des Quellenmaterials sowie aufschlussreiche Interviews. Weiters möchte ich mich bei Univ. Prof. Dr. Martina Kaller-Dietrich für die hilfreiche und reibungslose Betreuung bedanken. Für wertvolle Gespräche sei Stefan Hundsdorfer gedankt. Ganz besonders dankbar bin ich Manora Auersperg die sich während meiner intensiven Schreibphase praktisch alleine um unseren kleinen Sohn Ilja kümmerte. Ohne ihre liebevolle Unterstützung wäre diese Arbeit nicht zustande gekommen. Meinen Eltern, insbesondere meiner Mutter Ingeborg Wurm möchte ich für die Ermöglichung meines Studiums und die stete Unterstützung auch während der Diplomphase herzlich danken.

1. Erkenntnisinteresse

Vor dem Hintergrund der weltpolitischen und gesellschaftlichen Entwicklungen der 1960er und 1970er Jahre befand sich die Legitimität des marktwirtschaftlichen Systems an vielen Orten der Welt in einer Krise. Dies führte zu neuen Hoffnungen und brachte Aufbruchsstimmung in die politisierten Teile der Gesellschaft: In den Zentren des Kapitalismus kam es zu einer allgemein zunehmenden Politisierung. An der Peripherie des kapitalistischen Weltsystems, insbesondere in Lateinamerika, kam es zu massiven politischen und sozialen Auseinandersetzungen und zu Versuchen, alternative (meist sozialistisch orientierte) Gesellschaftsmodelle jenseits der hegemonialen Strukturen des kapitalistischen Weltmarktes aufzubauen. Diese Entwicklungen bilden den gesellschaftlichen Hintergrund für das Entstehen von Solidaritätsbewegungen in den kapitalistischen Zentren der 1970er Jahre (Kolland 1984: 166). In vielen europäischen Ländern markierten die beunruhigenden Ereignisse in Chile den Beginn der Solidarität mit den unterdrückten Mehrheiten in Ländern Lateinamerikas.

Am 11. September 1973 putschten rechte Militärs gegen die Sozialistische Regierung Salvador Allendes in Chile. Einprägsame Bilder der Gewalt gingen um die Welt. Im österreichischen TV-Format *Zeit im Bild 1* waren Kampfjets, die den Präsidentenpalast (Moneda) bombadierten, zu sehen. Salvador Allende kam während des Putsches ums Leben. Tausende Menschen wurden in der Folge in Straflager gebracht, ermordet und gefoltert. Dieses Ereignis löste weltweit Empörung und Proteste aus. Das gestürzte chilenische Projekt des Sozialismus der *Unidad Popular* (UP) bedeutete einen Hoffnungsträger und ein Identifikationsmodell für große Teile der europäischen und amerikanischen Linken. Im Gegensatz zu Kuba und der Sowjetunion stand Chile für den Versuch einen demokratischen Sozialismus zu installieren. Die Tatsache, dass dieses demokratische Modell gewaltsam beendet wurde, traf die Linke ins Mark. Es war die Verquickung von tiefer moralischer Empörung und Wut über die Zerstörung ausgelagerter politischer Utopien, die zur Entstehung einer weltweiten Solidaritätsbewegung führte.

Auch in Österreich entstanden in dieser Breite noch nie dagewesene Solidaritätsinitiativen, deren bedeutendster Teil sich 1973 in der *Chile-Solidaritätsfront* zusammenschloss. In den folgenden Jahren wurden Arbeit und Interesse der österreichischen Chile-Solidaritätsbewegung auf ganz Lateinamerika ausgeweitet. Gleichzeitig kam es zu einer Diversifizierung und Differenzierung innerhalb der Solidaritätsbewegung sowie zur Beteiligung neuer Akteure. Die Solidaritätsinitiativen für Chile können als Initialzündung einer später unter dem Schlagwort Dritte-Welt- und Solidaritätsbewegung bekannten sozialen Bewegung gelesen werden, deren Höhepunkte im Verlauf der 1970er und 1980er Jahre zu finden sind.

Die Geschichte dieser Bewegung zu verfolgen, steht im Mittelpunkt meines Interesses. Ausgangspunkt und Rahmen bildet das *Bulletin der Chile-Solidaritätsfront*. Die Entwicklung dieses Blattes – vom kleinen Informationsrundbrief der Chile-Solidarität im Jahr 1974 zum theoretischen Diskussionsportal der österreichischen Lateinamerika-Solidaritätsszene im Jahr 1985 – widerspiegelt die Geschichte der österreichischen Solidaritätsbewegung. Es geht dabei sowohl um ein Stück österreichische Gesellschaftsgeschichte, als auch um einen Paradigmenwechsel in der Diskursgeschichte internationalistischer Ideen.

Dem Begriff *Solidarität* kommt hier eine konstitutive Rolle zu. Er steht sowohl für die (Selbst-)Bezeichnung der Chile-Solidaritätsfront, als auch als zentraler Begriff des von dieser Bewegung getragenen Diskurses. In seinen Funktionen als politisches Schlagwort, aber auch als moralphilosophische und soziologische Kategorie, sowie als juristischer Terminus technicus verweist der Begriff Solidarität auf die verschiedenen Dimensionen seiner breit gefächerten Deutungsgeschichten. Die für diese Arbeit entscheidende Dimension von Solidarität betrifft Solidarität als politischen Kampfbegriff (Bayertz 1998: 40). Fragen zur Bedeutungs- und Deutungsgeschichte von Solidarität, sowie zur österreichischen Solidaritätsbewegung der 1970er und 1980er Jahre gehe ich im ersten Teil der vorliegenden Arbeit nach.

Das Aufkommen des Begriffs *Solidaritätsbewegung* stellt für Kössler/Melber (2002) einen Perspektivenwechsel im internationalistischen Diskurs dar: Während mit dem Begriff der Internationalen Solidarität bis in die sechziger

Jahre des 20. Jahrhunderts die Kämpfe der organisierten Arbeiterbewegung umrissen waren, so repräsentiert der Begriff der Solidaritätsbewegung seinen Bedeutungswandel zur Nord-Süd-Orientierung.

Die österreichische Chile-Solidaritätsfront schreibt sich in diesen Perspektivenwechsel ein. Auf sozialgeschichtlicher Ebene ging es dabei auch um eine Veränderung der politischen Handlungsformen. Während sich der Protest der Solidaritätsbewegungen zu Beginn der siebziger Jahre noch vorwiegend in den klassischen politischen Kanälen – Parteien, Gewerkschaften, Kirchen – bewegte, dominierten Anfang der 1980er Jahre die Politikformen der sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen (vgl. Kaller-Dietrich/ Mayer 2002) die Solidaritätsszene. Nicht mehr Parteiorganisationen, Gewerkschaften und Kirchen, sondern Basisinitiativen und Personenkomitees stellten die neuen politischen Akteure dar. Mit der Friedens- und der Ökologiebewegung kamen es zu einer Ausweitung und Diversifizierung der Protestbewegung.

Diese Entwicklungen diskursgeschichtlich zu untersuchen ist Ziel meiner Arbeit. Die Veränderungen in der 18-jährigen Geschichte des Bulletins der Chile-Solidaritätsfront repräsentieren den von Kössler/Melber (2002) diagnostizierten Wandel. Anhand einer Diskursanalyse dieses Blattes untersuche ich den konstatierten Bedeutungswandel im Konzept Internationaler Solidarität und frage nach seiner konkreten Manifestation in den Themen des Heftes. Es geht dabei um die Bedeutung des Begriffes Solidarität in der Diskurspraxis der Chile-Solidaritätsfront. Gleichzeitig geht es um eine allgemeine Charakterisierung dieses Diskurses. Welche ideologischen Konzepte kennzeichneten diesen Diskurs? Von welchen Themen und Argumentationsfiguren, von welchen Schlüsselbegriffen war er geprägt? Ziel meiner Arbeit ist eine Interpretation der Diskurspraxis der Chile-Solidaritätsfront im Kontext der Geschichte internationalistischer Ideen. Die Zeitschriften *Solidarität mit Chile* (1974-1978), *Solidarität mit Lateinamerika* (1979-1987) und *Venceremos* (1985-1992) werden mit der Methode der kritischen Diskursanalyse nach Siegfried Jäger (1999) untersucht.

2. Forschungsstand

2.1 Begriff und Deutungsgeschichte von Solidarität

Als bedeutende Kategorie des moralischen und politischen Denkens ist Solidarität zu einem beliebten Begriff avanciert. Im gesellschaftswissenschaftlichen Diskurs scheint Solidarität, angesichts der komplexen Prozesse von Globalisierung und Europäisierung, zunehmend zur Projektionsfläche für alle wünschenswerten Vorstellungen menschlichen Zusammenhalts zu werden (z.B. Zulehner/Denz/Pelinka/Talos 1997). Eine dementsprechende Fülle an wissenschaftlicher und weniger wissenschaftlicher Literatur ist unter dem Stichwort Solidarität recherchierbar. Die Perspektiven reichen von Philosophie, Soziologie, Geschichte und Politikwissenschaften über Rechts- und Wirtschaftswissenschaften bis hin zu Psychologie, Biologie und diversen Naturwissenschaften. Der Begriff Solidarität wird dabei oft als abstrakte Kategorie oder bloße Überschrift zum Träger verschiedenster Inhalte, ohne theoretisch spezifiziert zu werden (z.B. Christoph 1979, Bode 1999).

Im Gegensatz zur Masse an (Forschungs) Literatur rund um das Thema Solidarität gestaltet sich die Forschungslage zur Begriffs- und Deutungsgeschichte von Solidarität äußerst bescheiden. Das ist kein Zufall, denn gerade unscharfe Begrifflichkeiten erfreuen sich – besonders in politischen Diskursen – großer Beliebtheit. Kurt Bayertz nimmt diese „theoretisch ebenso wie politisch unbefriedigende Situation“ (Bayertz 1998: 9) als Ausgangspunkt seines Sammelbandes *Solidarität. Begriff und Problem*. Aus einem breiten wissenschaftlichen Spektrum wird in diesem Band der Begriff Solidarität, seine Geschichte und seine Bedeutung, diskutiert. Für die Erarbeitung eines Deutungsrahmens von Solidarität als politischen (Kampf)begriff – der für die Diskursanalyse des Bulletins der Chile-Solidaritätsfront (CSF) wichtig ist – waren besonders die Beiträge von Bayertz, Wildt und Tenfelde relevant.

Die einzige, explizit diskursanalytische Arbeit zum Solidaritätsbegriff ist eine Dissertation der deutschen Sozialwissenschaftlerin Gesa Reisz (2006) mit dem

Titel: *Solidarität: Wandel und Kontinuität eines politischen Deutungsmusters in Deutschland und Frankreich. Eine historisch-semantiche und diskursanalytische Rekonstruktion*. Die Studie ist vergleichend angelegt und umfasst zwei Teile; im ersten Teil wird einer Geschichte verschiedener Deutungsmuster von Solidarität als politisches Konzept nachgegangen; der zweite Teil stellt eine diskursanalytische Bearbeitung von Solidarität in den Reden linker Regierungschefs in Deutschland und Frankreich dar. Für die vorliegende diskursanalytische Untersuchung des Solidaritätsbegriffes in einem Medium der österreichischen Lateinamerika-Solidaritätsbewegung bildete die historisch-semantiche Analyse von Solidarität als Sozialistischem Kampfbegriff, wie in Reisz aufzeigt, einen wichtigen Ausgangspunkt.

2.3 Solidaritätsbewegungen in Österreich und Deutschland

Ein bekanntes Problem sozialer Bewegungen besteht in der spärlichen Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte. Symptomatisch dafür steht der Mangel an wissenschaftlichen Arbeiten zu den Solidaritätsbewegungen der 1970er und 1980er Jahre. Besonders eklatant ist dieser Mangel in Österreich. Abgesehen von der Solidaritätsbewegung mit Nicaragua (Stoff 2007; Kanamüller 1992; Franz 1989) und einer handvoll Zeitschriftenartikel aus den 1980er Jahren (Kolland 1984; Luger 1986, Kramer 1984, Kramer-Fischer 1988) bildet das Thema Solidaritätsbewegungen in Österreich eine wissenschaftliche Leerstelle. Auffällig ist auch der Mangel an (selbst)kritischer Auseinandersetzung zu diesem Thema in Österreich. Hierin zeigt sich eine Verbindungslinie vom untersuchten Diskurs zur Gegenwart. Mit der vorliegenden Arbeit möchte ich einen Beitrag zum Schließen dieser wissenschaftlichen Leerstelle leisten.

Etwas besser ist die Situation in Deutschland, obgleich es auch hier nur wenig Literatur zu diesem Thema gibt. Die Arbeit von Balsen/Rössel (1986) stellt einen wichtigen Ausgangspunkt und zugleich das einzige Standardwerk für die Beschäftigung mit der Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung dar. Auf über 600 Seiten verfolgen die beiden Autoren, selbst ehemalige Aktivisten und Sozialwissenschaftler, die Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der Bun-

desrepublik Deutschland von den 1950er bis in die 1980er Jahre. Anhand zahlreicher Interviews und Originaldokumente wird eine (selbst)kritische Darstellung betont, bei der die Solidaritätsbewegungen vor allem als innenpolitisches Phänomen interpretiert werden. Einen kompakten Überblick zur Ideengeschichte des Internationalismus mit Schwerpunkt Westdeutschland in essayistischer Form gibt Hierlmeier (2002). Kössler/Melber (2002) fragen aus historischer Perspektive kritisch nach Zweck, Mittel, Auswirkungen und Perspektiven von internationaler Solidarität.

Für die neuste Internationalistische Bewegungsforschung sind die Sammelbände von Fischer/Zimmermann (Hg.) (2008) und Hüttner/Oy/Schepers (Hg.) (2005) relevant. Wobei der Band von Fischer/Zimmermann in einem globalgeschichtlichen Ansatz die Internationalismen des 19. und 20. Jahrhunderts verfolgen, während es bei Hüttner/Oy/Schepers um die theoretische Debatte zur Geschichtsschreibung sozialer Bewegungen geht.

Um sich dem Thema Österreichische Solidaritätsbewegung wissenschaftlich anzunähern, musste also zunächst auf westdeutsche Sekundärliteratur zurückgegriffen werden. Vorsicht ist allerdings geboten, denn gerade was politische Kultur und soziale Bewegungen betrifft, bestehen zwischen Österreich und Deutschland beachtliche sozialgeschichtliche Differenzen. Diese Differenzen finden ihren Ausdruck in den unterschiedlichen Strukturen und Profilen der Chile-Solidaritätsbewegungen der beiden Länder, sowie insbesondere in den unterschiedlichen Diskurspraktiken dieser beiden Bewegungen.

Die, für meine Diskursanalyse herangezogenen Primärquellen (*Solidarität mit Chile, Solidarität mit Lateinamerika* und *Venceremos*) sind zum Teil (Jg. 1977-87') in der Österreichischen Nationalbibliothek zugänglich, der Rest (Jg. 1974-76) stammt aus den Privatarchiven von Johannes Seitner und Herbert Berger. Eine wichtige – und neben den Bulletins die einzig veröffentlichte – Quelle zur österreichischen Chile-Solidaritätsbewegung, stellt die testimoniale Darstellung des langjährigen Vorsitzenden der Chile-Solidaritätsfront (CSF), Herbert Berger dar. In seinem 2003 erschienen Buch beschreibt Berger Geschichte, Organisation und Arbeit der Chile-Solidaritätsfront, im Anhang sind Veranstaltungen und Akteure chronologisch aufgelistet.

Erwähnen möchte ich abschließend Gerald Hödls (1990) hervorragende Diplomarbeit *Die Dritte Welt in Ideologie und Politik der österreichischen Sozialdemokratie 1970-1983*. Hödls Studie ist für meine Arbeit von großem Wert weil sie genau jene sozialistische Ideologie, Programmatik und Rhetorik der 1970er Jahre untersucht, die wesentlichen Einfluss auf die Diskurspraxis der CSF hatte, und zum Teil mit dieser korrelierte.

3. Methode Diskursanalyse

Die gesamte vorliegende Arbeit ist durch eine diskurstheoretische Betrachtungsweise gekennzeichnet. Ich folge dabei einem an Michel Foucaults' Diskursbegriff orientiertem Ansatz. Diskursanalyse ist nicht (nur) die Bezeichnung einer Methode, vielmehr geht es dabei um eine erkenntnistheoretische Perspektive, um eine Interpretationsweise von Wirklichkeit. Schon in Art und Form der allgemeinen Fragestellung ist diese Sichtweise impliziert. Eine kurze Darstellung der Grundlagen des Foucaultschen Diskursbegriffes (3.1), von historischer Diskursanalyse als geschichtswissenschaftliche Methode (3.2) und eine Beschreibung meines eigenen diskursanalytischen Vorgehens im Rahmen dieser Arbeit (3.3) strukturieren das folgende Kapitel.

3.1 Diskurstheorie

Weder bei Foucault noch bei seinen Nachfolgern gibt es eine einheitliche Definition des Diskursbegriffes. Dennoch erfreut sich dieser Begriff heute großer Beliebtheit und einer bisweilen inflationären Anwendung (Eder 2006: 9f). Für einen wissenschaftlichen Kontext ist es daher unerlässlich, die eigene Verwendungsweise des Diskursbegriffes zu spezifizieren.

Das Uraxiom der Diskurstheorie besteht in der konstruktivistischen Annahme, dass es *das* unbezweifelbare Wissen von *der* objektiven Wirklichkeit schlicht nicht gibt (Landwehr 2008: 18). Vielmehr sind Wissen und Wirklichkeit als Ergebnisse sozialer Konstruktionsprozesse zu verstehen, bei denen Gesellschaften ihre Umwelt mit bestimmten Bedeutungsmustern ausstatten. Bestimmte Sichtweisen auf diese Umwelt werden als Wissen anerkannt – während andere als Aberglaube oder Unsinn abqualifiziert werden – und bestimmte Elemente werden zu einer Wirklichkeit objektiviert, die nicht mehr als historisch entstanden, sondern als naturnotwendig aufgefasst wird (Landwehr 2008:18-19). Als *Diskurse* werden dabei geregelte und untrennbar mit Macht verbundene Ordnungsmuster verstanden, in denen diese Konstruktionsarbeit organisiert wird (Landwehr 2008: 98). Wichtig ist, dass es

keine prä-diskursiven Onto-logien gibt, denn Menschen sind als gesellschaftliche Wesen immer in bestimmte diskursive Zusammenhänge hineingeboren, die ihr Denken und Handeln lebenslang prägen (Drinck 2005: 28). Im Zusammendenken von Sprache und Wirklichkeit liegt ein zentraler Ausgangspunkt von Diskurstheorie. Foucault bezeichnet Diskurse als Praktiken, „die systematisch die Gegenstände bilden von denen sie sprechen“ (zit. nach Eder 2006: 11). Diskurse bilden Wirklichkeit also nicht ab, sondern bringen sie überhaupt erst mit samt dem zugehörigen Wissen hervor, „sie organisieren Wirklichkeit“ (Landwehr 2008: 21).

Um dieses Phänomen fassbar und damit kritisierbar machen zu können, entwickelte Foucault den Begriff des Diskurses. Der Diskursbegriff ist ein Analyseinstrument, das darauf aufmerksam machen soll, dass es zu bestimmten Zeiten und in bestimmten Gesellschaften klar abgegrenzte Bereiche des Machbaren, Denkbaren und Sagbaren gibt (Landwehr 2008: 20-21). Diese diskursive Produktion von Wirklichkeit unterliegt dabei gewissen (sprachlichen und nicht-sprachlichen) Regulierungspraktiken die es den Beteiligten ermöglichen im Rahmen eines Diskurses korrekt zu denken, zu sprechen und zu handeln. Diskursanalyse versucht diese Regulierungspraktiken sichtbar zu machen, d.h. zu re-konstruieren. Diskurs bezeichnet daher „einen zu Forschungszwecken hypothetisch unterstellten Strukturierungszusammenhang der verstreuten Aussageereignissen zugrunde liegt“ (Keller 2006: 59, zit. nach Landwehr 2008: 21). Obgleich sich der Diskursbegriff Foucaults nicht auf sprachliche Aspekte reduzieren lässt, stellt das Feld der Sprache den wesentlichen Ort von Diskursanalyse dar.

3.2 Historische Diskursanalyse und Geschichtswissenschaft

Für die Geschichtswissenschaft bildet Sprache in zweierlei Hinsicht den Grundstoff ihrer Arbeit: erstens stellt Sprache das Medium der Vermittlung historischen Arbeitens dar, und zweitens zeigt sich Geschichte zumeist in sprachlich gestalteter Vermittlung. Geschichte kann uns daher nie in unmittelbarer Anschauung begegnen, was wir vorfinden ist die soziale Äußerung historischer Protagonisten (Drinck 2005: 30). Diese Äußerungen entstammen

einem bestimmten Diskurs, den sie gleichzeitig auch re-konstituieren. Über eine Ansammlung solcher Äußerungen lassen sich Regelhaftigkeiten und Grenzen von historischen Diskursen feststellen. Geschichtswissenschaft kann daher immer nur soziale Wirklichkeiten in Form von Diskursen rekonstruieren und keine objektivierbaren historischen Wirklichkeiten produzieren. Als ForscherIn steht man dabei nicht außerhalb des Diskurses, diese Voraussetzung würde dem Konzept der Diskursanalyse selbst widersprechen. Vielmehr beruft man sich selbst immer auch auf Werte, Normen und Regeln, die diskursiv-historisch produziert sind. Gleichzeitig ist man in den diskursiven Prozess involviert und produziert daher weitere Deutungen zur Wirklichkeit des Gegenstandes (Drinck 2005: 35).

Umgekehrt ist historische Forschung die einzige Möglichkeit, den diskursiven Fundamenten sozial konstruierter Wirklichkeiten auf den Grund zu gehen, da „Diskurse keinen anderen ‚Grund‘ haben als ihre eigene Geschichte“ (Landwehr 2008: 97). In dieser Feststellung ist eine prägnante Eigenheit westlicher Gesellschaften bereits enthalten: Historizität als Modus der Wirklichkeitsproduktion. Historische Diskursanalyse erzeuge damit nach Landwehr (2008: 97) eine produktive Tautologie – welche auch ihr selbstreflexives Potential verdeutlicht:

„Denn zu akzeptieren, dass unter der Oberfläche soziokultureller Wirklichkeiten nur deren Historizität zu entdecken ist, bezeichnet nur den ersten Schritt. In einem zweiten Schritt hat die Einsicht zur Folge, dass diese Historizität ihrerseits nicht naturgegeben ist, sondern aus dem Umstand resultiert, dass der abendländische Modus der Wirklichkeitsproduktion eben historisch organisiert ist.“ (Landwehr 2008: 97)

Diskursanalyse bedeutet für Foucault daher auch, einen internen Verfremdungseffekt zu erzielen und so eine selbstreflexive Ethnologie des Abendlandes zu betreiben (Landwehr 2008: 97).

3.3 Kritische Diskursanalyse

In Anlehnung an Foucault wurde das erkenntnistheoretische Modell Diskursanalyse in den letzten Jahrzehnten zunehmend reflektiert, verwissenschaftlicht

und methodisch verarbeitet – Foucault selbst weigerte sich aus philosophisch-idealistischen Gründen stets, von einer Methode zu sprechen. Insbesondere auf den Gebieten von Soziologie, Literatur-, Sprach-, und Politikwissenschaft wurden unterschiedliche methodische Konzepte für die Untersuchung von Diskursen entwickelt. Heute gibt es innerhalb der Diskursanalyse verschiedene, sich teilweise ergänzende, aber auch teilweise widersprechende methodische Ansätze. Für die – derzeit noch – geringe Etablierung von Diskursanalyse in der Geschichtswissenschaft ist nach Eder (2006: 9) ein Mangel an praktikablen diskursanalytischen Methoden ausschlaggebend. Die meisten diskurshistorischen Arbeiten seien am methodisch unkonkreten Diskursbegriff Foucaults orientiert und weigerten sich über Disziplinschranken hinaus, methodisch-praktische Ansätze aus anderen Wissenschaften aufzugreifen (Eder 2006: 13).

Solch ein praktisch-anleitender Ansatz ist in der sogenannten *Kritischen Diskursanalyse* (KDA) nach Jürgen Link und Siegfried Jäger (1999) vorliegend. Kritische Diskursanalyse ist ein soziolinguistischer Ansatz der sich, in Anschluss an den diskursgeschichtlichen Ansatz Foucaults, zusätzlich auch der inneren Struktur von Texten widmet und Zuordnungen von rhetorischen und argumentativen Funktionen zu Texten und Textbestandteilen innerhalb eines diskursiven Gesamtkontexts vornimmt. Für die vorliegende Arbeit wird die Methode der Kritischen Diskursanalyse herangezogen, um den Diskurs der österreichischen Chile-Solidaritätsfront zu untersuchen. Das Bulletin der Chile-Solidaritätsfront, das zwischen 1974 und 1992 erschien, bildet den Ausgangspunkt meiner Analyse. Die Perspektive ist dabei eine diachrone (=historisch chronologisch nach Jäger 1999: 200-202). Es geht daher insbesondere um Kontinuitäten, Brüche und Verschiebungen in der Diskursgeschichte der CSF. Mittels Strukturanalyse wird der Diskurs nach Themen und Unterthemen und deren quantitativer Dichte untersucht und in einzelne Diskursstränge geordnet. Unter einem Diskursstrang versteht Jäger einen thematisch einheitlichen Diskursverlauf (Jäger 1999: 188). Daran schließt die Feinanalyse ausgewählter Diskursfragmente an. Hierzu werden für die jeweiligen Diskursstränge typische Artikel ausgewählt und einer soziolinguistischen Textanalyse unterzogen. Das Zusammenlesen von Struktur- und Feinanalyse ermöglicht

eine Charakterisierung des Diskurses der Chile-Solidaritätsbewegung.

Ein gewisses methodisches Problem von Diskursanalyse stellt die Bestimmung dessen dar, was als Kontext in die Analyse miteinbezogen wird. Dabei ist anzumerken, dass eine Trennung zwischen Text und Kontext eigentlich gar nicht möglich ist, wenn man konsequent von einer dialektischen Beziehung zwischen Sprache und sozialer Wirklichkeit ausgeht. Dennoch, als rein analytische, ist eine solche Trennung für die Analyse unumgänglich. Die Bestimmung dessen, was als Kontext in die Analyse miteinbezogen wird, obliegt dabei der/dem Untersuchenden (http://www.uni-koblenz.de/~diekmann/zfal/zfalarchiv/zfal36_2.pdf, 27.09.08) Für die vorliegende Arbeit können die Kapitel 4., 5. und 6. als Kontext der Diskursanalyse gelesen werden, wichtige zusätzliche Kontextfaktoren fließen in die Analyse selbst mit ein.

Die gesamte vorliegende Arbeit ist von einem diskurshistorischen Ansatz geprägt. Als Diskurs verstehe ich im weitesten Sinne Praktiken, die „Aussagen zu einem bestimmten Thema systematisch organisieren und regulieren und damit die Möglichkeitsbedingungen des (von einer sozialen Gruppe in einem bestimmten Zeitraum) Denk- und Sagbaren bestimmen“ (Eder 2006: 13). Eine Verknüpfung der drei involvierten Ebenen – textuelle, diskursive und soziale Praktiken – steht dabei im Mittelpunkt. Für die ‚empirische‘ Untersuchung des Bulletins der Chile-Solidaritätsfront wurde die Methode der Kritischen Diskursanalyse nach Jäger (1999) angewandt.

4. Solidarität als politischer Kampfbegriff

In diesem Kapitel werden verschiedene Aspekte und Dimensionen von Solidarität als politischem Begriff beleuchtet. Im Vordergrund steht dabei eine deutungsgeschichtliche Betrachtung von Solidarität im Kontext von Marxismus und Internationaler Arbeiterbewegung. Anhand der These eines Bedeutungswandels des politischen Solidaritätsbegriffes von der klassenexklusiven Arbeitersolidarität zu Solidaritätsbewegungen mit Nord-Süd Orientierung, werden Entwicklungen und Differenzen in den Konzepten internationaler Solidarität untersucht.

4.1 Begriffsgeschichte und Deutungen

Einführend werde ich der Begriffs- und Deutungsgeschichte von Solidarität nachgehen. Mein Fokus liegt dabei auf einer etymologischen Entwicklung von Solidarität zum politischen Begriff.

4.1.1 Definitionen

Alle Begriffe, in denen sich ein ganzer Prozess semiotisch zusammenfasst, entziehen sich der Definition; definierbar ist nur das, was keine Geschichte hat. (Nietzsche 1991 [1887]: 312)

Was Nietzsche im Kontext der Diskussion um Sinn und Funktion der Sprache formuliert, gilt richtungweisend für den Begriff Solidarität. Eine eindeutige Definition von Solidarität ist nur möglich, wenn Solidarität frei von jeder politischen oder gesellschaftlichen Praxis in einer Theorie steht. Damit wäre Solidarität aber nicht als politischer Begriff erfasst (Reisz 2006: 19). Da es in dieser Arbeit aber um die politische Dimension von Solidarität geht, werde ich mich nicht mit allgemeinen Definitionsversuchen aufhalten. Dies bedeutet nicht, dass eine Annäherung an inhaltliche Bedeutungen von Solidarität unmöglich wäre. Doch müssen die verschiedenen Bedeutungs- und Deutungslinien in ihrem diskursgeschichtlichen Kontext betrachtet und jeweils heraus-

gearbeitet werden. Das Hauptaugenmerk liegt auf einer deutungsgeschichtlichen Betrachtung von Solidarität als politischem (Kampf)Begriff. Dabei beschränke ich mich auf die deutschsprachigen Diskurse.

4.1.2 Begriffsursprung

Die etymologischen Wurzeln des Begriffes Solidarität liegen im lateinischen Vokabel „solidus“. Dieses weist eine enorme Bedeutungsbreite auf und meint, allgemein betrachtet, dass es um ein Ganzes geht, das in irgendeiner Weise fest zusammengehalten wird.

Gesichert taucht der Begriff erstmals als „obligato in solidum“, ein Grundbegriff des römischen Rechts, auf. Er bezeichnet eine bestimmte Form der Haftung, bei der jedes Mitglied einer Gemeinschaft für die Gesamtheit der bestehenden Schulden aufzukommen hatte, und umgekehrt die Gemeinschaft für die Schulden jedes einzelnen Mitgliedes (Bayertz 1998: 11).

Die französische Rechtssprache übernahm diesen Begriff im 16. Jahrhundert als „solidaire“ und „solidairement“ (Reisz 2006: 52). In der nachrevolutionären Phase der französischen Revolution erhielt der Begriff erstmals eine gesellschaftliche Rahmung. Bei den Debatten um Sozial- und Armutspolitik war es „die Suche nach Begriffen, die Beziehungen zwischen Gleichen ausdrückten, ohne die Religion zu bemühen“ (Reisz 2007: 32). Als Abgrenzung zu den asymmetrischen Begriffen der christlich dominierten Armenfürsorge „charité“, „mendicité“ und „philantropie“ sollte „solidarité“ ein gesellschaftliches Verhältnis zwischen Gleichen bezeichnen.

4.2 Sozialistische Solidarität und Internationalismus

Im Folgenden beziehe ich mich auf den Solidaritätsbegriff der sozialistischen Arbeiterbewegung. Der zweite wichtige Deutungsstrang von Solidarität für den deutschsprachigen Raum kommt aus dem Christentum und bezeichnet Solidarität, bzw. Solidarismus in Anlehnung an das christliche Konzept der Nächstenliebe als gesamtgesellschaftliches materielles wie immaterielles Gemeinschaftsprinzip (Reisz 2007: 43-52). Die katholische Soziallehre

versteht Solidarität als „harmonische Regelung des Verhältnisses zwischen Individuum und Gesellschaft“ (Kanamüller 1992: 41). Dieser historische Diskursstrang wird in meiner Arbeit nicht näher untersucht. In der Tradition des Christlichen, bzw. Religiösen Sozialismus findet es allerdings Eingang in den Diskurs des politischen Solidaritätsbegriffes. Implizit ist also auch das Konzept des Solidarismus als zentralem, gesellschaftlichem und ethischen Grundwert in einem sozialistischen Solidaritätsbegriff enthalten. Weiters ist zweifellos eine historische Verschränkung christlicher und sozialistischer Diskurse vorliegend, die über den institutionalisierten Diskurs von Religiösem Sozialismus und Befreiungstheologie hinausgeht; auf diese Zusammenhänge wird jedoch hier nicht näher eingegangen.

4.2.1 Vom Frühsozialismus zum Sozialismus

Französische Frühsozialisten.- Zum ersten Mal tauchte der Begriff Solidarität in der politischen Theorie um 1840 durch den frühsozialistischen Theoretiker Pierre Lerroux auf. Lerroux war ein Schüler der französischen Sozialutopisten Charles Fourier und Henry Saint-Simon. Inspiriert von den Paulusbriefen und der darin geschilderten christlichen Gemeinschaft, deren konstitutive Grundlage die Verantwortung des einzelnen für die gemeinsame Aufgabe der Existenzsicherung war, fand „solidarité“ als verwandter Begriff und Synonym zu „fraternité“ und „association“ Verwendung. Damit wurden Alternativen zu ungerechten und undemokratischen Verhältnissen entworfen (Reisz 2007: 31f). Die gesellschaftliche Organisation von Solidarität war für die Frühsozialisten von Anfang an Staatsaufgabe. Die politisch-praktischen Handlungsmaximen waren gewaltfreie Sozialreform und eine staatlich organisierte Sozialordnung (Reisz 2007: 32). Darin unterschieden sich die französischen Frühsozialisten maßgeblich von den späteren Sozialisten um Marx und Engels.

Weitergehende politische und wissenschaftliche Bedeutung erlangte Solidarität in Frankreich erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Nachdem ein breiter soziologisch-ökonomischer und auch katholischer Diskurs den Begriff Solidarität in Hinblick auf eine bessere Gesellschaft in der Zukunft einsetzte, wurde Solidarität Ende des 19. Jahrhunderts durch den linksrepublikanischen Ministerpräsidenten Leon Bourgeois zu einem Schlüsselbegriff der französi-

schen Dritten Republik. Bourgeois stützte sich in seiner solidarischen Doktrin auf den soziologischen und philosophischen Diskurs Auguste Comtes und Émile Durkheims. Seine solidaristische Konzeption bestimmte die politische Tradition des französischen Sozialismus bis in die Gegenwart (Reisz 2006: 58-101).

Von Frankreich nach Deutschland.- Marx und Engels übernahmen den Begriff der Solidarität von den französischen Frühsozialisten und machten ihn zu einem der populärsten und bedeutendsten politischen Begriffe der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung (Reisz 2006: 58). Die entscheidende Bedeutung von Solidarität lag für die kommunistischen Theoretiker in einem abgrenzenden Ersatz zur Brüderlichkeit. Brüderlichkeit als Einigungsvokabel der Arbeiterklasse konnte zu sehr die ganze Menschheit meinen und sollte nicht mehr die Klassensolidarität symbolisieren. Nach den Erfahrungen von Paris 1848, als sich unter dem Schutzmantel der „fraternité“ Millionäre zu Arbeitern erklärten und eine über alle Klassen reichende Verbrüderung auch die Bourgeoisie mit einbezog, passte der Begriff nicht mehr zu den politischen Forderungen des Marxismus (Reisz 2006: 59). Benötigt wurde ein geeigneter Kampfbegriff zur Bündelung der proletarischen Kräfte mit klassenexklusiver Wirkung. Damit ist auch die weit reichende Bedeutung der marxistischen Solidaritätsdeutung zu verorten. Solidarität stieg zum Schlüsselbegriff auf und kann als „politische Ressource der europäischen Arbeiterbewegung“ (Reisz 2007: 33) verstanden werden. Reisz spricht sogar von einer „Art Organisationswährung der Internationalen“ (Reisz 2007: 33):

4.2.2 Marxistische Theorie, Internationale Solidarität und Arbeiterbewegung

Marx und Engels entwickelten keine eigene Theorie der Solidarität, dennoch sollte die marxistische Deutung Solidarität zu einer zentralen politischen und moralischen Kategorie des späten 19. und des gesamten 20. Jahrhunderts machen. Solidarität stellt im Marxismus sowohl Ziel als auch Mittel und damit ein entscheidendes Organisationsprinzip dar. Sie bezeichnet das Prinzip der sozialen Beziehungen innerhalb der Arbeiterbewegung und beinhaltet gleichzeitig einen Zukunftsverweis auf die theoretisch konstruierte utopische Gesell-

schaftsform des Sozialismus. Solidarität ist somit sowohl Bedingung für die Verwirklichung Aller *in* einer kommunistischen Gesellschaft, als auch Bedingung der emanzipatorischen Bewegung der Arbeiterklasse bis zur Revolution *vor* der klassenlosen Gesellschaft (Reisz 2006: 126).

Internationale Solidarität der Arbeiterbewegung.- Ein bedeutendes Grundprinzip war Solidarität insbesondere für die praktische Organisation der (internationalen) Arbeiterschaft, die Internationale Arbeiterassoziation (IAA) und spätere Sozialistische Internationale. In der Rede über den Haager Kongress von 1872 betont Marx die Bedeutung der Internationalen Solidarität als Einigkeit und politische Kampfbereitschaft der Arbeiter für die erfolgreiche Revolution. Darin meinte Friedrich Engels:

„Bürger, denken wir an jenes Grundprinzip der Internationalen: die Solidarität. Nur wenn wir dieses lebende Prinzip unter sämtlichen Arbeitern aller Länder auf sichere Grundlagen stellen, werden wir das Endziel erreichen, das wir uns gesteckt haben. Die Umwälzung muss solidarisch sein, das lehrt uns das große Beispiel der Pariser Kommune, die deswegen gefallen ist, weil es in allen Zentren, in Berlin, in Madrid etc. zu keinerlei großen revolutionären Bewegungen gekommen war, die dieser machtvollsten Erhebung des Pariser Proletariats ebenbürtig wären. (Rede über den Haager Kongress von 1872, MEW 18: 161, zitiert nach Reisz 2006: 123)

Solidarität sollte durch die internationale Verbundenheit der Arbeiter über den nationalen Kontext hinaus die Arbeiterschaft in der eigenen Heimat zu Kampf und revolutionärer Aktion bewegen. Für die Arbeiterbewegung war Solidarität „stets ein Begriff, der ein kämpferisches Gruppenbewusstsein artikulierte und *zugleich* eine entsprechende Form von sozialen Beziehungen für alle antizipierte“ (Wildt 1998: 207). Klaus Tenfelde betont, dass die instrumentelle Vorstellung von Solidarität in der Kampfphase der Arbeiterbewegung deren Wertebezug überlagerte:

„Solidarität war erforderlich um Klassenbewusstsein herzustellen, das seinerseits als unabdingbare Voraussetzung für die Durchsetzung der Ziele der Arbeiterklasse galt: die Arbeiterklasse als eine >Klasse für sich< entstand *vermittels* Solidarität.“ (Tenfelde 1998: 197)

Von entscheidender Bedeutung war der Solidaritätsbegriff auch als praktisch-

politische Organisationswährung der Arbeiterbewegung. Solidarität war die politische Machtressource der Bewegung. Wem sie zuteil wurde, der gehörte dazu; Entzug bedeutete Ausschluss (Reisz 2007: 33). Damit wurde Solidarität auch in einem politisch-instrumentellen Sinne zu einem Schlüsselbegriff im Wortschatz der Internationalen Arbeiterbewegung.

Vor dem Hintergrund einer politisch angespannten internationalen Situation Anfang des 20. Jahrhunderts erhielt Solidarität sogar die Funktion eines Anti-Kriegs-Programmes. Auf den Kongressen der Zweiten Internationale wurde insbesondere von der deutschen Arbeiterbewegung Solidarität als Gegenkonzept zu den Eroberungskriegen imperialistischer Politik in die Diskussionen eingebracht. Eine friedliche Zukunft ohne Kriege wäre das natürliche Interesse der Arbeiterklasse, weil diese vorzugsweise die Kämpfer stelle und hauptsächlich die materiellen Opfer zu bringen hätte. Solch eine Zukunft wäre einzig durch die Schaffung einer sozialistischen Wirtschaftsordnung möglich, dies erst wäre die Grundlage für die Verwirklichung der „Solidarität der Völker“ (Resolution gegen Rüstung und Kriegsausbruch des Sozialisten Kongresses 1907; Sozialisten-Kongreß 1907: 85-86, zitiert nach Reisz 2006: 177).

4.2.3 Deutungsrahmen sozialistischer Solidarität

Gesa Reisz macht in ihrer diskursanalytischen Studie fünf verschiedene Deutungsrahmen und Funktionen von sozialistischer Solidarität aus:

- Solidarität als Kohäsionsbezeichnung der Arbeiterbewegung, als politische Ressource der Bewegung, (klassen-)exklusiv verstanden, durchaus als Kampfsolidarität;
- Solidarität als Lebensprinzip
- Internationale Arbeitersolidarität als Anti-Kriegsprogramm;
- Solidarität als zukunftsweisender Deutungsrahmen, als Basis einer sozialistischen, klassenlosen Gesellschaft, wie sie Marx beschrieb;
- klassenübergreifende integrative Solidarität Wilhelm Liebknechts (Reisz 2007, 42-43; Reisz 2006: 186).

4.2.4 Solidarität als Kampfbegriff

Im Folgenden werden einige allgemeine Überlegungen zu einem politischen Solidaritätsbegriff angestellt. Dabei werden bestimmte Aspekte von Solidarität diskutiert, die besonders für die nachfolgende Diskursanalyse von Bedeutung sind.

Kampfsolidarität.- Die zuvor thematisierten Solidaritätsdeutungen der Arbeiterbewegung entsprechen dem klassischen Typus der Interessenssolidarität. Kurt Bayertz bezeichnet Interessenssolidarität auch als Kampfsolidarität (Bayertz 1998: 40). Neben dem positiven Bezug auf bestimmte Ziele und Interessen, die durch gemeinsames Handeln der Gruppe erreicht werden sollen, ist Interessenssolidarität immer auch durch einen negativen Bezugspunkt, das Engagement gegen einen Gegner, einen Widerstand, gekennzeichnet (Bayertz 1998: 41). In der Philosophie Albert Camus' besitzt der negative Bezugspunkt von Solidarität durch die Erfahrung des gemeinsamen Kampfes einen zentralen Stellenwert. Der Zusammenhang von Kampf und Solidarität ist für Camus konstitutiv für die Erfahrung von menschlicher Gemeinschaft und Kollektivität. Erst in der Bewegung der Revolte, erst indem das Individuum sich auflehnt, gelangt es zur Solidarität mit anderen Individuen: „Ich empöre mich, also sind *wir*“ (Camus 1951: 21, Hervorhebungen J.W., zitiert nach Bayertz 1998: 48). Entscheidend ist, dass es dabei keine schon vorher existierende Solidarität gibt, die man erst mittels der Revolte entdecken könnte, sondern dass sich Revolte und Solidarität gegenseitig bedingen und produzieren:

„Die Solidarität der Menschen gründet in der Bewegung der Revolte, und sie findet ihrerseits die Rechtfertigung nur in dieser Komplizenschaft.“ (Camus 1951: 21, zitiert nach Bayertz 1998: 48).

Solidarität und Gerechtigkeit.- Im Selbstverständnis sozialer Bewegungen hat der Begriff Solidarität einen impliziten Bezug zu dem der Gerechtigkeit. Schon die Arbeiterbewegung führte ihren Kampf in dem Bewusstsein, sich gegen bestehendes Unrecht zu wehren und die Gerechtigkeit auf ihrer Seite zu haben. Für Angehörige von sozialen und politischen Emanzipationsbewegungen geht es nicht um nackte Interessen, sondern immer um die Realisierung gerechter Ziele (Bayertz 1998: 45). Dieser Befund gilt im Besonderen für die

sogenannten Dritte-Welt-Solidaritätsbewegungen der 1970er und 1980er.

Solidarität als Gefühl.- Dem Streben nach einem gerechten Ziel ist immer auch eine gewisse Befriedigung miteingeschrieben. Für solidarisches Handeln stellt Kurt Bayertz (1998) fest, dass das Streben nach dem Ziel schon ein Teil des Zieles selbst ist, und dementsprechend aus diesem Streben bereits ein Teil der Befriedigung gezogen werden kann, die man sich aus dem Ziel erhofft (Bayertz 1998: 46). Im sozialistischen Kontext gilt dies zusätzlich für den Zukunftshorizont einer utopischen Gesellschaft indem die „hier und heute praktizierte Solidarität zu einem Stück gelebter Utopie“ (Bayertz 1998: 47) wird. Als Vorgriff auf das, was Menschen in der utopischen Gesellschaft durch die „Entfaltung ihrer moralischen Potenzen zu sein vermögen“ (Bayertz 1998: 47). Der Zusammenhang des instrumentellen Verständnisses des Solidaritätsbegriffes der Arbeiterbewegung als „Waffe im Klassenkampf“ einerseits und dessen moralische und gefühlsbetonte Konnotationen andererseits, kommt in einem privaten Dokument des späteren Präsidenten der bayrischen Räterepublik, Kurt Eisner, zum Ausdruck:

„...Die Solidarität hat ihre Wiege im Kopf der Menschheit, nicht im Gefühl. Wissenschaft hat sie gesäugt, und in der großen Stadt, zwischen Schloten und Straßenbahnen ist sie zur Schule gegangen. Noch hat sie ihre Lehrzeit nicht abgeschlossen. Ist sie aber reif geworden und allmächtig, dann wirst Du erkennen, wie in diesem kalten Begriff das heiße Herz einer Welt von neuen Gefühlen und das Gefühl einer neuen Welt leidenschaftlich klopft.“ (Brief an eine Freundin aus dem Jahr 1908, Eisner: 1969: 217, zitiert nach Wildt 1998: 209)

In Bezug auf die internationalen Solidaritätsbewegungen der 1970er und 1980er Jahre ist dieser Aspekt besonders bedeutend. Solidarisches Handeln ist hier als bewusster individueller Akt zu verstehen, dem eine – oft stark gefühlsbetonte – Wahrnehmung von Problemen und Ungerechtigkeiten, die als nicht hinnehmbar beurteilt werden, zugrunde liegt (Kössler/Melber 2002: 29).

4.3 Internationalismus und Solidaritätsbewegung

Der Fokus meiner Betrachtung wird nun auf den Internationalistischen Aspekt

im Konzept der Solidarität gerichtet. Zunächst werden verschiedene Qualitäten von Solidarität differenziert und in einem politischen Solidaritätsbegriff zusammengeführt (4.3.1). Es wird nach der Bedeutung des Internationalen Aspekts für das Konzept der Arbeitersolidarität, und nach den historischen Implikationen die mit dem Begriff der Internationalen Solidarität verbunden sind, gefragt (4.3.2). Abschließend wird ein von einigen Autoren konstatiertes Wandel im Diskurs um Internationale Solidarität spezifiziert und als Ausgangspunkt meiner Diskursanalyse dargestellt (4.3.3).

4.3.1 Solidarität *unter/zwischen/von* Gleichen und *mit* Fremden

Für Kanamüller (1992) lassen sich zwei Formen bzw. Qualitäten von Solidarität unterscheiden:

1. „Solidarität unter/zwischen Gleichen“; die Solidarität besteht dabei zwischen Menschen in gleicher oder ähnlicher Lebens- oder Arbeitslage, die Verbundenheit besteht über gemeinsame Ziele.
2. „Solidarität mit Anderen/Fremden“, die unterdrückt werden und sich dagegen wehren; hier entsteht die Kraft der Solidarität aus einem Gefühl der (Mit-) Verantwortung und aus einer übergreifenden kollektiven Perspektive (Kanamüller 1992: 51)

Unterscheidbar sind diese beiden Formen von Solidarität nur theoretisch, weil gerade deren Vereinigung die wesentliche Stärke von Solidarität als politischem Kampfbegriff ausmacht. Nach Kössler/Melber (2002) kann daher der „Ruf nach Solidarität (...) das Engagement für gemeinsame Interessen und den festen Bund unter Gleichen ebenso fordern wie die aktive Parteinahme für ausdrücklich als Andere Wahrgenommene, Fremde“ (Kössler/Melber 12). Das Paradoxon von Brüderlichkeitspflichten gegenüber Fremden war für den politischen Solidaritätsbegriff daher von Beginn an konstitutiv (Kössler/Melber 2002: 13).

In Bezug auf die in meiner Arbeit untersuchten Solidaritätsbewegungen der 1970er und 1980er Jahre nimmt der Aspekt von *Solidarität mit Anderen* zweifelsohne die herausragende Stellung ein. Dennoch sind gerade auch hier,

wo öffentliche Solidaritätserklärungen einen großen Anteil der politischen Arbeit ausmachen, stets beide Qualitäten enthalten. Wenn etwa die Chile-Solidaritätsfront in einer Resolution ihre „Solidarität mit dem chilenischen Volk“ erklärt, so stellt dies eine politische Handlung dar, bei der dem Begriff Solidarität selbst eine tragende Rolle zukommt. Die vielleicht wesentlichste Bedeutung von Solidarität als politischem Begriff kann daher in seiner Funktion als performative Äußerung (zum Begriff des Performativen siehe: Austin 2002, sowie Wirth 2002) gesehen werden. Und gerade in dieser Funktion bilden die beiden unterschiedenen Qualitäten eine konstitutive Einheit.

4.3.1 Internationalistische Solidarität

Für die Arbeiterbewegungen des 19. Jahrhunderts fungierte Internationalistische Solidarität als Erweiterung der klassenexklusiven Solidarität, vom nationalen auf einen internationalen Rahmen – positiver Bezugspunkt war dabei die Weltrevolution, negativer Bezugspunkt der imperialistische, weltumspannende Kapitalismus. Durch die Internationale Solidarität der Arbeiterklasse sollten die Grenzen, „die bürgerliche Nationalstaaten gegen internationale Kommunikation, Gedankenaustausch und politische Aktion errichtet hatten“ (Preuß 1998: 407) überwunden werden. Die instrumentelle Bedeutung von Solidarität als Organisationswährung der Internationalen Arbeiterbewegung, sowie deren Funktion als Anti-Kriegsprogramm wurde bereits herausgearbeitet (Kapitel 4.2.2).

Nach dem Ersten Weltkrieg erfuhr die Bedeutung von internationaler Solidarität weiteren Ausbau. Die *III. Internationale* (1919– 1943) erreichte internationalen Einfluss wie keine andere Arbeiterbewegungs-Internationale zuvor. Denn im Unterschied zur *I.* (1864–1872) und *II. Internationalen* (1889– 1919) pro-klatierte die *III. Internationale* die Idee einer weltumfassenden Gesellschafts-transformation nicht nur, sondern bezog ihre Kraft aus der Verbundenheit mit einer tatsächliche revolutionären Gesellschaftsveränderung (Mayer 2008: 175). Durch die *III. Internationale* wurde zum ersten Mal der Versuch unternommen über die weiße, vorwiegend qualifizierte, Arbeiterklasse hinauszugreifen. So wurde, zumindest ansatzweise „eine wahrhaft

weltumspannende Perspektive der Befreiung und Emanzipation“ (Kössler/Melber 2002: 17) aufgezeigt. Unter dem Segel der internationalen Solidarität wurde die Beseitigung des Kolonialismus erstmals offizieller Bestandteil eines bedeutenden politischen Programms (Kössler/Melber 2002: 17). Dass dabei allerdings zwischen Anspruch und Wirklichkeit eine gravierende Lücke bestand, verdeutlicht die weitere Geschichte der III. Internationalen. Wie alle organisierten Arbeiter-Internationalismen bewegte sich auch die III. Internationale massiv im Spannungsfeld zwischen „national“ und „international“ (Mayer 2008: 174). Die antikolonialen Befreiungsbewegungen wurden eher als Reservearmeen betrachtet, und mit dem Appell an internationale Solidarität und revolutionäre Disziplin wurde im Zuge des sowjetischen Stalinisierungsprozesses die gesamte III. Internationale der russischen Außenpolitik untergeordnet (Mayer 2008: 174; Kössler/Melber 2002: 17).

Sowohl Mayer (2008: 174), als auch Kössler/Melber (2002: 15, 32) und Tenfelde (1998: 198) weisen auf die Differenzen und die Wichtigkeit der Unterscheidung zwischen Mythos und Realität – zwischen Diskurs- und Sozialgeschichte – der internationalen Arbeitersolidarität, hin. Inwiefern eine Art wesensmäßige, internationale, oder auch nur nationale Klassensolidarität, in Form von Klassenstabilität wenigstens punktuell historische Realität wurde, ist eine sozialhistorische Fragestellung der hier nicht weiter nachgegangen wird (siehe dazu Tenfelde 1998: 197 ff). Fest steht, dass Diskurs und Mythos der internationalen Solidarität eine beeindruckende Wirkmächtigkeit erzeugen konnten, und weiterhin erzeugen werden.

4.3.3 Von „Internationaler Solidarität“ zur „Solidaritätsbewegung“

Das herausragende praktische Ereignis in der Geschichte des Internationalismus war die Mobilisierung von insgesamt ca. 40.000 (davon ca. 1500 Österreicher) internationalen Brigadisten für den Kampf gegen General Franco im Spanischen Bürgerkrieg (1936-1939). Nach dem Zweiten Weltkrieg und in der Phase des Wiederaufbaus bis in die 1960er Jahre hatte der Internationalismus der Arbeiterbewegung praktisch aufgehört zu existieren (Hierlmeier 2002: 22). In der Folge wurde dort angesetzt wo dieses Kapitel beendet wurde: bei

der Geschichte der Arbeiterbewegung vor dem Zweiten Weltkrieg. Als internationale Solidarität Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre wieder zum politischen Thema in Österreich wurde, rekurrierte insbesondere die österreichische Sozialdemokratie in ihren Erklärungen und Schriften auf die Spanien Brigadisten und die ausländische Hilfe in den Jahren nach dem Februaraufstand 1934 (Hödl 1990: 35 ff; zu Internationalistischen Konzeptionen in der SPÖ der 1970er Jahre, siehe Kap. 5.3 bzw. Hödl 1990). Die eigenen historischen Erfahrungen des Antifaschismus bildeten die Grundlage der neuen Internationalen Solidarität zu Beginn der 1970er Jahre.

Im Verlauf dieses Jahrzehnts kam es in Europa und den USA zur Entfaltung neuer internationalistischer Bewegungen, die unter dem Schlagwort Solidaritätsbewegung und/oder Dritte-Welt-Bewegung in die Bewegungsgeschichte eingingen. Das Entstehen dieser Bewegungen muss vor dem Hintergrund der weltpolitischen und gesellschaftlichen Entwicklungen der 1960er und 1970er Jahre betrachtet werden. Für Kolland (1984) bilden die politischen und sozialen Auseinandersetzungen, um die Etablierung von alternativen Gesellschaftsmodellen jenseits des kapitalistischen Weltmarktes in der sogenannten Dritten Welt, in Kombination mit einer gewissen Hoffnungs- und Aufbruchsstimmung in bestimmten politisierten Teilen der Gesellschaft in den kapitalistischen Zentren, den Hintergrund für das Entstehen der sogenannten Solidaritätsbewegungen der 1970er Jahre.

Mit dem Aufkommen des Begriffs *Solidaritätsbewegung* verorten Kössler/Melber (2002) einen Bedeutungswandel im Diskurs um Internationale Solidarität:

„Internationale Solidarität umriss eigentlich über lange Zeit hinweg soziale Kämpfe der organisierten Arbeiterbewegung. Der mittlerweile etablierte Begriff der Solidaritätsbewegung mit eindeutiger Nord- Süd-Orientierung hingegen repräsentiert einen einschneidenden Bedeutungswandel.“
(Kössler/Melber 2002: 46)

Inwiefern sich dieser Bedeutungswandel in den Diskursen der sogenannten Solidaritätsbewegungen manifestierte gilt es zu fragen. Zumindest für die frühen 1970er Jahre darf dabei ein rhetorischer Rückgriff auf den Solidaritäts-Diskurs des traditionellen Arbeiterinternationalismus vermutet werden. Die

Solidaritätsbewegungen übernahmen den Solidaritätsbegriff der Arbeiterbewegung ohne eigene theoretischen Konzepte zu entwickeln und sich umfassend mit dem eigenen internationalistischen Selbstverständnis auseinanderzusetzen (Balsen/Rössel 1986: 542f). Die Chile-Solidaritätsfront bestand von 1973 bis 1990 als eine der ersten österreichischen Solidaritätsbewegungen und schreibt sich damit in den konstatierten Bedeutungswandel ein. Das Bulletin der Chile-Solidaritätsfront repräsentiert die Diskurspraxis dieser Bewegung. Welche Bedeutungen, welche Gebrauchsweisen und welche Funktionen dem Begriff Solidarität zugeschrieben werden, und wie dieser Diskurs strukturiert ist, werde ich anhand einer diskursanalytischen Untersuchung dieses Blattes fragen.

5. Solidaritätsbewegung in Österreich

Die unter dem Schlagwort Solidaritätsbewegung bekannten sozialen Bewegungen werden im Folgenden historisch untersucht und begrifflich differenziert (5.1). Anschließend folgt eine kritische Betrachtung des Konzepts „Neue Soziale Bewegung“ und die Frage inwiefern die österreichische Lateinamerika-Solidaritätsbewegung durch diesen Interpretationsrahmen zu erfassen ist (5.2). Nach den spezifisch österreichischen sozialen und politischen Bedingungen, sowie dem theoretischen Verständnis von Internationalismus und internationaler Solidarität innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie wird im letzten Teil dieses Kapitels gefragt (5.3).

5.1 Solidaritäts- und Dritte-Welt-Bewegung in Österreich

Die Forschungslage in Österreich zu den als „Dritte-Welt-Bewegung“ bezeichneten Initiativen und Gruppierungen der 1970er und 1980er Jahre ist äußerst bescheiden. Dasselbe gilt für die sogenannte Solidaritätsbewegung. Lediglich aus den 1980er Jahren – der Blütezeit dieser Bewegungen – existieren vereinzelt wissenschaftliche Artikel; die Autoren entstammten dabei zumeist selbst der „Szene“. Die folgende Darstellung der österreichischen Dritte-Welt- und Solidaritätsbewegung der 1970er und 1980er Jahre stützt sich auf diese Quellen.

5.1.1 Solidaritätsbewegung als Teil der Dritte-Welt-Bewegung

Anfang der 1970er Jahre formierten sich in Österreich - wie in anderen westlichen Industriestaaten - mit der sogenannten Dritte-Welt-Bewegung neue Akteure auf der politischen Bildfläche. Kolland (1984: 165) sieht die österreichische Dritte-Welt-Bewegung als „realhistorischen Tatbestand“, der als „politischer Faktor“ fassbar wäre. Als gesellschaftlichen Hintergrund nennt Kolland:

„Die Massaker und Gräueltaten in Vietnam, die erfolgreiche Revolution der

Kubaner und deren gleichzeitige Bedrohung, Hoffnungsschimmer und Zerstörung einer fortschrittlichen Entwicklung in Chile, und die wirtschaftlichen Probleme in den Industrieländern selbst (...).“ (Kolland 1984: 165)

Das Besondere an den Dritte-Welt-Initiativen der 1970er Jahre wäre, so Kolland (1984: 165) weiter, dass sich diese nicht mehr in den traditionellen Institutionen, politischen Parteien, Gewerkschaften und Kirchen organisierten, sondern neue Organisationsformen des Protestes entwickelt wurden. Spontan gegründete Basisgruppen, Komitees und Initiativen bildeten den organisatorischen Rahmen der Dritte-Welt-Bewegung (Kolland 1984: 165). Die Tatsache, dass viele Mitbegründer der neuen Gruppierungen auch in den politischen Parteien, Gewerkschaften und Kirchen verankert waren, steigerte die politische Wirksamkeit der Initiativen.

Bei der sogenannten Dritte-Welt-Bewegung handelt es sich nicht um eine homogene Bewegung, sondern um ein Phänomen des Entstehens zahlreicher Gruppen mit unterschiedlichem Selbstverständnis und divergierenden Aktivitäten (Kramer-Fischer 1987: 57). Die Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen liegen vor allem in der politischen Zielsetzung und dem moralischen Anspruch mit den sich daraus ergebenden Aktionsformen (Kramer-Fischer 1987: 57). Kolland (1984: 165f) und Kramer-Fischer (1987: 57-64) unterscheiden zwei Hauptströmungen innerhalb der Dritte-Welt-Bewegung: Aktionsgruppen und Solidaritätskomitees bzw. -bewegung. Zu den Aktionsgruppen zählen sie Selbststeuerungsgruppen, entwicklungspolitische Vereine, Pfarrgruppen etc., die Hilfsprojekte in der Dritten Welt betreuen und Aufklärungsarbeit in Österreich leisten; die Motivation ist dabei primär eine humanitäre und karitative (Kolland 1984: 165; Kramer-Fischer 1987: 57). Den Solidaritätsgruppen wird ein ausdrücklich politisches Selbstverständnis zu gesprochen; deren Engagement bestehe in der politischen und materiellen Unterstützung von revolutionären politischen Widerstands- und Befreiungsbewegungen der Dritten Welt, mit denen sie sich eindeutig identifizierten, sowie in der Öffentlichkeitsarbeit in Österreich (Kramer-Fischer 1987: 60; Kolland 1984: 166). Die dennoch oftmals synonyme Verwendung der Begriffe Solidaritäts- und Dritte-Welt-Bewegung führt zu terminologischen Verwirrungen. Kolland (1984: 164-181) führt zwar diese Differenzierung zu Beginn

seines Artikels ein, geht aber nicht näher darauf ein. Er spricht in Folge zumeist von der Solidaritätsbewegung und hat dabei die gesamte Dritte-Welt-Bewegung im Blick.

Kanamüller versucht in ihrer 1992 veröffentlichten Dissertation über die österreichische Nicaragua-Solidaritätsbewegung eine genauere Differenzierung zwischen der Solidaritätsbewegung und der Dritte-Welt-Bewegung zu erarbeiten. Auch sie verortet die Solidaritätsbewegung als einen abgrenzbaren Teil – wenn auch nur grob und mit fließenden Grenzen – innerhalb der Dritte-Welt-Bewegung (Kanamüller 1992: 71-80; Kolland 1984: 165f; Kramer-Fischer 1987: 57). Für Kanamüller ist die Solidaritätsbewegung dadurch charakterisierbar, dass „die konkrete Solidarität konkreten politischen Subjekten in der „Dritten Welt“ gilt“ (1992: 76); während in der Dritte-Welt-Bewegung „Informationsarbeit und Veränderungen im eigenen Lebensstil im Vordergrund stünden“ (1992: 78). Die Differenzen zwischen Solidaritäts- und Dritte-Welt-Bewegung wären „Ausdruck tendenziell unterschiedlicher gesellschaftstheoretischer Vorstellungen“ (Kanamüller 1992: 79). Während in der Dritte-Welt-Bewegung „solidarisches Handeln“ etwa im Beziehen von gesunder Nahrung von österreichischen Bergbauern oder im Trinken von „Solidaritätskaffee“ gefordert würde – die Gründung des *Österreichischen Informationsdienstes für Entwicklungspolitik* (ÖIE) 1979 ist für Kanamüller unmittelbar mit diesen Vorstellungen verknüpft –, ginge es der Solidaritätsbewegung um strukturelle Veränderungen in der Dritten Welt (Kanamüller 1992: 78f). Die Internationale Solidarität der Solidaritätsbewegung müsse ihrem Wesen nach antiimperialistisch sein, indem sie sich „gegen den Imperialismus (...) und gegen die Herrschenden in der „Dritten Welt“, die von diesem System profitieren“ (Kanamüller 1992: 78) und ihre Unterstützung „auf den Kampf für konkrete Befreiungsprozesse“ (Kanamüller 1992: 78) hin orientiert.

5.1.2 Solidaritätsbewegung mit Lateinamerika in Österreich

Initialzündung Chile- Zwar gab es schon in den 1960er Jahren und davor vereinzelte Solidaritätsinitiativen, etwa zu Algerien, Vietnam und Iran, dabei handelte es sich um gezielte Aktionen und Proteste, die fraglos zur Geschichte

internationalistischer Solidaritätsbewegungen gehören, jedoch nicht dem Bewegungspanorama der 1970er und 1980er Jahre zugerechnet werden können. Die Initialzündung für die Entfaltung der sogenannten Solidaritätsbewegung in Österreich kann mit dem Sturz der sozialistischen Regierung Allendes in Chile 1973 festgemacht werden (Stoff 2007: 5; Kramer-Fischer 1987: 57, 60). Mit den Protesten gegen die Militärdiktatur in Chile entstand eine Solidaritätsbewegung in Österreich, wie sie in Teilnehmerzahl und Breite noch nie dagewesen war. 1974 wurde die Chile-Solidaritätsfront gegründet, in der sich sozialistische, kommunistische und christliche Gruppen bei allen ideologischen Differenzen gemeinsam organisierten. Diese Organisation kann als erste, für die weitere Entfaltung der Lateinamerika-Solidaritätsbewegung bedeutende, Solidaritätsorganisation betrachtet werden. Die Geschichte des Bulletins der Chile-Solidaritätsfront, das zu einem wichtigen Sprachrohr eines großen Teils der österreichischen Lateinamerika-Solidaritätsbewegung wurde, bestätigt diese These (siehe Kap. 7).

Weitere Komitees entstehen- In den folgenden Jahren bezog die Chile-Solidaritätsfront andere süd- und zentralamerikanische Länder in ihr Engagement mit ein; parallel dazu entstanden zahlreiche weitere Solidaritätskomitees zu einzelnen lateinamerikanischen Ländern. Wien bildete das Zentrum, aber auch in anderen Bundesländern wurden Komitees gegründet. Zwischen 1975 und 1985 gab es El Salvador-Komitees in Wien und Innsbruck, Guatemala-Komitees in Wien, Innsbruck und Graz, ein Paraguay-Komitee in Wien, eine Arbeitsgemeinschaft Mexico und eine Informationsgruppe Peru in Wien und Brasilien Gruppen in ganz Österreich, die zum Teil auch der Solidaritätsbewegung zuzurechnen sind (Kramer-Fischer 1987: 60). Die meisten dieser Komitees bestanden aus wenigen – vorwiegend nicht parteigebundenen – Personen. Eine mit der Chile-Solidaritätsbewegung vergleichbare, oder diese sogar übersteigende Dimension erreichte nur die ab 1979 österreichweit entstandene Nicaragua-Solidaritätsbewegung. Diese stellt einen Sonderfall und gleichzeitig den Höhepunkt in der Geschichte der österreichischen Lateinamerika-Solidaritätsbewegung dar. Die Ausnahmestellung der Nicaragua-Solidarität wird durch die relativ breite Rezeption dieses Themas bestätigt (vgl. etwa: Stoff 2007; Kanamüller 1992; Franz 1993 bzw. 2006), während es zu

sämtlichen anderen österreichischen Lateinamerika-Solidaritätsbewegungen kaum wissenschaftliche Literatur gibt.

Organisation, Reflexion und Wandel.- Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre setzte ein österreichweiter, übergreifender Kooperations- und Organisationsprozess zwischen den verschiedenen Komitees, die sich mit Lateinamerika beschäftigten, ein. 1977 wurde das *Lateinamerika-Komitee Salzburg* als Organisationskomitee gegründet. Mitglieder waren die *Katholische Arbeiter-Jugend*, die *Katholische Hochschulgemeinde*, die *Christen für den Sozialismus*, die *Junge Generation*, *Amnesty International* und der *VSSTÖ* (Kramer-Fischer 1987: 61). 1981 wurde das *Lateinamerika-Komitee Graz* gegründet; weiters entstanden ein *Lateinamerika-Forum Tirol* und ein *Lateinamerika-Komitee Burgenland* (Kramer-Fischer 1987: 61).

Bereits 1975 wurde die *Informationsgruppe Lateinamerika (IGLA)* in Wien durch Leo Gabriel und Werner Hörtner, sowie andere Lateinamerika-Interessierte, ins Leben gerufen. Die *IGLA* ist allerdings nicht zur Solidaritätsbewegung im engeren Sinn zu zählen, da sie sich ihrem Selbstverständnis nach keiner bestimmten politischen Ideologie verschreibt. Erklärtes Ziel der *IGLA* war es, eine Gegenöffentlichkeit zur einseitigen Berichterstattung in den Medien, unter der Perspektive der sozialen Bewegung, aufzubauen (Stoff 2007: 31). Zu diesem Zweck wurde die Monatszeitschrift *Lateinamerika anders* gegründet, die bis heute besteht.

Der Höhepunkt der Organisationstätigkeit zwischen den Gruppen lag Mitte der 1980er Jahre. Zu dieser Zeit fand auch eine zunehmende theoretische und selbstreflexive Debatte innerhalb der Bewegung statt. Möglicherweise zeichnen sich in diesem Aufschwung an Reflexion und Koordination die ersten Indizien des Verfalls der Lateinamerika-Solidaritätsbewegung bereits ab. 1983 schlossen sich einige in Wien ansässige Gruppen zum *Solidaritätsforum Lateinamerika* zusammen. Zum *Solidaritätsforum Lateinamerika* gehörte auch die *Chile-Solidaritätsfront*. Für Kramer-Fischer (1987: 61) war es symptomatisch für einen gewissen linken Dogmatismus, der in diesen Gruppen herrschte, dass Gruppen wie der *IGLA* mit dem Argument, dass diese keine Solidaritäts-, sondern nur eine Informationsgruppe wäre, der Beitritt verwehrt worden war.

1983 und in den darauffolgenden Jahren fanden ein- bis zweimal jährlich gesamtösterreichische Konferenzen aller Lateinamerika-Solidaritätsgruppen statt. Koordiniert wurden diese vom Solidaritätsforum Lateinamerika. Eine Folge dieser Kontakte waren die in den Jahren 1983, 1985 und 1987 in verschiedenen österreichischen Städten veranstalteten *Lateinamerika-Wochen*, die durch ein kulturelles und politisches Programm eine breite Öffentlichkeit ansprechen sollten (Kramer-Fischer 1987: 61).

Ende der 1980er Jahre kam es zu einer rückläufigen Entwicklung der Solidaritätsbewegung. Mit dem Ende der Militärdiktatur Pinochets in Chile 1990, der Wahlniederlage der FSLN in Nicaragua und dem Friedensabkommen Anfang 1992 in El Salvador gingen die letzten Objekte der Solidarität verloren. Die Hoffnungen der Basisorganisationen in Lateinamerika, wurden aber, wie die der westlichen Solidaritätsbewegungen weitgehend enttäuscht: die erwartete politische und ökonomische Partizipation in den neuen Demokratien blieb aus. Nachdem die primären Ziele, die Beseitigungen der Diktaturen erreicht waren fehlt ein einigendes Widerstandsmotiv. Gleichzeitig kam es zu einer Integration und Normalisierung des politischen Protests: Die sozialen Bewegungen wurden institutionalisiert und wurden normaler Bestandteil des politischen Systems (Fischer 2008: 199f). Statt den Basiskomitees und Initiativen entstanden Nichtregierungsorganisationen als neue Akteure der entwicklungspolitischen Szenerie. Nicht mehr die Kritik an den - und der Kampf gegen die herrschenden Verhältnisse, sondern der Versuch über den Dialog mit allen gesellschaftlichen Kräften einen Politikwechsel zu erreichen, stand im Vordergrund (Fischer 2008: 200; Hierlmeier 2002: 112). Ein wesentliches Element dieses diskursiven Paradigmenwechsels sieht Hierlmeier (2002: 113 f) im Zusammenbruch der Sowjetunion und der damit verbundenen neuen weltpolitischen Situation.

5.2 Solidaritätsbewegung: Neue Soziale Bewegung?

Ein wichtiges Resultat von „1968“ stellen die sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen als neue Akteure der politischen Landschaft dar (Fischer 2008: 196). Eine Definition dieses Begriffs erweist sich als schwierig, da es sich um

einen „weichen Gegenstand“ sozialwissenschaftlicher Forschung handelt. Laut Fischer (2008: 196) bestehe das gemeinsame Kennzeichen der Neuen Sozialen Bewegungen in einem kritischen Verhältnis gegenüber dem Staat und aus Handlungsweisen, die ausschließlich auf diesen orientiert seien. Die politischen Strategien der „alten Linken“ und deren hierarchische Organisationsstrukturen würden zurückgewiesen (Fischer 2008: 196).

Aus der Perspektive der Bewegungsforschung wurden und werden genau diese Bruchlinien und Abgrenzungen gegenüber der „alten Linken“ betont (Fischer 2008: 197). Damit verbunden war ein Ende der 1970er Jahre einsetzender Paradigmenwechsel in der Analyse gesellschaftlicher Entwicklungen (Fischer 2008: 197). Nicht mehr die sozioökonomischen Verhältnisse standen im Fokus der Betrachtung, sondern die Rolle kultureller Prozesse und Alltagspraktiken für den Wandel gesellschaftlicher Machtverhältnisse wurde betont (Fischer 2008: 197). Der klassisch emanzipatorische Diskurs des personifizierten revolutionären Subjekts wurde abgelöst. Nicht mehr die in Parteien und Gewerkschaften organisierte Arbeiterklasse wurde als Ausdruck der objektiven gesellschaftlichen Interessen angesehen, sondern die vielfältigen Widerstandslinien der neuen sozialen Bewegungen wurden betont (Fischer 2008: 197).

Lässt sich die hier untersuchte Lateinamerika-Solidaritätsbewegung mit diesem Konzept der Neuen Sozialen Bewegung interpretieren? Nach Fischer (2008) wäre Kritik an dem „Neuheitsparadigma“ (Fischer 2008: 197) der Bewegungsforschung angebracht. Soziale Bewegungen hätten immer parallel zu den klassisch-emanzipatorischen, sozialistischen und kommunistischen Bewegungen existiert, so ein Einwand (Fischer 2008: 197). Die neuen Bewegungen könnten daher „als zeitgenössischer Ausdruck thematisch analoger Denkansätze und Bewegungsmilieus der Vergangenheit angesehen werden, die nun, in den 1970er Jahren, in erneuter und militanter Form in Erscheinung traten“ (Fischer 2008: 197). Umgekehrt würden mit den neuen Akteuren auch die alten Arbeiterorganisationen und Kämpfe nicht verschwinden, somit existiere „alt und neu“ zur selben Zeit und im selben Raum“ (Fischer 2008: 198; Haunss 2005: 33).

Für Fischer (2008: 198) verdecken sowohl das Konzept der Neuen Sozialen

Bewegung als auch die erwähnte Kritik daran wesentliches. Beide Ansätze hätten gemein, dass sie sozialen Bewegungen und ihren Akteuren Einheit und Kohärenz zuschreiben, womit „der veränderliche Charakter kollektiver Orientierungen und Praxisformen und die interne Differenzierung von Bewegungen“ (Fischer 2008: 198) ignoriert würden.

5.3 Der politische Kontext in Österreich

Im folgenden frage ich nach Entfaltungsbedingungen für die Solidaritätsbewegungen der 1970er und 1980er Jahre. Der Fokus liegt dabei auf der spezifisch österreichischen, politischen und gesellschaftlichen Situation. Nachdem die 1970er Jahre in Österreich diesbezüglich maßgeblich von der SPÖ geprägt waren und diese eine wichtige Rolle für die bzw. in den aufkommenden Solidaritätsbewegungen spielte, frage ich weiters nach den theoretischen Konzepten von Internationalismus und internationaler Solidarität der österreichischen Sozialdemokratie.

5.3.1 1968, Sozialpartnerschaft und Ära Kreisky

Die politische Landschaft Österreichs in den 1970er Jahren war von einer SPÖ-Alleinregierung (1970-1983) unter Bundeskanzler Kreisky geprägt. Für die Entfaltungschancen der Solidaritätsbewegungen hatte dies einen zweifachen Effekt. Einerseits waren viele Akteure der frühen Solidaritätsbewegungen, dies gilt insbesondere für die CSF, auch in offiziellen staatlichen Strukturen verankert oder verfügten über Kontakte zu Regierungskreisen. Andererseits waren der ideologischen Kritik und den praktischen Aktionen dadurch Grenzen auferlegt, weil die ökonomische Prosperität des Nationalstaates für die staatstragende Sozialdemokratie oberste Priorität hatte.

Kanamüller (1992) arbeitete einige Faktoren heraus, um die Bedingungen für die Solidaritätsbewegungen der 1970er und 1980er Jahre in Österreich zu beschreiben. Zu bedenken ist dabei, dass Kanamüller meist die Nicaragua-Solidaritätsbewegung im Hinterkopf trägt und Solidaritätsbewegungen primär als Neue Soziale Bewegungen denkt. Einen wesentlichen Faktor für die

Entfaltungsbedingungen der Solidaritätsbewegungen der 1970er Jahre stellen daher die sozialen Proteste im Zuge von 1968 dar. Im Vergleich zur BRD war die sogenannte Studentenbewegung in Österreich kleiner und unbedeutender, Keller (2008) spricht von „einer heißen Viertelstunde“, Pelinka (1985) von „Windstille“. Unter anderem waren folgende Punkte für die Entfaltungschancen der Solidaritätsbewegungen in Österreich von Bedeutung:

- Die österreichische politische Kultur war/ist von der Sozialpartnerschaft geprägt. Damit ist nach Matzner (1982) gemeint: „...dass alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Probleme, die die sozialen Gruppierungen betreffen, auf dem Verhandlungswege beigelegt werden können“ (zit. nach Kanamüller 1992: 82). Dieses System der Sozialpartnerschaft stärke in der Tendenz die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse und führe in seiner integrativen Funktion dazu, dass die „ArbeiterInnen nicht auf der Straße sind“ (Matzner 1982: 441, zit. nach Kanamüller 1992: 82).
- Ein Großteil der linken Intellektuellen konnte vor und während der Regierung Kreisky (1970-83) in die SPÖ bzw. die sozialdemokratisch orientierte Arbeiterbewegung integriert werden. Gegenüber rebellischen Tendenzen wurden Disziplinierungsmaßnahmen mit dem Aufgreifen bestimmter Forderungen kombiniert, laut Keller (2008) versuchte Kreisky in unzähligen persönlichen Gesprächen die AktivistInnen der Neuen Linken zu integrieren (Kanamüller 1992: 82).
- Die ersten beiden Punkte erklären, warum es in Österreich eine vergleichsweise schwache Tradition einer eigenständigen politischen Kultur außerhalb der Sozialpartnerschaft gab/gibt. Nach Pelinka (1984: 149) wäre politischer Aktivismus in Österreich auch deshalb länger innerhalb der traditionellen Parteien kanalisierbar gewesen, weil die wirtschaftliche Krise der 1970er Jahre Österreich nur streifte und durch politische Reformen der Lebensstandard sogar erhöht werden konnte (Kanamüller 1992: 83). Bürgerinitiativen und Ökologiebewegung wären daher in Österreich verspätet aufgetreten (Pelinka 1984: 149, zit. nach Kanamüller 1992: 83).
- Laut Kramer (1984) gab es in der Zweiten Republik erst ab den späten 1970er Jahren ein außenpolitisches Programm in Österreich. Ein Grund dafür dürfte in

der Annahme gelegen sein, dass man wegen des mangelnden öffentlichen Interesses zu diesem Thema keine Wählerstimmen zu gewinnen glaubte (Kanamüller 1992: 84). Spezifisch österreichisch sei der Glaube an eine von allen Parteien getragene Außenpolitik, was dazu geführt habe, dass die Parteien in ihre Programme keine außenpolitischen Grundsätze aufgenommen hätten, und es daher auch zu keinen Alternativbildungen in der Öffentlichkeit gekommen sei (Kramer 1984: 150).

- Österreich war/ist neutral und nicht in die NATO eingebunden und war damit nicht unmittelbar in die militärische Verteidigung „westlicher“ Interessen involviert. Unter Bundeskanzler Kreisky wurde diese Neutralität erstmalig – und bisher auch letztmalig – zu einer aktiven Außenpolitik Österreichs genutzt (Pelinka 2005: 76). Im Gegensatz zur BRD teilte die Regierung in Österreich in wesentlichen internationalen Fragen nicht die Haltung der USA, ebenso war Österreich kein weltweit führender kapitalistischer Staat. Die innenpolitischen Angriffsflächen für die Kritik der Solidaritätsbewegungen waren daher in viel geringerem Maße vorhanden als etwa in der BRD. Kreisky selbst war Vorsitzender des Österreichischen Solidaritätskomitees für Nicaragua.

Mit dem Ende der Ära Kreisky 1983 und der Großen Koalition 1986 veränderten sich die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Solidaritätsbewegungen. Außenminister Mock vertrat in Bezug auf Lateinamerika weitgehend die Positionen der USA (Kanamüller 1992: 85). Die staatlichen Subventionen für Entwicklungspolitische Organisationen wurden gekürzt und stärkerer politischer Kontrolle unterworfen. Die Regierungspolitik geriet so stärker zur Zielscheibe der Kritik für die Aktivistinnen von Solidaritätsbewegungen, bzw. den allmählich entstandenen – und diese auch ablösenden – entwicklungspolitischen Nicht Regierungsorganisationen.

5.3.2 Internationalismus und Solidarität in der österreichischen Sozialdemokratie

In der SPÖ der 1970er Jahre fehlte „jede systematische Auseinandersetzung mit dem Problem der Abhängigkeit und einer internationalen ‚Gegenmacht‘-Strategie der Arbeiterbewegung“ (Hödl 1990: 35). Dies stellt Hödl (1990) in

seiner Untersuchung über *Die Dritte Welt in Ideologie und Politik der österreichischen Sozialdemokratie 1970-1983* fest. Dieses theoretische Defizit stand für Hödl (1990: 35) in krassem Widerspruch zu zahlreichen Aufsätzen und Erklärungen, in denen die Bedeutung des Internationalismus als integraler Bestandteil sozialdemokratischer Politik betont wurde. In den meisten Fällen wurden dabei Verbindungslinien zum klassischen Internationalismus der frühen Arbeiterbewegung gezogen und auf die österreichische Geschichte der 1930er Jahre verwiesen (Hödl 1990: 35). Die politische Zusammenarbeit der Arbeiterparteien im Kampf gegen den Faschismus stand im Mittelpunkt dieses Verständnisses von Internationalismus (Hödl 1990: 35).

Hödl (1990: 36) unterscheidet zwei Gebrauchsvarianten des Begriffes Internationalismus innerhalb der SPÖ der 1970er Jahre, wobei beide Varianten in der erwähnten Historisierung des Begriffes übereinstimmen. Die erste Variante sah den Staat als Ausgangspunkt sozialdemokratischer Politik und beschränkte ihre theoretische Wahrnehmung internationalistischer Probleme auf eine Interaktion zwischen Staaten. Diese Auffassung kann als ideologischer Ausdruck der festen Integration der SPÖ in staatliche Zusammenhänge seit 1945 verstanden werden (Hödl 1990: 36-40). Alternative politische Strategien, die auf einer anderen als der staatlichen Ebene ansetzten, wurden in dieser Wahrnehmung nicht registriert (Hödl 1990: 37). Praktisches Korrelat dieser Auffassung in der Dritte-Welt-Politik waren multilaterale Entwicklungsprojekte im Stil von Kreiskys „Marshall-Plan für die Dritte Welt“ (Hödl 1990: 40).

Die zweite Auffassung von Internationalismus versuchte bestimmte soziale und politische Gruppen international zu organisieren. Damit knüpfte diese Strömung – nicht nur rhetorisch sondern auch gedanklich – an das traditionelle Konzept internationaler Solidarität an (Hödl 1990: 37). Die formulierte Strategie war eine gewerkschaftlich orientierte Solidarisierung als Reaktion auf die zunehmende Machtstellung transnationaler Konzerne. Josef Hindels schrieb 1976 in der sozialistischen Monatszeitschrift *Zukunft* von einer internationalen Strategie der multinationalen Konzerne, der „nur durch eine internationale Gegenstrategie der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegungen des Kontinents begegnet werden kann“ (Hindels 1976:

21-23, zit. nach Hödl 1990: 38). In dieses Verständnis von Internationalismus wurde auch, und vor allem, die sogenannte Dritte Welt miteinbezogen: „Eine internationale antikapitalistische Strategie in Europa ist aber nicht möglich ohne positive Beziehungen zur großen antiimperialistischen Revolution in Asien, Afrika und Lateinamerika.“ (Hindels 1972: 23, zit. nach Hödl 1990: 39). Die Formulierungen bewegten sich meist auf einer sehr allgemeinen Ebene ohne Sinn und Form zu präzisieren. Hödl (1990) konstatiert daher, dass es „wohl eher spontane politische Sympathie und moralische Motive als strategische Entwürfe [waren], die in den großen Auseinandersetzungen, die vor unseren Augen in der Dritten Welt stattfinden, (...) die österreichische Sozialisten immer und überall die Partei der Armen, Ausgebeuteten und Rechtlosen“ (Hödl 1990: 39) ergreifen ließen. Praktisches Korrelat dieser Sichtweise war die Unterstützung von sozial revolutionären Bewegungen in der sogenannten Dritten Welt. Der Begriff *Befreiungsbewegung* verzeichnete dabei einen Bedeutungswandel, indem er nicht mehr nur antikoloniale Befreiungsbewegungen – die Dekolonisation war seit 1975 weitgehend abgeschlossen – sondern zunehmend auch jene politischen Kräfte, die sich gegen repressive, imperialistischen Interessen dienende Regime erhoben, bezeichnete (Hödl 1990: 95).

Eine wesentliche Rolle für das internationalistische Verständnis der SPÖ spielte eine entschieden antikommunistische Grundhaltung, innen- wie außenpolitisch. Befreiungsbewegungen, die von der Sowjetunion unterstützt wurden und sich als kommunistisch bezeichneten, wurden distanziert oder ablehnend behandelt (Hödl 1990: 98). Nach Hödl (1990: 99) zählte es zum ideologischen Repertoire der Sozialdemokratie, die Verurteilungen der offensichtlich aggressiven Akte des US-Imperialismus mit dem „rituellen Hinweis“ auf die imperialistische Expansionspolitik des Sowjetkommunismus zu verbinden.

Insgesamt sieht Hödl (1990) zwei gegensätzliche Tendenzen der österreichischen Sozialdemokratie der 1970er Jahre wirken: „zum einen die Integration in den nationalstaatlich strukturierten Kapitalismus, dessen Prosperität man mit allen Mitteln zu gewährleisten sucht; zum anderen internationalistische Konzeptionen mit antikapitalistischer Perspektive“ (Hödl

1990: Zusammenfassung). Dennoch: „Kapitalismuskritik blieb innerhalb der SPÖ stets nur beiläufige Phrase“ (Hödl 1990: 88).

6. Chile-Solidarität

In diesem Kapitel wird zunächst auf jene Ereignisse und Entwicklungen in Chile zwischen 1970 und 1990 eingegangen, die Grundlagen und Auslöser der Chile-Solidaritätsbewegungen in den 1970er Jahren darstellen (6.1). Welche Initiativen und Gruppen als Reaktion auf die chilenischen Ereignisse in Österreich entstanden ist die Frage des zweiten Unterkapitels (6.2). Die Chile-Solidaritätsfront (CSF) stellte die bedeutendste dieser Solidaritätsinitiativen dar, das Bulletin dieser Organisation ist die Quelle meiner Diskursanalyse. Ihre Entstehung, Geschichte und Struktur ist Thema des dritten Unterkapitels (6.3)

6.1 Demokratischer Sozialismus und Militärdiktatur in Chile

Ziel des folgenden Unterkapitels ist eine kurze Einführung in die Ereignisse und Entwicklungen in Chile zwischen 1970 und 1990. Die Reformen und Entwicklungen der Regierungszeit der *Unidad Popular* unter der Führung Salvador Allendes (1970-1973) sind Thema des ersten Teils (6.1.1). Der Militärputsch am 11. September 1973 und die Machtübernahme rechtsgerichteter Militärs unter General Augusto Pinochets, so wie eine grober Abriss der Situation in Chile zwischen 1973 und 1990 werden im zweiten Teil (6.1.2) dargestellt. Ich werde mich hier auf eine allgemeine, und überblickhafte historische Darstellung beschränken und keine eingehende Analyse oder Interpretation betreiben.

6.1.1 Chilenischer Sozialismus: Regierung Allende 1970-73

Das 1969 gegründete Wahlbündnis *Unidad Popular* setzte sich aus Sozialisten, Kommunisten und linken Christen zusammen. In den Präsidentschaftswahlen von 1970 erhielt der Kandidat der Unidad Popular, Salvador Allende 37% Prozent der Stimmen. Daraufhin wurde er vom Parlament mit Hilfe der Christdemokraten zum Präsidenten gewählt.

Soziale Reformen.- Als erste große Reform Allendes wurden die bedeutends-

ten Wirtschaftszweige Chiles ohne Entschädigungszahlungen verstaatlicht. Die Kupferindustrie, bis dahin mehrheitlich in den Händen US-amerikanischer Konzerne, wurde mit der Zustimmung aller Parlamentsparteien nationalisiert. Weitere Verstaatlichungen betrafen das Bankenwesen und die Textilindustrie, Energieversorgung und Telekommunikation, sowie weitere rohstofffördernde und –verarbeitende Betriebe. Darüber hinaus wurde eine umfassende Bodenreform durchgeführt; Land von Großgrundbesitzern wurde unter besitzlosen Bauern aufgeteilt.

Die Erträge aus den verstaatlichten Unternehmen wurden für zahlreiche Sozialprogramme verwendet. So wurde ein umfassendes Gesundheitssystem aufgebaut, es wurden erdbebensichere Wohnungen erbaut, über 65-Jährigen wurden erstmals staatliche Pensionen ausgezahlt und die Kindersterblichkeit sank (Balsen/Rössel 1986: 304). Allendes Regierung setzte sich für Arbeiter und Unterschicht ein, verabsäumte es jedoch, die Mittelschicht für sich zu vereinnahmen. Die Verstaatlichungen an sich widersprachen zwar nicht der chilenischen Verfassung, brachten jedoch multinationale Konzerne und vor allem die US-Regierung verstärkt gegen die sozialistische Regierung Allende auf.

Wirtschaftliche Folgen und gesellschaftliche Krise.- Auf Grund der entschädigungslosen Verstaatlichungen boykottierten zahlreiche westliche Staaten die Einfuhr chilenischen Kupfers. Dies führte zu einer Verschlechterung der Handelsbilanz. Konstanter Druck ging vor allem von den USA aus; es ist mittlerweile bewiesen, dass der CIA und einflussreiche multinationale Konzerne wie ITT (International Telephone and Telegraph Company) bereits vor Allendes Amtsantritt versuchten, seine Ernennung zum Präsidenten zu verhindern. Während seiner Amtszeit wurde die Opposition in Chile und die rechtsgerichtete Terrororganisation *Patriya y Libertad* finanziell unterstützt.

Auch wenn es unbestritten ist, dass es massive Versuche von ausserhalb gab, in das politische Geschehen Chiles einzugreifen und die sozialistische Regierung Allendes zu stürzen, ist darin nicht der einzige Grund für das Scheitern des chilenischen Sozialismus zu sehen. Private Investitionen gingen massiv zurück, da Investoren fürchteten, enteignet zu werden. Um die enormen Ausgaben der

Regierung zu decken wurde vermehrt Geld gedruckt, was zu einer starken Inflation führte.

Im Jahr 1972 kam es zu Versorgungsengpässen. Löhne und Gehälter waren zwar zuvor gestiegen, die Inflation machte diese Erhöhungen jedoch wieder zunichte. Die Preise für Grundnahrungsmittel wurden zuerst eingefroren, um sie niedrig zu halten. Als es dann zu einer enormen Inflation kam, wurden viele dieser Produkte unerschwinglich, sie wurden nun auf Schwarzmärkten gehandelt. Im Herbst 1972 kam es zu Streiks von mehreren Berufsgruppen, teilweise auch zu Straßenschlachten. Durch Terroranschläge und Sabotageakte rechter Organisationen wurde die Regierung weiter destabilisiert. Auf Grund der Streiks und damit einhergehender Versorgungsengpässe mussten Arbeiter die Verteilung zentraler Konsumgüter selbst in die Hand nehmen. Stimmen, die die Bewaffnung der Arbeiter forderten, wurden laut.

Die Regierung versuchte der Krise beizukommen, in dem sie vermehrt Angehörige des Militärs ins Kabinett aufnahm. Bei den Parlamentswahlen 1973 konnte sich die Unidad Popular trotz der labilen wirtschaftlichen Lage behaupten und kam auf 44% der Stimmen. Die Hoffnungen der Opposition mit Hilfe einer Zwei-Drittel-Mehrheit den Präsidenten absetzen zu können, waren damit begraben. Im Juni 1973 kam es zu einem ersten Putschversuch und danach erneut zu Streiks; neben den Lastwagenfahrten waren diesmal auch Studenten und Angehörige oppositioneller Gruppen beteiligt. Allende nahm weitere Militärs in seine Regierung auf. Im August 1973 wurde General Augusto Pinochet Huerta zum neuen Oberkommandierenden des chilenischen Heeres ernannt.

6.1.2 Der 11.September 1973

Präsident Allende, der sich geweigert hatte seine Unterstützer zu bewaffnen und paramilitärische Verbände zu organisieren, war den Putschisten wehrlos ausgeliefert. Die Moneda, der Präsidentenpalast, wurde mit Raketen bombardiert und beschossen. Dort befanden sich zu diesem Zeitpunkt lediglich Allende, sein Kabinett, Verwandte und enge Vertraute. Kurz nachdem der Präsidentenpalast von der Armee gestürmt wurde, ordnete der Präsident die

Kapitulation an und nahm sich vermutlich selbst das Leben.

Das Militär unter General Pinochet besetzte alle wichtigen politischen Institutionen, verbot die politischen Parteien und ordnete eine strenge Zensur an. Gerechtfertigt wurde der Putsch damit, dass die Regierung Allendes mit ihrer marxistischen Politik angeblich Demokratie und Rechtsstaat ausgehöhlt hätte.

Während konservative Medien und Politiker weltweit durchwegs positiv auf den Putsch reagierten, war die Linke schockiert. Die überraschende und brutale Entmachtung der demokratisch legitimierten Regierung Allendes löste weltweit Proteste aus. Für große Teile der Linken symbolisierte Chile die letzte Hoffnung auf einen friedlichen Weg zum Sozialismus.

6.1.3 Die Militärdiktatur Pinochets

Repressionen- In den ersten Monaten nach dem Putsch fanden massenhaft Verhaftungen, Folterungen und Ermordungen von Oppositionellen statt. Alleine in den ersten Tagen wurden tausende Personen festgenommen, vor allem Regierungsmitglieder und Sympathisanten, Angehörige linker Parteien und Gewerkschaftsmitglieder. Stadien, Schulen und andere Gebäude wurden zu Konzentrationslagern umfunktioniert. Nach Schätzungen des CIA wurden in den Tagen nach dem Putsch ca. 13 500 Menschen verhaftet, tausende von ihnen landeten im Nationalstadion von Santiago. In den ersten Wochen nach dem Putsch wurden offiziell 100 Menschen nach Verurteilung vor einem Militärtribunal exekutiert, der CIA schätzte die Zahl der Exekutierten im November 1973 auf 320.

(<http://www.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB8/ch10-05.htm>, 15.09.08)

Dies sind jedoch konservative Schätzungen, die amerikanische Botschaft schätzte die Zahl der Ermordeten in den Jahren der Diktatur auf 5000.

Die erste Phase der Repression dauerte bis Dezember 1973 an, zu diesem Zeitpunkt war das Estadio Nacional als Gefängnis bereits aufgelassen, ein neuer Geheimdienst *DINA* (Dirección de Inteligencia Nacional) und ein Geheim-Gefängnis, *Londres 83*, wurden gegründet.

Zahlreiche Menschen verschwanden, wurden vom Geheimdienst verhaftet,

gefoltert und getötet. Die Folterungen wurden jedoch versteckter und gezielter durchgeführt. Gefangene wurden nicht mehr in offiziellen Armeelastwägen transportiert, Folterstätten waren nun kleinere Geheimgefängnisse und keine Konzentrationslager mehr. Die Opfer waren nun vorwiegend politische Gefangene: Mitglieder von Guerillabewegungen, sozialistischer und kommunistischer Partei. 1977 wurde die DINA nach einem Attentat auf den ehemaligen Botschafter Chiles in den USA, Orlando Letelier, aufgelöst. Der Druck der USA auf den Geheimdienst wurde zu groß. An Stelle der DINA trat nun ein neuer Geheimdienst, die *CNI* (Central Nacional de Informaciones), der unvermindert weiter foltern ließ. Auf Grund der permanenten Repression wurde der Widerstand gegen die Diktatur Pinochets über die Jahre schwächer.

Wirtschaftlich ging es bis anfang der 1980er Jahre in Chile bergauf. Im Jahre 1982 gingen die Kupferpreise im Zuge einer weltwirtschaftlichen Krise enorm zurück und Chiles Wirtschaft geriet ins Wanken. Die Regierung versuchte gegenzusteuern, in dem sie die Staatsausgaben weiter senkte. Die Reduktion der Nahrungsmittelsubventionen führte zu heftigen Protesten („Hungermärsche“). Es kam erneut zu einer Welle der Repression. Demonstranten wurden erschossen und etwa 100.000 Menschen wurden verhaftet. In den Armenvierteln tobte ein Kampf zwischen der linken Stadtguerilla *MIR* (Movimiento de Izquierda Revolucionaria) und der Staatsgewalt, der zahlreiche Tote forderte.

Wirtschaftspolitisches Programm.- Das Regime unter General Pinochet arbeitete eng mit chilenischen Abgängern der *Chicago School of Economics* zusammen, den sogenannten *Chicago Boys*. Zum Zeitpunkt des Putsches war ein umfangreiches Handbuch zur Umgestaltung der chilenischen Wirtschaft bereits fertiggestellt. Naomi Klein stellt dazu fest:

„The proposals in the final document bore a striking resemblance to those found in Milton Friedman’s *Capitalism and Freedom*: privatization, deregulation and cuts to social spending-the free market trinity.” (Klein: 2007).

Die Reformen unter Pinochet, Privatisierungen, Liberalisierungen und enorme Einschnitte bei den Staatsausgaben führten zwar vorerst zu einem starken Rückgang der Inflation, gleichzeitig aber auch zu einem enormen Rückgang der Löhne und Gehälter. Die chilenische Wirtschaft profitierte unter Pinochet

wieder intensiv von ausländischer Wirtschaftshilfe und Investitionen.

6.1.4 Der Übergang zur Demokratie

Mitte der 1980er Jahre nahmen der interne zivile Widerstand und der internationale Druck gegen die Diktatur erheblich zu, der chilenischen Bevölkerung mussten schrittweise Freiheitsrechte zugestanden werden. Im Jahre 1988 kam es zu einer Volksabstimmung, bei der sich 55% der Bevölkerung dagegen aussprachen, dass Pinochet der einzige Kandidat bei den kommenden Präsidentschaftswahlen sein sollte. 1989 fanden erstmals seit 16 Jahren freie Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Christdemokraten, Patricio Aylwin, als Sieger hervorging. Zahlreiche politische Gefangene aus der Ära der Pinochet-Diktatur blieben auch nach deren Ende in Haft. Pinochet selbst blieb bis 1998 Oberkommandierender des Heeres.

Nach Ende der Diktatur untersuchte die sogenannte *Kommission für Wahrheit und Versöhnung* (nach ihrem Vorsitzenden auch *Rettig-Kommission* genannt) die Verbrechen des Militärregimes und kam auf ca. 3.200 Mordopfer oder Verschwundene. Weitaus höher ist die Zahl der Folteropfer in den Jahren der Diktatur. Die *Valech-Kommission*, die sich ausschließlich mit der Folter an politischen Häftlingen auseinandersetzte, kam auf über 28.000 Folteropfer (<http://www.comisiontortura.cl/> vom 20.09.08).

6.2 Solidaritätsinitiativen mit Chile in Österreich

Der Putsch von 1973 löste beachtliche internationale Reaktionen aus. Es fanden weltweit Demonstrationen und Solidaritätskundgebungen statt. In Österreich formierte sich eine in Teilnehmerzahl und Breite noch nie dagewesene Solidaritätsbewegung. Einige Reaktionen, die der Putsch in Österreich auslöste, werden in diesem Kapitel dargestellt (6.2.1). Weiters wird die Breite der damals entstandenen Chile-Solidaritätsinitiativen untersucht (6.2.2)

6.2.1 Reaktionen in Österreich

Bereits am 12. September 1973 wurde in Wien damit begonnen, eine Großdemonstration vorzubereiten. Rund 5000 Menschen nahmen am 16. September an dieser Demonstration teil (Berger 2003: 19). Bei der Abschlußkundgebung sprachen Josef Hindels, Karl Reiter und Rainer Remsing; diese drei Redner repräsentierten bereits die drei ideologischen Haupttendenzen (Sozialisten, Kommunisten, Christen) die sich 1974 in der Chile-Solidaritätsfront (CSF) zusammenschließen sollten (Berger 2003: 19). Bei einer Protestkundgebung in Linz am 18. September 1973 sprach der damalige Präsident der Sozialistischen Internationale, Dr. Bruno Pitterman, (Berger 2003: 19). Beim zufällig am darauffolgenden Tag stattfindenden Parteirat der SPÖ wurde eine Resolution beschlossen, die den Putsch der Generäle verurteilte (Berger 2003: 20). Die Position der SPÖ gegenüber der Regierung Allende war allerdings stets ambivalent (Hödl 1990: 100-102, 34-40). Kreisky verwies in seinem Nachruf zum „Ende der Regierung Allende“ darauf, dass die Zusammenarbeit mit den Kommunisten stets ein Unglück für die Sozialdemokratie bedeutet hätte: „Auch dort war das eben ein Unglück. Diese Politik hat Schiffbruch erlitten. Dadurch begann eben die Hoffnung auf das Militär“ (Denk/Kramer 1988: 290, zit. nach Hödl 1990: 101). In den folgenden Jahren blieb Chile das beherrschende außenpolitische Thema der SPÖ-Parteitage (Hödl 1990: 102).

Sehr häufig und von unterschiedlichen Seiten wurde eine Verbindung zwischen Österreich und Chile durch einen Verweis auf die österreichische Vergangenheit betont. Es sei die gemeinsame Erfahrung mit dem Faschismus, und die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes aller Demokraten gegen ihn was die beiden Länder verbinde (Bulletin der CSF 1/1974: 5; Berger 2003: 21). Auch die SPÖ verwies in ihrer Resolution vom 19. September 1973 auf diese verbindende Erfahrung des Faschismus: „Auch Österreichs Sozialisten haben Diktatur, Standrecht und Hinrichtungen kennengelernt. Und wie die sozialdemokratische Bewegung Österreichs aus Diktatur und Krieg wiedererstanden ist, so werden auch die Unterdrückten Chiles auferstehen“ (Berger 2003: 21).

Die hier beschriebenen Reaktionen repräsentieren den linken Teil des politischen Spektrums; es soll dadurch kein falsches Bild entstehen. Große Teile der konservativen Parteien, Kirchen und Medien standen dem Sturz der

Regierung Allende positiv gegenüber. Die Tageszeitung *Die Presse* veröffentlichte immer wieder Artikel, die das „neue Chile“ als Investitionsstandort hervorhoben (Berger 2003: 72). Der Putsch wurde als verfassungsmäßiger Auftrag des Militärs gegen das marxistische Chaos interpretiert, die massiven Menschenrechtsverletzungen wurden dabei aktiv übersehen (Berger 2003: 22).

6.2.2 Chile-Solidaritätsgruppen

Als sich im November 1973 abzeichnete, dass sich die politische Situation in Chile nicht bald verändern würde, begannen auch die spontanen Solidaritätsinitiativen längerfristig stabile Organisationsstrukturen herauszubilden. Die größte und politisch einflussreichste Organisation formierte sich als Chile-Solidaritätsfront (CSF) im November 1973 in Wien. Unter dem Banner des antifaschistischen Widerstandes schlossen sich sozialistische, kommunistische und christliche Gruppen, trotz ideologischer Differenzen, in einer gemeinsamen Organisation zusammen. Auf die CSF wird im nachfolgenden Kapitel genauer eingegangen, an dieser Stelle werden zunächst weitere Chile-Solidaritätsinitiativen in Österreich genannt.

Chile-Komitee.- In diesem Komitee fanden sich jene linken Organisationen (überwiegend Splittergruppen der KPÖ) die sich, aufgrund von differierenden ideologischen Ansichten, nicht der CSF anschlossen. Das Chile-Komitee wurde 1973 von den *Trotzkisten* und *Maoisten* gemeinsam mit den *Marxisten-Leninisten* und dem *Kommunistischen Bund* gegründet (Berger 2003: 26). Während sich die Chile-Solidaritätsfront mit sämtlichen oppositionellen Kräften in Chile solidarisch erklärte – die Parteien der Unidad Popular waren das bevorzugte Objekt ihrer Solidarität –, galt die Solidarität des Chile-Komitees nur jenen chilenischen Parteien und Gruppen, die einen bewaffneten Kampf proklamierten. Eine Solidarisierung mit der Unidad Popular wurde abgelehnt, weil deren reformistischer Kurs eine echte Revolution verhindert hätte (Berger 2003: 27). Schon im September 1973 organisierten diese Gruppen eine eigene Demonstration mit rund 300 Teilnehmern in Wien. Gemeinsame Aktionen mit der CSF kamen nicht zustande. Laut Herbert Berger (2003: 27) hörte das Chile-Komitee gegen ende der 1970er Jahre auf zu existieren.

Sozialisten für Chile.- 1974 wurde von einigen sozialistischen Mitgliedern der CSF eine zusätzliche Gruppe innerhalb der SPÖ gegründet. Die *Arbeitsgruppe Sozialisten für Chile* verstand sich als „Initiator und Motor einer verstärkten Kampagne innerhalb der SPÖ“ (Berger 2003: 27), die eng mit der CSF zusammenarbeitete, jedoch auch als eigene Gruppe, die nichts mit der KPÖ zu tun hatte, auftreten konnte. Den Sozialisten für Chile gelang es, eine große Anzahl prominenter SPÖ-Mitglieder für Solidaritätsaktionen zu gewinnen, ferner entstanden mehrere Publikationen über die Situation in Chile und die dortigen sozialistischen Parteien (Berger 2003: 28).

Christen für Chile.- Ähnliche taktische Überlegungen wie sie für die Initiation der Arbeitsgruppe Sozialisten für Chile maßgeblich waren, führten laut Herbert Berger (2003: 28) 1974 auch zur Gründung der *Arbeitsgemeinschaft Christen für Chile*. Es ging dabei darum, Christen spezifisch für die Solidarität mit Chile anzusprechen (Berger 2003: 28). Inhaltlich sollte dem Versuch der Junta, den Putsch durch die Berufung auf das Christentum als Rettung des Abendlandes zu legitimieren, entgegen getreten werden (Berger 2003: 28). Praktisch sollten die kirchlichen Organisationen in Chile, die sich gegen die Diktatur wehrten, unterstützt werden (Berger 2003: 28). Der Verein Christen für Chile besteht bis heute und unterstützt Projekte von christlichen Basisgemeinden und Menschenrechtsorganisationen in Chile (Berger 2003: 29). Vierteljährlich erscheint bis heute ein Informationsblatt.

Neben den genannten Gruppen sind zwei weitere Initiativen zu nennen, die sich ende der 1980er Jahre konstituierten. Mit dem *Mapuche-Komitee* existierte von 1986 bis 1988 ein eigenes Komitee der Solidarität mit dem bedrohten Volk der Mapuche, Ureinwohner aus dem Süden Chiles. Weiters wurde 1988 das *Komitee zur Unterstützung der FPMR* gegründet. Die Frente Patriótico Manuel Rodríguez (FPMR) führte in den letzten Jahren der Diktatur einen bewaffneten Kampf gegen diese und suchte materielle Unterstützung im Ausland. Das Unterstützungs-Komitee sammelte Spenden für Kommunikationseinrichtungen, fallweise kam es zur Zusammenarbeit mit der CSF (Berger 2003: 29).

6.3 Die Chile-Solidaritätsfront (CSF)

Die Chile-Solidaritätsfront war die größte und bedeutendste Organisation der österreichischen Solidaritätsbewegung mit Chile. Im folgenden werden Aufbau und Strukturen der CSF dargestellt sowie deren zentrale Akteure und Aktivitäten beschrieben. Ferner wird nach der Entstehungsgeschichte, dem weiteren Verlauf, Erfolgen und Problemen der Chile-Solidaritätsfront gefragt. Auf eine genaue Darstellung des Selbstverständnisses der CSF wird hier bewußt verzichtet. Diese ist Teil der Diskursanalyse und wird durch eine intensive Auseinandersetzung mit Primärquellen behandelt. In diesem Sinne kann das vorliegende Kapitel als Kontext der folgenden Diskursanalyse gelesen werden.

6.3.1 Entstehung und Selbstverständnis

Das informelle Gründungsdatum der CSF war der 8. November 1973 (Berger 2003: 20). Damals trafen sich erstmals mehrere Vertreter verschiedener kommunistischer, sozialistischer und linkschristlicher Gruppen, um Fragen der Organisationsstruktur bezüglich der Solidarität mit Chile zu diskutieren. Moderiert wurde die Diskussion von Friedrich Edlinger von der *Jungen Generation in der SPÖ* (Berger 2003: 20). Nach anfänglichen Unstimmigkeiten mit den bereits erwähnten Gruppen der Maoisten und Troztkisten wurde eine gemeinsame Organisation als „Antifaschistischen Einheitsfront“ (Berger 2003: 20) beschlossen. Die Grundidee war, „dass der Faschismus nur wirksam bekämpft werden könne, wenn die Menschen aus den verschiedenen politischen Lagern zusammenarbeiten, in Chile und in Österreich“ (Berger 2003: 20).

Bei der offiziellen Vereinsgründung im Juli 1974 wurde eine Grundsatzerklärung beschlossen, die den Konsens der verschiedenen Gruppen, für den Aufbau der eigenen Arbeit ausdrücken sollte (Berger 2003: 125). In Bezug auf die eigene Bewegung heißt es darin:

„(...) Die Chile-Solidaritätsfront ist Bestandteil dieser internationalen Solidaritätsbewegung und trägt in Österreich zur Entlarvung und Isolierung der faschistischen Junta sowie zur materiellen, politischen und humanitären Unterstützung des chilenischen Widerstandes bei. (...) Die Chile-

Solidaritätsfront unterstützt dabei voll und ganz die von der anti-faschistischen Einheitsfront in Chile selbst entwickelten Ziele und Formen des Widerstandes und arbeitet nach den von der internationalen Solidaritätsbewegung festgelegten Richtlinien.“ (SMCh 4/1974: 5)

Es folgt ein Verweis auf die österreichische Geschichte und die unmittelbaren politischen Entwicklungen in Spanien und Griechenland:

„(...) Das österreichische Volk hat selbst erlebt was Faschismus bedeutet. Die faschistische Gefahr ist in seiner unmittelbaren Umgebung, in Europa, virulent. (...) All das beweist, dass auch Österreich allen Grund zur Solidarität und zur Wachsamkeit hat. So sind in der Chile-Solidaritätsfront Organisationen und Personen mit unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Orientierung – vor allem Sozialisten, Kommunisten und Christen – zusammengeschlossen.“ (SMCh 4/1974: 5)

6.3.2 Organisationsstruktur und Akteure

Organisationsstruktur.- Formell wurde die CSF am 20. Juli 1974 als Verein gegründet. Mitglieder waren nicht Einzelpersonen sondern Organisationsen. In dieser Organisationsstruktur unterschied sich die CSF wesentlich von anderen Solidaritätskomitees die es damals schon gab (wenige) und die in den darauffolgenden Jahren entstanden (Berger 2003: 23). Jede Organisation konnte drei VertreterInnen entsenden. Die Mitgliedsorganisationen kamen aus den drei bereits erwähnten politischen Lagern: Sozialisten, Kommunisten und Linkschristen. Folgende Organisationen, ihrem politischen Lager zugeordnet, waren in der CSF vertreten:

Sozialistisches Lager: *Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer*, *Junge Generation in der SPÖ* (JG), *Sozialistische Jugend* (SJ), *Verband Sozialistischer Studeneten Österreichs* (VSStÖ);

Kommunistisches Lager: *Kommunistische Jugend Österreichs* (KJÖ), *Kommunistischer Studentenverband* (KSV), *Bund Demokratischer Frauen* (BDF), *KZ-Verband* und die *Vereinigung österreichischer Freiwilliger in der spanischen Republik 1936-1939*;

Christliches Lager: *Katholische Arbeiterjugend* (KAJ), *Aktion Kritisches Christentum* (AKC), *Evangelisches Jugendwerk HB*, *Solidaritätsgruppe engagierter Christen* (SOG).

Ferner waren vertreten: *Österreichisch-Kubanische Gesellschaft* (ÖKG), *Österreichischer Friedensrat*, *Bund der Kärntner Studenten in Wien*, *Bund der Burgenländischen Studenten* und der *Klub der Slowenischen Studenten* (Berger 2003: 23). *Amnestie International* erklärte, laut Herbert Berger (2002: 23), seine Unterstützung für die menschenrechtlichen Ziele der CSF, trat jedoch aus grundsätzlichen Überlegungen nicht bei.

Durch diese Organisationsstruktur verfügte die CSF über eine sehr breite Basis. Was zum Thema Chile zu tun war sollte in der Chilefront entschieden und in die Mitgliederorganisationen getragen werden, diese sollten das Thema dann in den jeweiligen Mutterorganisationen (Parteien und Kirche) verbreiten und so ein möglichst großes Engagement für Chile bewirken (Berger 2003: 23f.). Damit die Beschlüsse in den Mitgliedsorganisationen akzeptiert und umgesetzt wurden, war es notwendig, nur einstimmige Entscheidungen in der CSF zu treffen (Berger 2003: 24).

Reibungsflächen.- Diese breite Form der Organisation über ideologische Grenzen hinweg führte zu Problemen und Spannungen innerhalb der CSF. Herbert Berger (2003: 31) spricht in diesem Zusammenhang von „zentrifugalen Kräften“, die auf die Chilefront einwirkten. Die Mitgliedsorganisationen, die einer Partei oder Kirche angehörten, mussten auf die Interessen ihrer jeweiligen Großorganisation Rücksicht nehmen. Problematisch war vor allem das Verhältniss zwischen KPÖ und SPÖ. Abgesehen von der traditionellen Ablehnung einer Kooperation mit der KPÖ seitens der SPÖ (siehe Kap. 5.3), gab es auch, was Chile betraf, entscheidende Interessensgegesätze der beiden Parteien. Die SPÖ-Führung wollte einer Kritik an den USA stets ausweichen und meinte, man müsse die Zustände in der Sowjetunion genauso anklagen wie die in Chile, eine Kooperation mit moskautreuen Kommunisten sei daher unmöglich und würde die eigene Glaubwürdigkeit untergraben (Berger 2003: 31). Für die KPÖ bildeten Kapitalismus und Imperialismus, besonders eine Kritik an den USA, die

Hintergrundfolie ihrer Faschismusanalyse. Der US-Imperialismus stand daher im Mittelpunkt ihrer Kritik. Für die gemeinsame Arbeit mussten die Mitgliedsorganisation der CSF diese ideologischen Differenzen und Spannungen sowohl innerhalb der Chilefront, als auch im Verhältnis zur Mutterorganisation absorbieren. Vor allem die sozialistischen Organisationen hatten in den ersten Jahren wegen der Zusammenarbeit mit Kommunisten Schwierigkeiten mit der eigenen Partei-führung (Berger 2003: 30-32). Nach Konflikten zwischen der Jugendorgan-isation und der SPÖ-Parteiführung im Frühling 1974, bei denen es sogar zu Ausschlussdrohungen gekommen war, kam es zu einem Kompromiss. Die Parteispitze der SPÖ gestattete eine Kooperation mit Kommunisten im Falle humanitärer und kultureller Anliegen, was die Mitarbeit in der CSF weiterhin ermöglichte (Berger 2003: 30). Dass sich humanitäre und politische Dimension in der Solidaritätsarbeit überschneiden, wurde dabei – wohl bewußt – ignoriert.

Interne Strukturen und Akteure.- Als Vorsitzender der CSF wurde der katholische Kaplan Dr. Herbert Berger gewählt. Berger war gerade erst aus Chile zurückgekehrt; er hatte als Pastoral- und Sozialarbeiter in Santiago gearbeitet. Es war wichtig einen Vertreter der christlichen Fraktion als Vorsitzenden zu wählen, weder die sozialistische noch die kommunistische Fraktion hätte einen Vorsitzenden aus der jeweils anderen Fraktion akzeptiert (Berger 2003: 23). Herbert Berger blieb bis zum Ende der CSF 1990 deren Vorsitzender.

Die interne Organisationsstruktur der CSF setzte sich aus Plenum und Vorstand zusammen, später kamen vier verschiedene Kommissionen und ein Exekutiv-komitee hinzu. Ab 1974 gab es eine Flüchtlingskommision, eine Organisa-tionskommision, eine Propagandakommision und eine Studienkommision. 1979 wurde ein Exekutivkomitee gegründet, um den bereits erwähnten zentri-fugalen Kräften, die durch die drei verschiedenen Fraktionen vorhanden waren, besser entgegenwirken zu können und um die Arbeit der CSF einfacher und effizienter zu gestalten (Berger 2003: 137). Dieses Exekutivkomitee setzte sich aus je einem Vertreter der drei Fraktionen, sowie der UP und des MIR zusammen. Folgende Personen waren darin vertreten: Werner Fayman (Sozialisten), Wolfgang Rainer (Kommunisten) der

1985 von Christian Hehenberger abgelöst wurde, Hans Eichinger (Christen) der 1979 durch Johannes Seitner ersetzt wurde, Angela Figuera (UP), Erik Zott (MIR) (Berger 2003: 137).

Weitere mehr oder weniger prominente Personen, die sich in der CSF engangierten, waren: Josef Hindels, Herbert Exenberger, Bruno Furch, Theresia Kreuzer, Adalbert Krims, Rudolf und Fritz Edlinger, Lilo Daubrawa, Michael Häupl, Peter Pilz, Oswald Bazant, Peter Stania, Walter Sauer.

Die Rolle der exilierten ChilenInnen.- Formell war die Chile-Solidaritätsfront eine rein österreichische Organisation mit rein österreichischen Mitgliedsorganisationen. Herbert Berger (Interview vom 18.08.08) zufolge war das sehr wichtig, weil sich die CSF sonst von den untereinander streitenden Chilenen in ihrer Beschlussstruktur abhängig gemacht hätte. In der Praxis aber waren die ChilenInnen die treibende Kraft der gesamten Solidaritätsarbeit. Sie gaben die politische Linie vor und versorgten die CSF mit den neusten Informationen und Hintergrundinformationen aus Chile (Interview mit Herbert Berger vom 18.08.08; Berger 2003: 24f). Zuerst geschah dies über informelle Kontakte und die Mitarbeit von Einzelpersonen in der CSF. Als sich die politischen Parteien der ChilenInnen im Exil organisierten (was sehr schnell geschah), wurde je ein Vertreter zu den Treffen der CSF eingeladen (Berger 2003: 24). Dass man sich in der CSF so stark an den Wünschen der ChileInnen orientierte, beinhaltete Herbert Berger (Interview vom 18.08.08) zufolge, zwingend ein enormes Enttäuschungspotential. Für die Mitgliedsorganisationen der CSF war Chile eines von vielen Themen, für das nur begrenzt Kapazitäten zur Verfügung gestellt werden konnte, während für die meisten ChileInnen das Schicksal ihrer Heimat im Mittelpunkt stand (Berger 2003: 36).

Ein ganz besonderer Stellenwert für die Solidaritätsarbeit kam den chilenischen Musikgruppen zu. Hier sind besonders die Gruppen *Arauco* und *Ranquil* hervorzuheben. Durch die Verknüpfung von Kultur und Politik bei zahlreichen Veranstaltungen und Festen konnte das Schicksal Chiles Tausenden Menschen nahegebracht werden (Berger 2003: 25).

6.3.3 Aktivitäten, Erfolge und Ende

Ihrem Selbstverständnis nach sah die Chile-Solidaritätsfront ihre Hauptaufgabe darin, als Teil der internationalen Solidaritätsbewegung einen Beitrag zur Beendigung der Diktatur in Chile zu leisten (Berger 2003: 33). Die praktischen Hauptaktivitäten der CSF werden durch die, bereits erwähnten, Kommissionen repräsentiert: Flüchtlingsbetreuung, Organisation und Propaganda.

Um eine internationale Isolierung der Militärjunta zu erreichen, sollte die Öffentlichkeit über die Repressionen in Chile informiert werden. Dazu wurden möglichst öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen und Aktionen organisiert. Ein viermal jährlich erscheinendes Informationsbulletin wurde gedruckt, um die Mitgliedsorganisationen mit Informationen zu versorgen und das Thema Chile in den Mutterorganisationen präsent zu halten. Neben der Beeinflussung der öffentlichen Meinung war die Lukrierung von Spenden zentrales Ziel der Öffentlichkeitsarbeit.

Die Spenden wurden als „materielle Unterstützung des chilenischen Widerstands“ (Berger 2003: 95) meist an die Dachorganisationen der chilenischen Linken, an *Chile-Democratico* in Rom oder an die Auslandsvertretung des chilenischen Gewerkschaftsverbandes *CUT* (Central Unica de Trabaja-dores) in Paris (Berger 2003: 95f) gesendet. Weitere Geldbeträge konnten durch den Verkauf von Bildern, die von chilenischen Künstlern zur Verfügung gestellt wurden, durch größere Einzelspenden von Mitgliedsorganisationen sowie besondere Aktionen wie „das Weihnachtsschiff für Chile“ 1975 zusammengetragen werden (Berger 2003: 95f).

Eine weitere zentrale Aktivität der CSF bestand darin, Lobbyarbeit in den Parteien, gewerkschaftlichen Organisationen und Kirchen in Österreich zu betreiben. Eine wesentliche Funktion kam dabei den sogenannten gate-keepern zu. Als Schleusen zwischen Aktionsgruppe und Partei, zwischen artikulierten Bedürfnissen und deren Umsetzung in politische Handlungen stellen die gate-keeper wichtige Personen der Lobbyarbeit dar (Kolland 1984: 171). Solche politisch einflussreichen Personen gab es in der CSF sehr viele, man bedenke dabei auch, dass zwischen 1970 und 1983 eine SPÖ-Alleinregierung in Österreich existierte. Als Beispiel sei das positive Verhältnis zwischen Herbert

Berger und Bundeskanzler Bruno Kreisky genannt, dass dazu beitrug, leichter Visa für ChilenInnen zu bekommen und rasche Gesprächstermine für chilenische Exilpolitiker ermöglichte (Berger 2003: 43ff).

Ein weiteres, vielleicht das zentrale Arbeitsfeld der Organisation lag in der umfassenden Betreuung von chilenischen Flüchtlingen. Die CSF veranstaltete Deutsch-Kurse, half den ChilenInnen im Umgang mit den österreichischen Behörden, versorgte teilweise die Flüchtlinge mit Grundgütern und vermittelte Wohnungen und Arbeitsplätze. (vgl. Berger 2003: 48)

Als Teil der Internationalen Solidaritätsbewegung beteiligte sich die CSF an großen international koordinierten Aktionen. Das zentrale Thema der Internationalen Chile-Solidarität zwischen 1974 und 1975 war die Forderung nach Freilassung der politischen Gefangenen (Berger 2003: 55-60). Anfangs wurde diese Forderung allgemein gehalten oder unter der Nennung von sehr prominenten Gefangenen gestellt, später wurden Unterschriften im Rahmen einer internationalen Kampagne gesammelt. 1975 konnten 12.000 Unterschriften an den damaligen UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim übergeben werden (Berger 2003: 55). Nachdem diese Kampagne gewisse Erfolge gezeigt hatte, wurde ab 1976 das Problem der „Verschwundenen“ (desaparecidos) zum zentralen Thema der internationalen Solidarität (Berger 2003: 60-64). In einer Pressekonferenz übergab die CSF Journalisten eine Liste mit den Namen von 383 verschwundenen Personen (Berger 2003: 61). Noch heute ist das Schicksal von etwa 1000 Personen ungeklärt. Ende 1978 wurde eine Internationale Kampagne für die Rückkehr der chilenischen Exilanten gestartet. Unter dem Schlagwort „Retorno“ (Rückkehr) dominierte dieses Thema die Chile-Solidarität der 1980er Jahre (Berger 2003: 65-68).

Als größten Erfolg der CSF bezeichnet Herber Berger (2003: 89) die Verhinderung des Exports österreichischer Panzer nach Chile im August 1980. Nachdem das geplante Waffengeschäft im Wert von zwei Milliarden Schilling zwischen der Steyr-Daimler-Puch AG und der chilenischen Regierung in den österreichischen Medien bekannt wurde, kam es zu einer österreichweiten Mobilisierung der Zivilgesellschaft. Für den 11. August 1980 organisierte die CSF eine Demonstration mit 3000 Teilnehmern, 25 Personen traten in einen

24-stündigen Hungerstreik auf dem Ballhausplatz (Berger 2003: 92). Am 20. August fiel die Entscheidung Kreiskys, keine Ausfuhrgenehmigung für Kriegsmaterial nach Chile zu gewähren. Trotzdem das öffentliche Interesse an Chile Ende der 1970er Jahre einen deutlichen Rückgang verzeichnete, interpretierte die CSF diese erfolgreiche, kurzfristig öffentliche Mobilisierung als großen Erfolg und als Bestätigung der jahrelangen kontinuierlichen Arbeit (Berger 2003: 89-95). Folge dieses Ereignisses war eine relativ breite Diskussion über Waffenexporte in den österreichischen Medien.

In den 1980er Jahren stand vor allem Nicaragua im Mittelpunkt des Interesses der österreichischen Linken. Das Thema Chile geriet zunehmend in den Hintergrund. Mit dem formellen Ende der Pinochet-Diktatur im März 1990 war die Hauptforderung der Chile-Solidaritätsfront erfüllt. Formell wurde die CSF bei der siebenten ordentlichen Hauptversammlung am 22.06.1990 aufgelöst. Es wurde beschlossen, die Solidaritätsarbeit für Chile „den veränderten Verhältnissen anzupassen“ (Venceremos 3/1990: 13). Änderungen des Namens, des Statuts und der Grundsatzerklärung sowie eine Neuwahl des Vorstandes erfolgten. Unter dem Namen *Österreichisches Solidaritätskomitee für die Demokratie in Chile* (Chile-Komitee) wurde ein Personenkomitee gegründet, das sich „die Unterstützung des Demokratisierungsprozesses in Chile nach Pinochet“ (Venceremos 3/1990: 14) zur offiziellen Aufgabe machte. Den Vorsitz übernahm Johannes Seitner. Aufgrund des schwindenden öffentlichen Interesses und internen Engagements stellte dieses Komitees 1992 seine Arbeit ein (Interview mit Johannes Seitner vom 16.07.08).

Unabhängig davon wurde im Jahr 1992 die *Österreichisch-Chilenische Freundschaftsgesellschaft* gegründet, die bis heute Projekte in und für Chile verwirklicht (Venceremos 2/1992: 3; Berger 2003: 129). Bei dieser Organisation handelt es sich um eine Kooperation der Sozialistischen (Sozialdemokratischen) Parteien der beiden Länder. Die beteiligten Personen beschränken sich in Österreich auf Mitglieder der SPÖ (Berger 2003: 129). Die *Österreichisch-Chilenische Freundschaftsgesellschaft* kann als Nachfolgeorganisation der *Sozialisten für Chile* betrachtet werden. Das christliche Pendant zu dieser Organisation, die bereits erwähnte Gruppe *Christen für Chile*, existiert ebenfalls bis heute.

7. „Solidarität mit Chile“ – Bulletin der Chile-Solidaritätsfront

Die folgende Diskursanalyse erfolgt durch eine methodische Dreiteilung. In einem ersten Schritt wird eine Analyse der thematischen und formalen Strukturierung der Hefte vorgenommen (7.1). In der Feinanalyse werden einzelne Artikel untersucht (7.2). Am Schluss wird eine synthetische Gesamtinterpretation sämtlicher Ergebnisse vorgenommen (7.3).

Zunächst noch einige Bemerkungen zum Kontext, der einen wesentlichen Teil von Diskursanalyse ausmacht.

Ein bedeutender Teil der Kontextanalyse des Bulletins liegt in der Untersuchung der institutionellen und organisatorischen Struktur der CSF. Dieser Teil, sowie der österreichische politische Kontext wurden schon in den vorhergehenden Kapiteln behandelt (siehe Kapitel 6.3, sowie Kapitel 5). Auch wurden die wichtigsten Ereignisse und Entwicklungen in Chile der 1970er und 1980er Jahren überblickshaft dargestellt (siehe Kapitel 6.1). Noch nicht näher eingegangen wurde auf den weltpolitischen und lateinamerikanischen Kontext, sowie auf theoriegeschichtliche Aspekte. Dies, sowie die Darstellung von speziellen, für das Bulletin wichtigen Kontextfaktoren die bisher unerwähnt blieben, erfolgt durch Querverweise innerhalb von Struktur-, Feinanalyse und Interpretation.

7.1 Strukturanalyse

Ziel der Strukturanalyse ist es den untersuchten Diskurs zu ordnen und darstellbar zu machen. Zunächst beschreibe ich die äußere Struktur des Bulletins (7.1.1). In welchem Zeitraum, unter welchem Namen, in welcher Form und wie oft erschien es? Welche strukturellen Veränderungen ergaben sich in den acht-zehn Jahren seines Bestehens?

Anschließend untersuche ich die thematische Struktur des Blattes. In welche Textsorten lassen sich seine Inhalte unterteilen, und zu welchen Anteilen sind diese Textsorten im Heft vertreten (7.1.2)?

Abschließend – und damit gleichzeitig einen Übergang, zur Feinanalyse bildend – werden die Textbeiträge thematisch nach ihren Inhalten strukturiert (7.1.3). Ich ordne dabei jeden Beitrag einem oder mehreren Themen zu. Somit wird es möglich, einen Einblick in die thematische Struktur der Diskurspraxis der CSF zu bekommen. Es wird insbesondere zu fragen sein, welche thematischen Veränderungen sich im Verlauf der achtzehnjährigen Geschichte des Bulletins der CSF herauslesen lassen und wie diese mit den allgemeinen strukturellen Veränderungen des Blattes in Beziehung stehen.

7.1.1 Äußere Struktur und Selbstverständnis

Die erste Ausgabe des Bulletins erschien Anfang 1974, die letzte Ende 1992. In jedem Jahrgang erschienen vier Ausgaben. Der Umfang einer Ausgabe beträgt zwischen fünf und 40, meist aber ca. 20 Seiten. Eigentümer, Herausgeber und Verleger, blieb trotz der strukturellen Veränderungen von 1974-1992 immer die Chile-Solidaritätsfront. Die Redaktion besorgte bis 1977/78 Adalbert Krims. In den Jahren 1977 und 1978 kam es zu Lücken beim Erscheinen und personellen Problemen in der Redaktion. Es erschienen jeweils nur zwei Ausgaben des Bulletins. Von 1979 bis 1992 war dann Johannes Seitner der verantwortliche (Chef)Redakteur. Der Erscheinungsort war über den gesamten Zeitraum: Wien – Verlagspostamt 1200. Bis 1982 erschien das Blatt im Eigendruck, von 1982- 87 wurde *Solidarität mit Lateinamerika* von der Druckerei Brücke, Wipplingerstrasse 21, 1010 Wien gedruckt, *Venceremos* (1985-92) erschien wieder im Eigenverlag. Laut Herbert Berger (2002: 70) betrug die Auflage anfänglich ca. 3000 Stück. Die Mitgliederorganisationen waren verpflichtet, eine bestimmte Stückzahl zu beziehen und in ihren Reihen zu verbreiten, gleichzeitig sollten sie das Thema Chile in ihren eigenen Publikationen berücksichtigen (Berger 2002: 70). Bis Ende 1978 war die Auflage auf ca. 600 Stück per Ausgabe gesunken. Durch die Miteinbeziehung von Informationen zu anderen lateinamerikanischen Ländern, stieg die Auflage 1979 auf ca. 1500 Exemplare (Berger 2002: 70). Zusammengestellt und produziert wurde das Blatt in den Wiener Privatwohnungen von Adalbert Krims, Johannes Seitner und Herbert Berger. Die Kosten für eine Ausgabe betrugen zwischen fünf und 15 Schilling.

In den 18 Jahren seines Bestehens kam es zu vier Namensänderungen. Von der ersten Ausgabe im Jahr 1974 (1/1974) bis zur 20. Ausgabe im Jahr 1978 (4/1978) wurde das Medium *Solidarität mit Chile. Bulletin der Chile-Solidaritätsfront* genannt. Da auch andere lateinamerikanische Länder, wie Uruguay, El Salvador und Nicaragua immer mehr in die Solidaritätsarbeit mit einbezogen wurden (Solidarität mit Chile 3/1978: unnummerierte letzte Seite, in folgenden als SMCh zitiert; SMCh 1/1979: 2; Berger 2003: 70), wurde das Bulletin ab der Ausgabe 1/1979 in *Solidarität mit Lateinamerika. Bulletin der Chile-Solidaritätsfront* umbenannt. Unter diesem Namen bestand es – trotz Format und Lay-out Änderung – bis zur Ausgabe 1/1985 (Nr. 44).

Ab Ausgabe 2/1985 (Nr. 45) wurde der Untertitel *Bulletin der Chile-Solidaritätsfront* weggelassen, das Medium nannte sich nur mehr *Solidarität mit Lateinamerika*. So unbedeutend die Namensänderung erscheint, so wesentlich änderten sich die Inhalte. Aus dem ehemaligen Bulletin wurde nun eine Zeitschrift von und für die politische Lateinamerika-Solidaritätsszene. Getragen wurde diese von einem Redaktionskollektiv aus mehreren verschiedenen Solidaritäts-Komitees. Diese bestand bis zur Ausgabe 1/1987 (Nr. 53). Zeitgleich mit der Wandlung zur Zeitschrift erschien das Bulletin unter einem anderen Namen neu. *Venceremos. Information der Chile-Solidaritätsfront* entsprach dem Konzept des ursprünglichen Bulletins und beschäftigte sich nur mehr mit Chile. *Venceremos* bestand von Nov. 1985 (Jgg.1/Heft 1) bis 1992 (Jgg.7 /Heft 4). Strukturell lassen sich somit vier Phasen für eine diskursanalytische Untersuchung des Mediums unterscheiden, die – nicht ganz zufällig, aber auch nicht zwangsläufig – mit den Namensänderungen korrelieren:

1) 1974-1978 *Solidarität mit Chile. Bulletin der Chile-Solidaritätsfront*.

Das Bulletin der CSF in seiner ursprünglichen Form mit Fokus auf die Chile-Solidarität, aktuelle Informationen für die Mitgliederorganisationen, Redakteur war Adalbert Krims;

2) 1979-1985 *Solidarität mit Lateinamerika. Bulletin der Chile-Solidaritätsfront*.

Ausweitung der Inhalte auf andere lateinamerikanische Länder unter der Mit-

arbeit anderer Solidaritäts-Komitees, Redakteur war Johannes Seitner;

3) 1985-1987 *Solidarität mit Lateinamerika*.

Umstrukturierung zur Zeitschrift und Erweiterung der Redaktion, neues Konzept mit anderen Schwerpunkten, es bestand ein Redaktionskollektiv aus mehreren Solidaritätskomitees;

4) 1985-1992 *Venceremos. Information der Chile-Solidaritätsfront*.

Renaissance des alten Konzepts des Bulletins mit Fokus Chile, aber unter geänderten Rahmenbedingungen zehn Jahre später, die Redaktion besorgte anfänglich Herbert Berger, danach Johannes Seitner.

Im Folgenden werde ich auf die strukturellen Bedingungen dieser vier Phasen genauer eingehen.

1) 1974-1978 *Solidarität mit Chile. Bulletin der Chile-Solidaritätsfront*

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt 1200
P.b.b.
Eigentümer, Herausgeber und Verleger:
Chile-Solidaritätsfront; für den Inhalt ver-
antwortlich: Adalbert Krums, beide 1040
Wien, Margaretenstraße 22; Druck: J.H.
Pospisil, 1170 Wien, Faubergasse 15

Solidarität mit Chile

**Bulletin der
Chile-Solidaritätsfront
4/1975**

Abb. 1: Deckblatt (Vorder- und Rückansicht) *Solidarität mit Chile. Bulletin der CSF*, 4/1975

Das Bulletin war als Informationsmedium der CSF gedacht und ist nicht mit dem Anspruch einer Zeitschrift gegründet worden. Es sollte die verschiedenen Mitgliederorganisationen der CSF mit Informationen über die Zustände in

Chile versorgen und das Thema Chile innerhalb dieser Organisationen verbreiten (Interview mit Herbert Berger vom 18.08.08). Ausserdem wurde es an gezielt ausgewählte Journalisten und Politiker mit bedacht auf deren Gatekeeper-Funktion gesendet. Ursprünglich richtete sich das Heft an sensibilisierte und vor allem an politisch organisierte Personen, um das Engagement für Chile anzukurbeln, und nicht zuletzt um Spenden zu lukrieren. Die breite Masse der Bevölkerung zu erreichen, war nicht das Ziel des Bulletins, dafür dienten eher öffentliche Aktionen, Flugblattkampagnen und Veranstaltungen, v.a. Feste. (Interview mit Herbert Berger vom 18.08.08). Herbert Berger meint, es wäre aus materiellen und strukturellen Gründen unmöglich gewesen eine breitere Öffentlichkeit mit dem Bulletin anzusprechen, dies hätte auch die personellen und journalistischen Ressourcen des CSF bei weitem überstiegen (Interview mit Herbert Berger vom 18.08.08).

Die Gestaltung des Layouts von *Solidarität mit Chile* ist dementstprechend einfach und schlicht. Bilder gab es keine, allerdings finden sich ab 1975 vereinzelt kleinere (maximal eine halbe Seite große) Karikaturen mit antiimperialistischen und antifaschistischen – zumeist sarkastischen – Motiven. Auf der Rückseite befinden sich häufig Motive von Arbeitern mit erhobenen Fäusten, oft mit der Parole „Venceremos!“ untermalt. Bis 1981 erschien das Bulletin im A5-Format.

In seiner ersten Phase gab es kein Inhaltsverzeichnis im Heft. Auf der ersten Seite einer Ausgabe befindet sich eine Art Editorial, welches aber nicht explizit als solches bezeichnet ist. Zumeist wurde darin auf aktuelle Entwicklungen in Chile hingewiesen, die dann in einen größeren antiimperialistischen und antifaschistischen Zusammenhang gesetzt wurden, um in einem Aufruf zur Solidarität zu enden. Oft geht es dabei um Jubiläen, etwa: „Vor 30 Jahren: Befreiung Österreichs. Heute: Solidarität mit Chile“ (SMCh 2/1975: 3), oder „11. September“ (SMCh 3/1975: 3).

Die inhaltliche Struktur ist durch eine Abfolge von Meldungen gekennzeichnet. Diese betragen manchmal bis zu zwei Seiten, meist jedoch nur einige Zeilen und sind unter verschiedenen Themenüberschriften geordnet, manchmal mit eigener Überschrift, manchmal nur als Absatz. Obgleich die

Themenüberschriften weder formal, noch inhaltlich stringent sind, weist das Heft durchaus inhaltliche und graphische Strukturierung auf. Dies lag, in dieser ersten Phase wohl vor allem an der journalistischen Erfahrung seines Redakteurs, Adalbert Krims und an der Tatsache dass, das Heft in Personalunion verfasste und redigiert wurde. Der durchschnittliche Umfang einer Ausgabe beträgt in dieser Phase etwa zwölf Seiten, wobei die Tendenz bis 1979 eher fallend ist. Keiner der Beiträge ist von einem Autor gekennzeichnet, lediglich die „Editorials“ sind mit Chile-Solidaritätsfront – Referat für Öffentlichkeitsarbeit – gekennzeichnet. Von 1974 bis 1977 wurde das Bulletin fast zur Gänze alleine von Adalbert Krims verfasst und redigiert (Interview mit Herbert Berger vom 18.08.08).

Eine Ausnahme bildet die erste Ausgabe (1/1974). Diese wurde von Andreas Rasp redigiert und ist graphisch und auch was die inhaltliche Strukturierung betrifft anders gestaltet. Der Name der ersten Ausgabe ist nur *Bulletin der Chile-Solidaritätsfront*, der Umfang beträgt 15 A5 Seiten. Enthalten sind vier, etwa zwei Seiten lange Beiträge, und eine Solidaritätserklärung mit den Zielen der CSF zum Ausfüllen und Einsenden. Thematisch geht es um die Darstellung der Chile Solidaritätsfront, die Erfahrung des Faschismus als Verbindung zwischen Österreich und Chile (der einzige gezeichnete Artikel, von Josef Hindels), Arbeiterbewegung und UP in Chile sowie um die Entwicklung Chiles von 1970-74.

Ende 1977 legte Adalbert Krims die Redaktion des Bulletins wegen seiner vielfältigen anderen Verpflichtungen nieder (SMCh 1-3/1978: letzte Seite). Nachdem vorerst kein Nachfolger für diese Aufgabe gefunden wurde, erschien die Ausgabe 3/1977 in Form eines zwei seitigen Flugblattes und Ausgabe 4/1977 entfiel. Die erste Ausgabe von 1978 erschien als Dreifachnummer (1-3/1978) und wurde wieder zum größten Teil von Krims verfasst. Auf der letzten Seite dieser Ausgabe befindet sich eine Notiz zur Organisation. Darin wird kurz über die gesetzlich vorgeschriebene Hauptversammlung der CSF informiert und der Beschluss der Namensänderung des Bulletins in Solidarität mit Lateinamerika bekanntgegeben. Die Organisation entschuldigte sich auch für die Erscheinungsausfälle des Heftes und rief zur Mitarbeit von Interessierten an der Herausgabe des Bulletins auf (SMCh 1-3/1978: letzte Seite). Dringend

wird um Rückmeldungen und Engagement für das Bulletin gebeten. Überhaupt dürfte das Problem mangelnden Feedbacks gravierend gewesen sein. Dies geht aus zahlreichen Aufrufen in den darauffolgenden Heften hervor.

2) 1979-1985 *Solidarität mit Lateinamerika. Bulletin der Chile-Solidaritätsfront*



Abb. 2: Deckblatt Solidarität mit Lateinamerika. Bulletin der CSF, 1/1982 und 4/1981.

Diese zweite Phase des Bulletins ist durch eine Entwicklung vom schlichten Informationsblatt zur Zeitschrift gekennzeichnet. Zumindest was Konzept, Layout und Selbstverständnis des Heftes betrifft, wurde diese Veränderung anfang der 1980er Jahre vollzogen. Inhaltlich geschah diese Entwicklung v.a. mit der redaktionellen Wende im Jahr 1985. Wie schon erwähnt, wurde 1978 beschlossen weitere Länder Lateinamerikas in die Berichterstattung des Bulletins miteinzubeziehen und dies auch mit einer Namensänderung zu demonstrieren. Vereinzelt waren schon davor Informationen über Uruguay in die Berichterstattung miteingeschlossen, doch sollte „dies in Zukunft mit mehr Systematik und Kontinuität erfolgen“ (SMLA 1979/1: Vorwort). Johannes Seitner übernahm, nachdem er aus beruflichen Gründen von Salzburg nach Wien übersiedelt war, 1979 die Aufgabe des Redakteurs. Im Layout änderte sich vorerst wenig, die Schriftart des Titelschriftzuges wurde geändert. Aus

dem weichen, verspielt wirkenden Schriftzug des *Solidarität mit Chile*, wird ein härteres, mit eckigeren Buchstaben geschriebenes *Solidarität mit Lateinamerika*. Das Heft wurde weiter schwarz-weiss gedruckt, auch das A5 Format blieb gleich. Thematisch stach mit Chile ein Länderschwerpunkt heraus. Weitere Berichte widmeten sich EL Salvador, Uruguay und Nicaragua. Ab Ausgabe 4/1979 schien entweder auf einer der ersten, oder auf einer der letzten Seiten, ein kleines Kästchen mit den, an der jeweiligen Nummer beteiligten Personen auf. Insgesamt finden sich hier zwischen 1979 und 1985 folgende AutorInnen-Namen aufgelistet:

Herbert Berger, Johannes Seitner, Peter Mandorfer, Adalbert Krims, Veronika Reisenberger, Gerald Braun, Peter Oswald, Levis Laudenbach, Heinz Voigt, Bruno Furch, Johannes Treytel, Hans Eichinger, Lilo Daubrawa, Werner Hörtner, Josef Hindels, Milan Colico, Ivo Hammer, Viktor Careno, Hermann Klosius, Michele Jörg, Inge Rainer, Helmut Rizy

Ab 1981 ist eine zunehmende Systematisierung zu bemerken. Zunächst erfolgt um 1980/1981 eine ausgeglichene Verteilung der Länderschwerpunkte: Chile nahm nicht länger die dominante Stellung ein. Dies äußerte sich auch in einer systematischeren Aufteilung der Inhalte: Unter dem Titel des Landesnamens folgten jeweils einige Seiten (3-7) mit kürzeren Meldungen und/oder längeren (max. 4 Seiten) Berichten zu Ereignissen und Entwicklungen des jeweiligen Landes. Ab Heft 3/1981 manifestierte sich diese Entwicklung zur Systematik auch im Einfügen eines Inhaltsverzeichnisses. Gleichzeitig wurde das Deckblatt des Bulletins verändert. Aus dem leeren weissen Blatt mit Name und Nummer des Heftes, wurde ein einfärbiges Karton-Deckblatt, auf dem eine Karrikatur abgebildet war. Das Bulletin erlebte in den Jahren 1980/81/82 eine Hochkonjunktur, die wohl in Zusammenhang mit dem größten Erfolg der CSF, dem verhinderten Panzergeschäft zwischen Österreich und Chile 1980 zu sehen ist. Diese Erfahrung der erfolgreichen Massenmobilisierung und der politischen Wirksamkeit sorgte für Aufschwung in der österreichischen Solidaritätsszene (Interview mit Herbert Berger vom 18.08.08). Diese Konjunktur spiegelt sich auch im Umfang der einzelnen Ausgaben wider. Betrug der Umfang einer Ausgabe von 1974 bis 1979 im Schnitt zwischen zehn und 20 Seiten, so waren es in den Jahren 1980/81/82 durchschnittlich 30 bis 40 Seiten.

Ab der Ausgabe 1/1982 erschien das Bulletin in gänzlich verändertem Layout und neuem Format. Im Editorial der Nummer 1/1982 hieß es dazu, dass mit der Änderung des Formats ein erster Schritt gemacht wurde, um das Bulletin insgesamt umzugestalten. Auch inhaltlich wurden notwendige Änderungen angekündigt, „um mit der politischen Entwicklung der Solidaritätsarbeit mit Lateinamerika schritthalten zu können“ (SMLA 1/1982: 3). Dazu hieß es weiter:

„Unsere Verbindungen mit Lateinamerika, unser Bewußtsein haben sich seit dem gravierenden Datum des 11. September 1973 in vielerlei Hinsicht geändert. Und auch die politischen und wirtschaftlichen Umstände haben in globaler Hinsicht Veränderungen erfahren. Chile war für uns, die wir noch geprägt waren von der Studenten- und Vietnambewegung der 70er Jahre, das, was heute für viele der jüngeren Generation in ihrem politischen Reifungsprozess Nicaragua oder El Salvador ist.“ (SMLA 1/1982: 3)

Konkret sollte „den politischen Vorstellungen, Programmen und Konzeptionen antiimperialistischer und antioligarchischer Befreiungsbewegungen in Lateinamerika“ (SMLA 1/1982: 3) in Zukunft mehr Platz eingeräumt werden. Außerdem würde eine verstärkte inhaltliche Diskussion innerhalb der österreichischen Solidaritätsbewegung angestrebt (SMLA 1/1982: 3). Im Editorial 1/1982 stellte die Redaktion in einer überraschenden Selbstreflexion fest:

„Solidarität mit der FSLN Nicaraguas, oder der FRD/FMNL El Salvadors, um nur zwei Beispiele zu nennen, kann niemals wertfrei sein, sie steht zumindest in unmittelbarem Zusammenhang mit unserer Tradition der internationalen Solidarität, möge sie ihre Verankerung in der Tradition der Arbeiterbewegung haben, oder sich aus christlichen oder humanistischen Überzeugungen her ableiten.“ (SMLA 1/1982: 3)

Eine ständige Diskussion über die „wirkungsvollste Art der Unterstützung der Befreiungsbewegungen“, sowie ein „Bewußtsein über die Grenzen der Solidarität“ (SMLA 1/1982: 3) wären notwendig, denn: „nur das Bewußtsein über die Grenzen unserer Solidarität erlaubt auch die Diskussion über die Strategien zu ihrer Überwindung“ (SMLA 1/1982: 3).

Für die inhaltliche Gestaltung des Bulletins bedeutet dies eine Vorgabe, der zur Folge den verschiedenen Solidaritätskomitees und -gruppen in Zukunft Platz zur Darstellung ihrer Tätigkeit gegeben werden sollte. Ebenso die wirtschaftlichen Verbindungen zwischen dem österreichischen und dem lateinamerikanischen Markt sollten in Zukunft „einen festen Platz im Bulletin haben“. Zum Abschluß des Editorials 1/1982 wird ein eventuelles öfteres Erscheinen hoffnungsvoll angekündigt (SMLA 1/1982: 3).

Vom optimistischen Schwung dieser Zeilen ist auf inhaltlicher Ebene bis 1985 wenig zu bemerken. In der Praxis beschränkten sich die Veränderungen hauptsächlich auf die Form des Bulletins. *Solidarität mit Lateinamerika* erschien im A4 Format und wurde graphisch deutlich aufwendiger gestaltet; auch Bilder waren nun im Heft zu finden. Inhaltlich änderte sich wenig. Die selbstkritische Auseinandersetzung mit der eigenen Solidaritätsarbeit blieb bis 1985 weitgehend aus. Auch was Themen und Textsorten betrifft, ist zwischen 1979 und 1985 nur wenig Veränderung festzustellen (siehe Kapitel 7.2.2 und 7.2.3). Sofern sich innerhalb dieser Phase inhaltliche Veränderungen ergaben, sind diese, ursächlich eher allgemeinen politischen Entwicklungen und diskursiven Ereignissen, denn strukturellen Änderungen im Bulletin zuzuschreiben.

Die Strukturierung der Inhalte wurde weiter ausgebaut, scheint aber zum Teil ein wenig willkürlich. Das Inhaltsverzeichnis ist durch die Kategorien EDITORIAL, LÄNDERBERICHTE (unter den einzelnen Länderüberschriften folgen dann die jeweiligen Artikel), MITTELTEIL (Interviews, Themenartikel oder Original Dokumente zumeist aus anderen Medien übernommen, ca. 2-6 Seiten), strukturiert. Diese wurden durch die Kategorien HINTERGRUND und SOLIDARITÄT ergänzt, wobei die darin zugeordneten Artikel manchmal genauso gut den Länderberichten zugeordnet werden könnten, da sie sich von diesen inhaltlich kaum unterscheiden.

Die Blüte des Heftes seit 1980/81 hielt bis etwa 1982/83 an. In dieser Phase fand sich eine in Bezug auf die Länderverteilung relativ ausgeglichene und vielseitige Berichterstattung. Der Umfang einer Nummer betrug zu dieser Zeit bis zu 40 Seiten. 1983 brach diese Hochkonjunktur ein. Der Seitenumfang der einzelnen Ausgaben ging zurück (ca. 10-20 Seiten) und die Zahl der im Blatt

vertretenen Länder beschränkte sich wieder auf Chile, Uruguay und El Salvador. Die Berichterstattung über Chile nahm wieder den Schwerpunkt ein – oder besser gesagt – blieb als nahezu einziges über. Zu Uruguay und El Salvador erschienen nur noch vereinzelt Berichte. 1983 erschienen überhaupt nur zwei Ausgaben des Heftes.

3) 1985-1987 *Solidarität mit Lateinamerika*



Abb. 3: Deckblatt *Solidarität mit Lateinamerika*, 4/1985 und 3/1986

Die tatsächliche, auch inhaltliche Veränderung zur Zeitschrift erfolgte 1985. Mit Nr. 45, Jahrgang 11 (=2/1985) erschien *Solidarität mit Lateinamerika* nicht mehr als Bulletin der CSF (es trägt auch diesen Untertitel nicht mehr), sondern als „Zeitschriftenprojekt“ (SMLA 2/1985, Nr. 45: 3) von fünf, im *Solidaritätsforum Lateinamerika* zusammengeschlossenen Solidaritätskomitees. Diese fünf Komitees, mit ihren jeweiligen Redakteuren waren: Die *Chile Soliaritätsfront* (Johnnes Seitner), das *El Salvador-Komitee* (Gerald Mach und Viktor Perger), die *Nicaragua-Brigardisten* (Reinhard Ungerböck), die *Österreichisch-Kubanische Gesellschaft* (Gerhard Zezula) und das *Paraguay-Komitee* (Ivo Hammer).

Der Anspruch dieser neuen Zeitschrift war ein anderer als der des Bulletins. In

der ersten Ausgabe (Jahrgang 11, Nr. 45) wurde die neue Zeitschrift vorgestellt und die Blattlinie erörtert. Zur Blattlinie hieß es darin, dass die Zeitschrift in der Erkenntnis herausgegeben wird, dass:

- „1. aktive Solidarität mit fortschrittlichen Kräften in Lateinamerika (Regierungen, Befreiungsbewegungen, Oppositionsparteien, einzelne gewerkschaftlichen Sektoren wie Gewerkschaften, kirchlichen Gruppen usw., die sich gegen den Imperialismus, in erster Linie gegen den US Imperialismus, Oligarchien, faschistische Militärdiktaturen und andere repressive Regime richten) in Österreich eine breite Basis auch auf dem Informationssektor erfordert.;
2. eine verstärkte politische und ideologische Auseinandersetzung mit den Problemen der Völker Süd- und Zentralamerikas sowie der Karibik auch in Österreich, besonders im Hinblick auf die weltpolitisch zunehmende Bedeutung dieses Kontinents, mehr als bisher notwendig ist;
3. das Bild von Lateinamerika in der österreichischen Öffentlichkeit überwiegend geprägt ist von ideologischen und politischen Interessen, die nicht mit den Interessen der betroffenen Völker übereinstimmen und zumeist sogar gegen sie gerichtet sind;
4. es aber im objektiven Interesse der österreichischen Bevölkerung liegt, sich verstärkt mit den ökonomischen, politischen und sozialen Interessen der ausgebeuteten und rechtlosen Völker dieses Kontinents auseinanderzusetzen“ (SMLA 2/1985, Nr. 45: 2)

Als ihr Ziel bezeichnete es die Herausgeberschaft „einen Beitrag zur Solidarität mit den lateinamerikanischen Völkern“ (SMLA 2/1985, Nr. 45: 3) zu leisten. Solidarität mit Lateinamerika verstand sich als publizistisches Organ zur Verbreitung von Arbeit und politischen Zielen des Solidaritätsforums Lateinamerika (SMLA 2/1985, Nr. 45: 3). Wesentliche Funktion der Solidaritäts-Zeitschrift sollte „eine Vertiefung der Zusammenarbeit mit allen politischen Kräften in Österreich (...) [sein], die diese Blattlinie unterstützen“ (SMLA 2/1985, Nr. 45: 3). Explizit wurden unter diesen politischen Kräften auch „Friedens- und Alternativbewegung“ hervorgehoben.

Inhaltlich unterschied sich die neue Zeitschrift deutlich vom Bulletin zwischen 1974 und 1985. Die Beiträge waren nun länger und analytischer. Das Spektrum

an Autoren war wesentlich breiter und die meisten Beiträge wurden mit AutorInnenamen gezeichnet. Zum Teil fanden sich bis zu zehn Seiten lange Analysen mit detaillierten Quellenangaben. Die Beiträge wiesen insgesamt einen wissenschaftlicheren Charakter auf. Thematisch fanden sich allgemeine Zusammenhänge stärker im Blickfeld als davor. Neben den konkreten Berichten und Meldungen aus den einzelnen Ländern, standen geopolitische und wirtschaftliche Themen im Vordergrund. Es gibt Schwerpunktheft etwa zu den Themen „Verschuldungskrise“ (SMLA Jgg. 11, Nr. 47) und „Lateinamerikas 2. Befreiung“ (SMLA Jgg. 12, Nr. 50).

Auch waren nun selbstkritische Diskussionsbeiträge zur österreichischen Solidaritätsbewegung und zur eigenen politischen Arbeit, wie etwa in Heft Nr. 50 (Jgg. 12) „Solidarität mit Lateinamerika. Wozu?“ zu finden.

Insgesamt erschienen neuen Ausgaben von *Solidarität mit Lateinamerika*. Eine Ausgabe betrug im Schnitt 20 Seiten. Mit Ausgabe 1/1987 (Jgg.13, dies wäre Nr. 53, auf dem Deckblatt steht seltsamerweise Nr. 19) wurde die Zeitschrift plötzlich eingestellt. Herbert Berger merkte als Grund dafür an, dass es neben der Zeitschrift *Lateinamerika anders* der *Informationsgruppe Lateinamerika* (IGLA) nicht genügend Interessierte für eine zweite linke Lateinamerika-zeitschrift in Österreich gegeben hätte, außerdem sei, eine Kooperation mit dem damals sehr aktiven Komitee für Nicaragua nicht zustande gekommen (Berger 2002: 71).

4) 1985-1992 *Venceremos. Information der Chile- Solidaritätsfront*



Impressum:
Medieninhaber: Österreichisches Solidaritätskomitee für die Demokratie in Chile (Chile-Komitee),
Postfach 60, A-1205 Wien. Herausgeber, Verleger und Redaktion: Johannes Seitner, Kohlgrasse 44/5,
A-1050 Wien.

P.b.b.
Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt 1200 Wien

An:

VENCEREMOS



Dezember
1990
Jgg. 6/Heft 3

Preis: öS 5,-

Abb. 4: Deckblatt (Vorder- und Rückansicht) Venceremos. Information der CSF, 3/1990

Mit dem Wandel vom Bulletin zur Zeitschrift beschloss die CSF selbst wieder ein eigenes Informationsblatt zu Chile herauszugeben. Unter dem Titel *Venceremos. Information der Chile-Solidaritätsfront*, erschien im Nov. 1985 die erste Ausgabe. Herausgeber und Redakteur von *Venceremos* war anfänglich Herbert Berger. Von 1988-1992 schien Johannes Seitner im Impressum als Redakteur auf. Die Gründe für die Herausgabe eines eigenen Blattes der CSF, parallel zu *Solidarität mit Lateinamerika*, lagen laut Berger darin, dass man „erstens mehr Informationen zu Chile unterbringen wollte und zweitens in einer gemeinsamen Zeitschrift Spendenaufrufe zu Chile nicht wirksam waren (Berger 2002: 71; *Venceremos* 1/1985: Editorial). Im Editorial der ersten Ausgabe wurde darauf hingewiesen, dass das Heft „bewusst bescheiden und einfach gestaltet ist“ und, dass „inhaltlich stark auf bereits vorhandenes Material zurückgegriffen wird“ (*Venceremos* 1/1985: Editorial). Der Umfang einer Ausgabe betrug im Schnitt 10 Seiten. Die ersten drei Nummern erschienen im A4 Format, ab Nummer 4/1986 erschien *Venceremos*, so wie das ursprüngliche Bulletin, im A5 Format. Das Layout war, wie angekündigt, einfach gestaltet. Die Artikel wurden durchgehend mit Schreibmaschine geschrieben und die typographischen Texte wurden aus

Matrizen vervielfältigt. Es befanden sich häufig Karikaturen und Zeichnungen sowie Bilder im Heft, die allerdings aufgrund der schwarzweiss Kopien schwer zu erkennen sind.

Venceremos war wieder als eine Art Informationsrundbrief der Chile Solidarität konzipiert. Es wurde unaufwendig gestaltet und enthielt hauptsächlich Berichte über neuere politische Entwicklungen in Chile. Im Vergleich mit dem Bulletin mitte der 1970er Jahre finden sich deutlich mehr Interviews und längere, zumeist übernommene Themenartikel. Was den diskursiven Kontext betrifft, so schlugen sich die Entwicklungen ab 1989 auch in der Thenauswahl nieder. Nach der Abwahl Pinochets standen vor allem die Themen Menschenrechte und Aufklärung der Verbrechen seit 1973 sowie die Frage nach der Rückkehr zur Demokratie im Mittelpunkt. Nach der Auflösung der CSF 1990 wurde *Venceremos* noch weitere zwei Jahre vom *Österreichischen Solidaritätskomitee für die Demokratie in Chile* herausgegeben. Die letzte Ausgabe erschien im 7. Jahrgang als Heft 4/1992. Dass es sich um die letzte Ausgabe handelte, wurde nicht vermerkt. Mit 1992 löste sich auch das *Österreichischen Solidaritätskomitee für die Demokratie in Chile* auf.

7.1.2 Textsorten

Um das untersuchte Material zu ordnen, wurden die einzelnen Diskursfragmente (Textbeiträge) nach Textsorten sortiert. Unterschieden wurde dabei zwischen Berichten, Kurzmeldungen, Themenartikeln, Interviews, original Dokumenten, eigenen Aufrufen/Resolutionen, Veranstaltungshinweisen und Gedichten/ Liedern. Da sich Texte – ihrem Wesen nach – nie eindeutig kategorisieren lassen, war bei der Zuteilung ausschlaggebend, ob der überwiegende Teil eines Artikels in eine Kategorie passte.

Der Kategorie *Berichte* wurden jene Beiträge zugeordnet, die über mehr oder weniger aktuelle Ereignisse und Entwicklungen berichten. Im Gegensatz zur allgemeinen Definition des Berichtes, in der diesem Objektivität zugeschrieben wird, beinhalten die Berichte des Bulletins relativ deutlich kommunizierte ideologische und vor allem moralische Aussagen. Tatsächlich handelte es sich bei den unter der Kategorie Berichte geführten Artikeln um Meinungs-

journalismus. Es wurden Daten, Zitate von Experten sowie Parallelen zu anderen Entwicklungen und Ereignissen herangezogen, um die Darstellung (Meinung) des Autors zu stützen. Dennoch habe ich die Bezeichnung Bericht gewählt, um den primären Aspekt der aktuellen Information zu betonen. Im Unterschied zur Kategorie Themenartikel, stehen bei den Berichten Informationen über aktuelle Ereignisse und Entwicklungen im Vordergrund. Der Umfang der Berichte beträgt zumeist zwischen einer halben- und zwei Seiten. Mit 31 Prozent ist diese Textsorte am öftesten im Bulletin vertreten.

Nachrichtenbeiträge deren Umfang maximal zehn Zeilen umfasst wurden der Kategorie *Kurzmeldungen* zugeordnet. 24 Prozent der Beiträge sind Kurzmeldungen

Zur Gruppe *Themenartikel* wurden all jene Textbeiträge gezählt, bei denen der Aspekt der Analyse und Hintergrundinformation im Gegensatz zum Aspekt der Information über aktuelle Geschehnisse dominiert. Die Frage nach dem Warum, steht hier im Vordergrund, während bei den Berichten Fragen nach dem Wo, Wer, Wann und Wie überwiegen. Außerdem wurden dieser Gruppe auch Artikel zugeordnet bei denen die subjektive Meinung des Autors explizit geäußert wird. Analysen, Hintergrundberichte, Reportagen und Kommentare fallen in diese Gruppe. Der Umfang dieser Texte beträgt meist zwischen zwei und sechs Seiten. Insgesamt sind 15 Prozent aller Textbeiträge des Bulletins Themenartikel

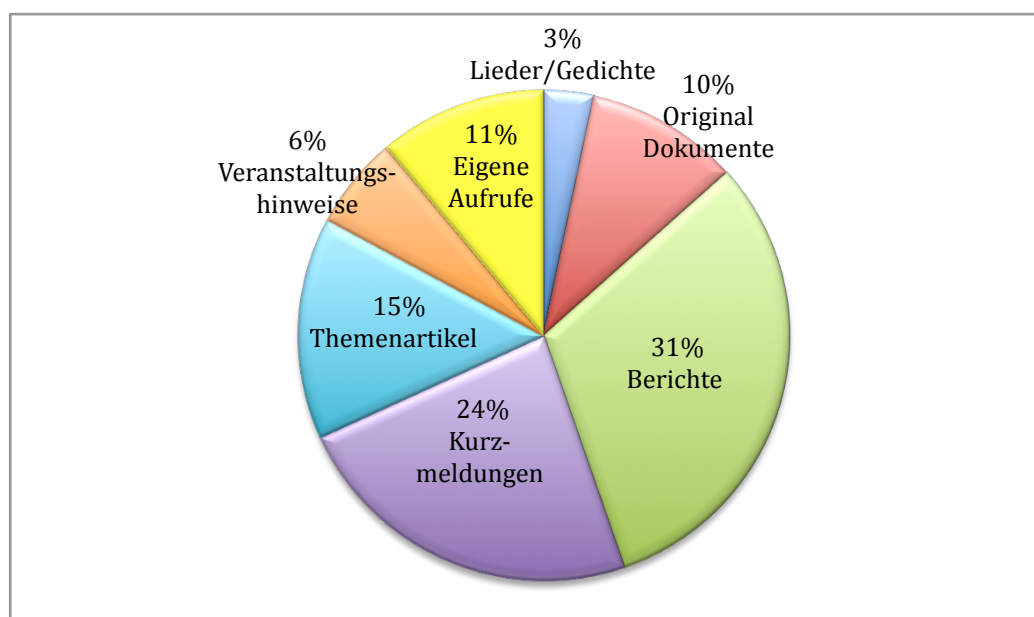
Zur Gruppe *Eigene Aufrufe/Resolutionen* gehören sämtliche Solidaritätsaufrufe und offizielle Erklärungen der CSF und anderer österreichischer Solidaritätskomitees. Diese Textsorte ist zu 11 Prozent im Bulletin vertreten.

Die Kategorie *Original Dokumente* bilden übersetzte original Texte von politischen Personen oder Organisationen. Es handelt sich dabei in erster Linie um Aufrufe, Erklärungen und Programmauszüge von Linksrevolutionären politischen Gruppierungen Lateinamerikas bzw. deren Vertretungen im Exil. Später waren es vor allem Berichte und Aufrufe von internationalen Menschenrechtsorganisationen. Auch Briefkorrespondenzen der CSF mit österreichischen Politikern fallen in diese Gruppe 10 Prozent der Beiträge sind original Dokumente.

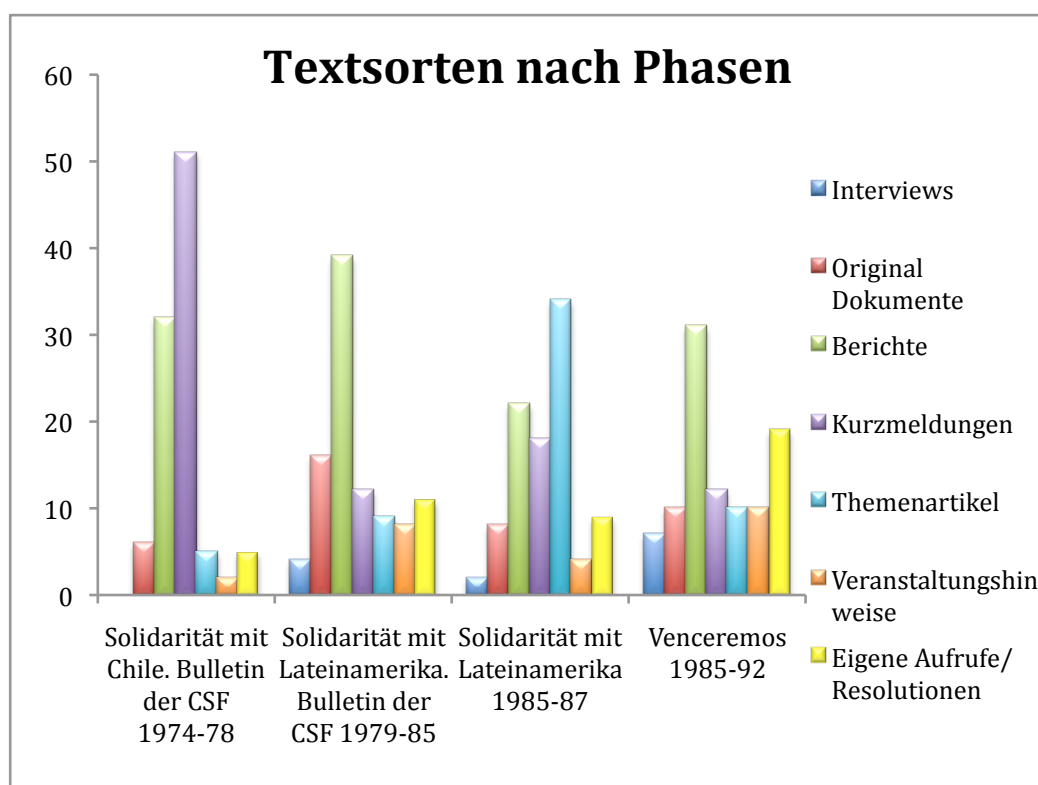
Eine weitere Textsorte stellen mit sechs Prozent aller untersuchten Artikel *Interviews* dar. Diese wurden zumeist aus anderen Medien übernommen und mit einem kurzen Einleitungskommentar versehen.

Zu drei Prozent waren *Lieder und Gedichte* im Bulletin enthalten.

Tab. 1: Textsorten gesamt



Tab. 2: Textsorten nach Phasen des Bulletins



7.1.3 Themen und Häufungen

Die thematische Strukturanalyse bildet – gemeinsam mit der Feinanalyse der ausgewählten Beiträge – ein Kernstück der Diskursanalyse. Eine möglichst genaue Beschreibung des methodischen Vorgehens ist für die Praxis von Diskursanalyse unerlässlich, da es sich dabei um keine vorgegebene Rechenoperation, sondern vielmehr um einen interaktiven Baukasten handelt (siehe Kapitel 3.1). Dies gilt insbesondere für die Herausbildung der, für die Erfassung der thematischen Struktur des Diskurses entwickelten Kategorien. Erst durch die Auseinandersetzung mit dem Analysematerial konnten diese Themenkategorien herausgebildet werden.

Kategorien: Themen und Unterthemen.- Die Darstellung erfolgt auf zwei verschiedenen Ebenen. Auf einer ersten, allgemeinen Ebene werden relativ unspezifische und weitreichende Themenkategorien herangezogen, um einen thematischen Querschnitt durch den gesamten untersuchten Diskurs zwischen 1974 und 1992 darzustellen. Dabei wurden keinerlei strukturelle- oder thematische Veränderungen zwischen 1974 und 1992 berücksichtigt. Anschliessend wurden auf einer zweiten, spezifischen Ebene verschiedene Phasen im untersuchten Diskurs differenziert und genauer analysiert. Sinnvollerweise folgte ich bei der thematischen Strukturierung des Diskurses einer Unterteilung in die vier oben beschriebenen Phasen (Kapitel 7.2.1). Anhand dieser differenzierteren Darstellung können Veränderungen und Kontinuitäten der thematischen Schwerpunkte zwischen 1974 und 1992 erfasst und veranschaulicht werden. Außerdem erfolgt eine differenziertere Unterteilung der thematischen Kategorien in spezifische Themen und Unterthemen, wobei auch allgemeine strukturelle Veränderungen des Mediums, sowie gewisse diskursive Ereignisse berücksichtigt werden können.

Überblick von Themen und Häufigkeiten.- Um Einblick in die thematische Strukturierung der Diskurspraxis der CSF zu geben, werden zunächst alle vorkommenden Themen und ihre Häufigkeiten dargestellt. Dazu mussten übergeordnete Themenkategorien entwickelt werden, die über den gesamten Untersuchungszeitraum, für den gesamten untersuchten Diskurs sinnvoll anwendbar waren. Die Einteilung der Beiträge erfolgte in folgende thematische Kategorien, nach der Häufigkeit ihres Vorkommens in Prozentpunkten geordnet:

Solidarität (24%).- 24 Prozent der Artikel lassen sich dem Thema Solidarität zuordnen. Es handelt sich dabei um Beiträge, die Berichte oder Aufrufe zu Solidaritätshandlungen mit den Völkern Lateinamerikas zum Hauptinhalt haben. Zumeist geht dies schon aus der Überschrift hervor. Hauptsächlich sind es Berichte über Kooperationen und/oder Treffen von österreichischen und chilenischen, oder sonstigen lateinamerikanischen linken politischen Organisationen, sowie um Solidaritätsaufrufe dieser Organisationen selbst – oft in Form von übersetzten Primärdokumenten – oder eigene und internationale Solidaritätskampagnen. Folgende Überschriften sind beispielhaft: „Initiative der österreichischen Journalistengewerkschaft“ (SMLA 3/1974: 7), „Uruguay – Internationale Kampagne für Amnestie“ (SMLA 3/1979: 15), „Weltkonferenz – Solidarität mit Chile – Bericht und Schlussdokument“ (SMLA 4/1978: 2f.).

Widerstand/Linke Organisationen (23%).- Zur Kategorie Widerstand/Linke Organisationen zähle ich alle Beiträge, die sich inhaltlich primär mit lateinamerikanischen Linken Organisationen und/oder dem Thema politischer Widerstand beschäftigen. In den meisten Artikeln dieser Kategorie sind diese beiden Themen eng miteinander verzahnt. Ein typisches Beispiel wäre etwa ein Artikel mit der Überschrift: „Die Opposition formiert sich – Aufruf zu den Nationalen Protesttagen“ (SMLA 1/1984, Nr. 39: 3). Es fallen auch Beiträge zu linken Regierungen in Lateinamerika, etwa den Sandinisten in Nicaragua, oder Meldungen zu Demonstrationen und Protestaktionen in diese Gruppe. Häufig handelt es sich bei den Texten dieser Themenkategorie um übersetzte Primärdokumente, etwa um Aufrufe von Gewerkschaften oder Erklärungen von Linksparteien. Mit 23 Prozent aller Artikel bildet das Thema Widerstand/Linke Organisationen das zweithäufigste Thema im Diskurs des Bulletins.

Repressive Massnahmen (22%).- Repressive Massnahmen lateinamerikanischer Diktaturen sind mit 22 Prozent das dritthäufigste Thema von Bulletinartikeln. Dabei geht es sowohl um direkte physische als auch um strukturelle Gewalt. Berichte über Verhaftungen und Folter fallen genauso in diese Kategorie wie etwa solche über Verfassungssänderungen oder den chilenischen Geheimdienst. Die häufigsten Themen sind: Verhaftungen und Ausweisungen, Verschwundene, Mord und Folter sowie andere politische Repressionen der Diktaturen. Die Themen Widerstand und Repressive Massnahmen haben einen

inneren Bezug zueinander und sind daher oft eng miteinander verbunden. In den allermeisten Fällen ist eines der beiden Themen das leitende und dominante und somit klar zuordenbar. War keine eindeutige Zuordnung möglich, so wurde der betreffende Artikel beiden Themekategorien zugeordnet.

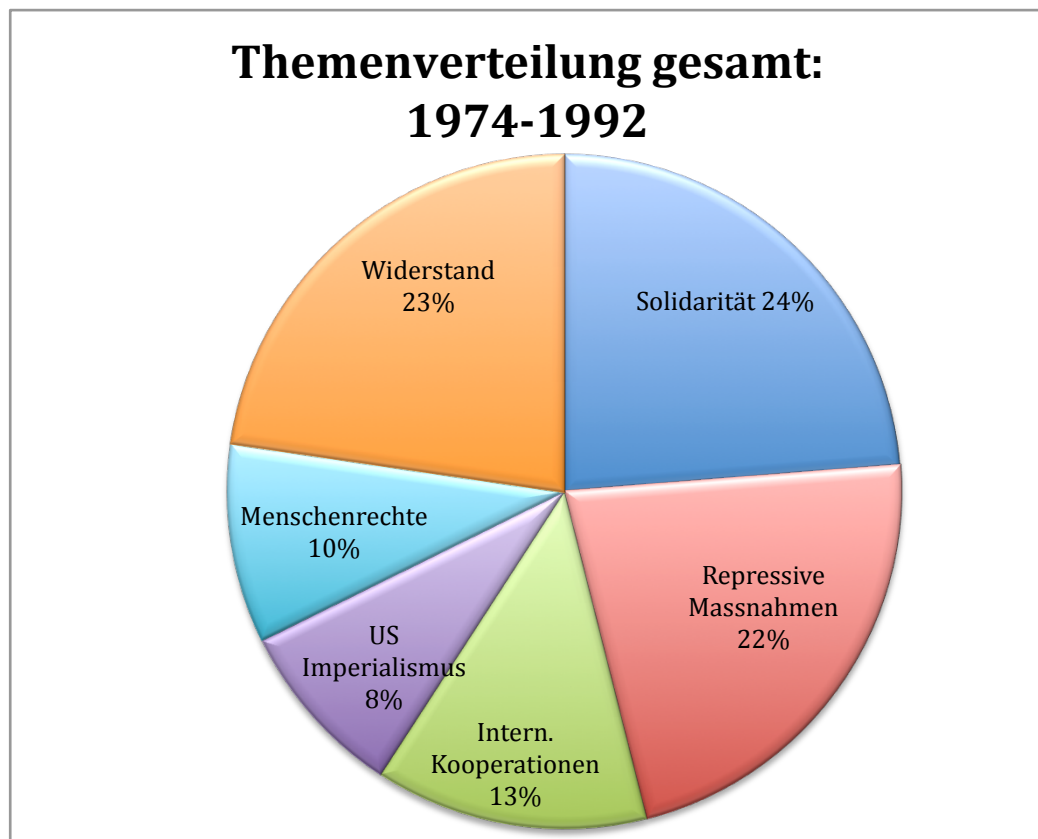
Internationale Kooperationen (Wirtschaft/Politik) (13%).- Dieser Themenkategorie wurden Artikel zugeordnet, in denen es um politische oder wirtschaftliche Kooperationen zwischen Chile und anderen internationalen Akteuren – Regierungen oder Privatunternehmen – geht. Häufig werden die wirtschaftlichen Beziehungen und der Waffenhandel zwischen China und Chile beleuchtet und Boykotte gefordert. Auch Berichte über wirtschaftliche und politische Beziehungen zwischen lateinamerikanischen Diktaturen und Österreich kommen oft vor, etwa Kritik am Empfang des chilenischen Wirtschaftsministers General Luis Danus durch den österreichischen Handelsminister Staribacher 1982 (SMLA Jgg. 9 Nr. 34/35: 35). Die Berichte über das geplatzte Panzergeschäft zwischen Chile und der Steyr-Daimler-Puch AG und die damit einher gehende Massendemonstrationen in Österreich wurden sowohl dem Thema Internationale Kooperationen, als auch dem Thema Solidarität zugeordnet, da beide Themen gleichermaßen vorkommen.

Menschenrechte (10%).- Das Thema Menschenrechte haben zehn Prozent aller Beiträge zum Hauptinhalt. Hauptsächlich werden Berichte von Menschenrechtsorganisationen wiedergegeben und kommentiert. Es handelt sich dabei oft um internationale Verurteilungen und Aufrufe, etwa der UNO oder anderen international anerkannten Organisationen. Diesen Beiträgen kommt eine Art objektive Legitimationsfunktion im Diskurs der Chile Solidaritätsfront zu. Das Thema Menschenrechte hält einen etwa gleichbleibenden Anteil im Bulletin zwischen 1974 und 1992.

US Imperialismus (8%).- Diesem Thema wurden Beiträge zugeordnet, die über ein konkretes Ereignis der wirtschaftlichen oder politischen Kooperation hinausgehend das Thema Imperialismus zum Hauptinhalt haben. Nachdem bei diesen Beiträgen immer die USA die Hauptrolle spielen, wurde die Themenkategorie US-Imperialismus eingeführt. Der Begriff Imperialismus spielt zwar auch schon in den frühen Beiträgen eine Rolle, zum thematischen Hauptinhalt

ganzer Artikel wurde er aber erst anfang der 1980er Jahre. Über den gesamten Zeitraum betrachtet haben acht Prozent aller Beiträge den US-Imperialismus zum Hauptinhalt.

Tab. 3: Themenverteilung des Bulletins gesamt



Themenverteilung nach Phasen des Bulletins.- Es erfolgt nun eine genauere Darstellung der Themenschwerpunkte in den verschiedenen Phasen des Bulletins. Welche spezifischen Themen bestimmten den jeweiligen Diskurs? Dabei werden auch Themen berücksichtigt, die nur für einzelne Phasen von Bedeutung waren und daher nicht für die Untersuchung des gesamten Diskurses miteinbezogen wurden. Außerdem werden die bisher dargestellten Themen einer genaueren Betrachtung unterzogen und weiter ausdifferenziert.

1) Solidarität mit Chile. Bulletin der Chile- Solidaritätsfront 1974-1978

In der ersten Phase des Bulletins ging es vor allem um die Verbrechen der

Militärjunta in Chile (32%) und um österreichische und internationale Solidarität (22%). 1974 bis 1976 stellten Berichte über Verhaftungen und den chilenischen Geheimdienst *DINA* (Dirección Nacional de Inteligencia) die Schwerpunkte des Heftes dar. Die Forderung der Freilassung aller politischen Gefangenen war damals eines der wichtigsten Anliegen der internationalen Solidaritätsbewegung. Dementsprechend präsent war dieses Thema auch im Bulletin der CSF, in welchem es durch Meldungen über Festnahmen von prominenten politischen Personen und noch stärker durch Solidaritätsaufrufe und Unterschriftenaktionen vertreten war. Mitunter gab es vereinzelt auch Meldungen über Freilassungen von prominenten Gefangenen.

Ab etwa 1976 war das sogenannte Verschwindenlassen von Personen zur zentralen Repressionsmethode in Chile geworden. Berichte darüber, und besonders über Solidaritätsaktionen in Chile, aber auch in Österreich, waren damals ein häufiges Thema. Hungestreiks waren eine gängige Protestmethode gegen diese Praxis.

Im Herbst 1974 verurteilte die UNO erstmals die Menschenrechtsverletzungen in Chile und forderte in einer Resolution die Beachtung der Menschenrechte. Mit 13 Prozent hatte das Thema Menschenrechte und internationale Verurteilungen einen fixen Platz im Bulletin. Es ging dabei hauptsächlich um Meldungen und Dokumente von internationalen Kommissionen, etwa dem zweiten Russel Tribunal, der Chile-Kommission, dem Helsinki Tribunal, der UNO sowie christlichen Organisationen und internationalen Parteien.

Etwa gleich stark war das Thema Widerstand und linkspolitische Parteien zu dieser Zeit im Heft vertreten (13%). Besonders in den ersten Ausgaben ging es darin stark um das politische Programm der Unidad Popular (UP) und darum Lobesreden über den mythologisierten Helden Salvador Allende abzuhalten, dies geschah in Form von Nachrufen anlässlich der sich jährenden Jubiläen des Putsches. Es ging um Tagungen der UP, aber vor allem um optimistische Berichte über die Situation des Widerstandes in Chile und übersetzte Erklärungen der chilenischen Linken, etwa: „Der Widerstand wird siegen – Erklärung der chilenischen Linken im Untergrund“ (SMCh 1/1977: 11), „Der Widerstand wächst“ (SMCh 2/1977: 10) oder „Die CUT (Central Unitaria de

Trabajadores de Chile) lebt“ (SMCh 2/1977: 11). Häufig ging es auch um den Besuch von chilenischen Linkspolitikern oder Gewerkschaftern in Wien.

Ein weiteres zentrales Thema in der Diskurspraxis der CSF waren von Anfang an Internationale Kooperationen zwischen Chile und anderen Staaten (18%). Die Verwicklung des US-amerikanischen Konzerns ITT bei den Vorbereitungen des Militärputsches vom 11. September 1974 wurde zwar erwähnt und verurteilt, allerdings nicht in einem weiterreichenderen, antiimperialistischen Rahmen gefasst. Der US-Imperialismus war nicht das Thema im Bulletin dieser ersten Phase. Vielmehr ging es um sämtliche wirtschaftliche und politische Verbindungen einzelner Staaten mit Chile; gefordert wurde der wirtschaftliche Boykott gegen die Militärdiktatur. Das Thema Exilanten hatte interessanterweise keinen Platz im Bulletin dieser ersten Phase, obwohl es einen großen Teil der Arbeit der CSF ausmachte.

Tab. 4: Themenverteilung Phase 1



2) *Solidarität mit Lateinamerika. Bulletin der CSF 1979-1985*

Diese Phase des Bulletins ist durch eine Ausweitung der Berichte auf andere

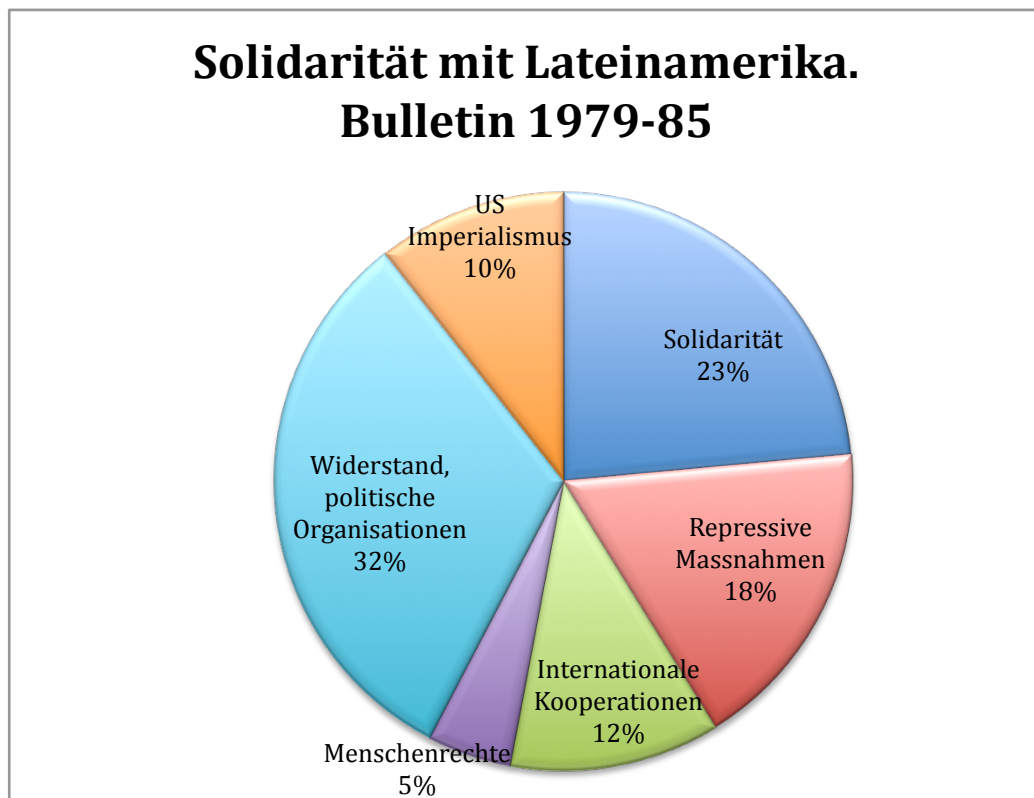
lateinamerikanische Länder gekennzeichnet. Während in der ersten Phase ausschließlich zu Chile – von ganz wenigen Berichten zu Uruguay abgesehen – berichtet wurde, wurde zwischen 1979 und 1985 zusätzlich Uruguay, El Salvador und Nicaragua maßgeblich für die Inhalte des Bulletins. Chile machte mit 46 Prozent zwar nachwievor den größten Teil der Berichte aus, Uruguay mit 23 Prozent, El Salvador mit 17 Prozent und Nicaragua mit elf Prozent nahmen nun aber auch eine bedeutende Stellung im Bulletin ein. Ab 1982 wurde auch vereinzelt zu Paraguay (2%) und Guatemala (1%) berichtet. Betrachtet man die Entwicklung innerhalb dieser Phase, so zeigt sich in Bezug auf die Länderschwerpunkte, dass zuerst, etwa von 1979-1981 Chile dominierte und es dann ab 1981 zu einem Aufschwung von Berichterstattungen anderer Solidaritätskomitees (Uruguay, El Salvador, Nicaragua) kam, der bis etwa Anfang 1983 anhielt. Von 1983- 85 wurde der überwiegende Anteil der Berichte wieder zum Thema Chile verfasst.

Waren in der ersten Phase des Bulletins die repressiven Maßnahmen der Militärjunta Pinochets das häufigste Thema, so wurden in der zweiten Phase Widerstand und politische Organisationen (32%) zum meistvertretenen Thema. Durch die Ausweitung auf andere Länder, wie etwa Nicaragua, waren nicht nur Widerstandsbewegungen, sondern auch linksrevolutionäre (Regierungs-) Programme vermehrt Thema. Damit in Verbindung steht das Aufkommen des Themas US-Imperialismus (10%) im Bulletin. Die Perspektive wurde globaler und Lateinamerika wurde stärker als gesamte Region in einem weltpolitischen Kontext wahrgenommen, obgleich die Berichte immer zu einzelnen Themen und Ländern von den verschiedenen Solidaritätskomitees verfasst wurden. Programmatisch heißt es im Editorial 1/1982: „Der US-Imperialismus sucht sich seine Opfer heute in den Völkern El Salvadors oder Nicaraguas in Verbindung mit einer reaktionären Agraroligarchie oder Bourgeoisie (...).“ (SMLA 1/1982, Nr. 33: 3). Es solle daher „den politischen Vorstellungen, Programmen und Konzeptionen antiimperialistischer und antioligarchischer Befreiungsbewegungen“ (SMLA 1/1982, Nr. 33: 3) mehr Platz in der Berichterstattung des Bulletins gegeben werden. So wurde etwa die Rubrik „Frente Ampulio informiert“ eingeführt, die von der Exil-Vertretung der Frente Ampulio selbst gestaltet wurde. Eine wichtige Ursache für das Aufkommen des

Themas US-Imperialismus im Bulletin ist die Veränderung der außenpolitischen Doktrin der USA zu Beginn der Regierungszeit Reagens Anfang der 1980er Jahre. Die zunehmend militaristische Interventionspolitik der USA in Mittelamerika war durch die Solidarität mit Nicaragua, El Salvador und Guatemala zum direkten Thema geworden. Bis 1980 war der US-Imperialismus lediglich sechs Mal Thema in einer Überschrift eines Bulletinartikels, zwischen 1981 und 1985 war dies dann 27 Mal der Fall. Ein weiterer Grund für diesen Anstieg liegt darin, dass mit dem Ende der SPÖ Alleinregierung unter Bundeskanzler Kreisky ein kritischeres Verhältnis zu den USA in der SP Fraktion der CSF, und damit für das gesamte Bulletin möglich wurde.

Salvador Allende und die Maßnahmen der Unidad Popular blieben, wie schon in der ersten Phase, in Form von regelmäßigen (jeden Herbst, also zumindest jede vierte Ausgabe) Jubiläumsbeiträgen wichtig für das Heft. Das Thema Menschenrechte (5%) war nun weniger stark vertreten, dafür waren Berichte über wirtschaftliche und andere Entwicklungen in Lateinamerika vermehrt Thema (10%). Dies ist auch vor dem Hintergrund der zunehmend analytischer werdenden Berichte auf dem Weg der Entwicklung zur ‚Solidaritätszeitschrift‘ zu sehen. Interessant ist, dass dem Thema der verhinderten Panzerexporte 1980 relativ geringe Aufmerksamkeit im Bulletin zukam, wurde dieses Ereignis doch im Nachhinein als der größte Erfolg in der Geschichte der CSF verbucht. Die damals im Zuge der Proteste ausgelöste Massenmobilisierung löste eine relativ breite öffentliche Diskussion über Waffenexporte in Österreich aus (Stoff 2007: 45; EPN15/80, 10/81, 2/82). Das Thema Exilanten spielte auch in dieser Phase keine große Rolle im Heft.

Tab. 5: Themenverteilung Phase 2



3) *Solidarität mit Lateinamerika 1985-1987*

Mit Nummer 2/1985 erfolgte die Umstellung vom Bulletin der CSF zur ‚Lateinamerika-Solidaritäts-Zeitschrift‘ (siehe 7.1.1). Inhaltlich machte sich diese Veränderung deutlich bemerkbar. Den Schwerpunkt bildete nun mit 34 Prozent aller Berichte das Thema US-Imperialismus. Dabei ging es nicht mehr nur um einzelne Länder, sondern um eine Analyse des US-Imperialismus aus geopolitischer Perspektive. Häufig wurden längere Artikel aus anderen Medien, zum Teil auch aus Fachzeitschriften übernommen. In den Ausgaben 2 und 3/1985 war etwa ein Text mit dem Titel „Die regionale Krise in Mittelamerika als geopolitisches Problem. Der strategische Rahmen für eine regionale Alternative“ von dem lateinamerikanischen Ökonomen Xavier Gorostiaga, in zwei Teilen abgedruckt (SMLA 2/1985, Nr. 45: 4-6; SMLA 3/1985, Nr. 46: 11-13).

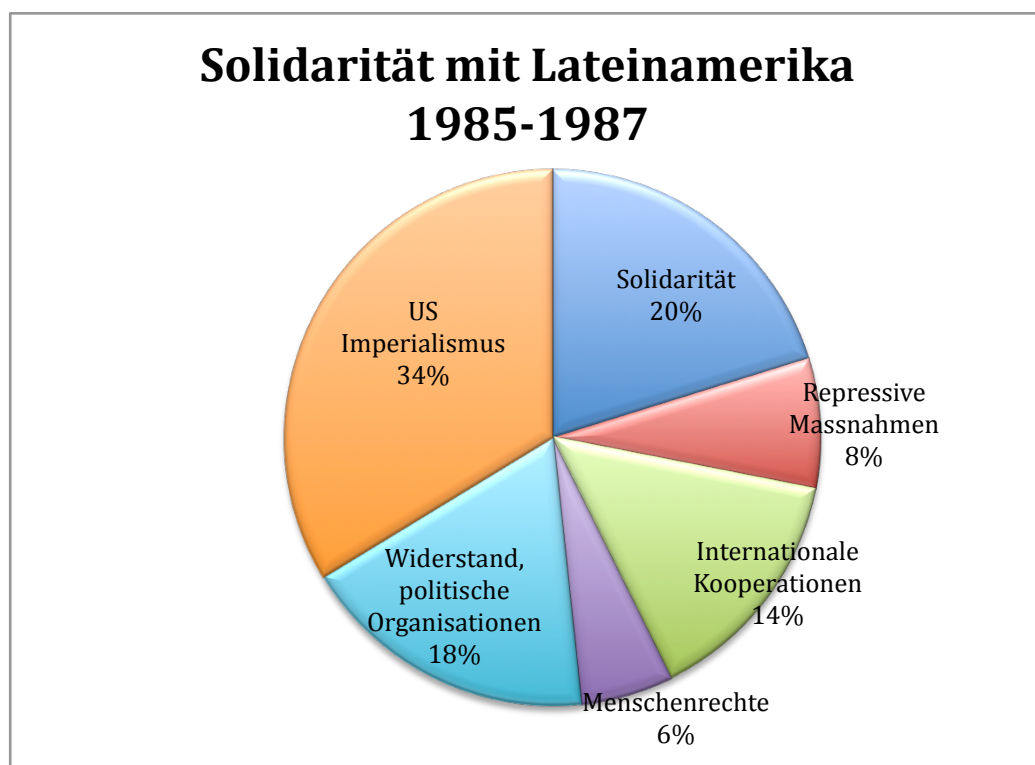
Die Perspektive von *Solidarität mit Lateinamerika* war mehr auf strukturelle Probleme gerichtet als die des alten Bulletins. Als neue Schwerpunkte kamen

die Themen Nord-Süd-Konflikt und Verschuldungskrise mit 15 Prozent aller Artikel hinzu. Ein programmatischer Artikeltitel wäre etwa: „Das Szenario der Ausbeutung. Die Ursachen der Verschuldung“ (SMLA 4/1985, Nr. 47: 9-10) oder „Der Schulmeister Plan. Ansichten von Stephan Schulmeister zur Schuldenkrise“ (SMLA 1/1986, Nr. 48: 15). Ebenfalls neu im Heft war das Thema Frieden (8%). Wie in der Blattlinie beschrieben ging es bei dem Zeitschriftenprojekt *Solidarität mit Lateinamerika* neben der Dritten-Welt, „um das Eintreten für Demokratie, Fortschritt und Frieden auch in Österreich“ (SMLA 2/1985, Nr. 45: 2), wobei insbesondere eine „Ausweitung und eine Vertiefung der Zusammenarbeit mit allen politischen Kräften in Österreich, die diese Zielsetzung unterstützen“ (SMLA 2/1985, Nr. 45: 2) angestrebt wurde. Dazu gehörte auch die, in den 1980er Jahren aufkeimende, österreichische Friedensbewegung. Das Thema Frieden wurde dabei meist eng mit dem Thema Dritte-Welt verknüpft, wie schon aus manchen Überschriften wie „Dritte Welt und Atomteststopp. Für eine strategische Entwicklungshilfe“ (SMLA 3/1986, Nr. 51: Sonderteil I-IV) oder „Eine Nacht für den Frieden. (SMLA 3/1986, Nr. 51: 13-14) hervorgeht. Im Vergleich zum Bulletin war es auch neu die eigene Solidaritätsarbeit zum Diskussionsthema zu machen. Dies geschah hauptsächlich in Form von Berichten über Konferenzen der Solidaritätsbewegungen, die zu dieser Zeit erstmals gesamtösterreichisch stattfanden. Von diesen Konferenzen angeregt kam es vereinzelt zu selbstkritischen Diskussionsbeiträgen, beispielsweise „Solidarität mit Lateinamerika- wozu“ (SMLA 3/1986, Nr. 51: 11-12), ein Artikel in dem es um die Funktionen und Ziele der Zeitschrift, als auch der Solidaritätsbewegung insgesamt geht, und in dem eine selbstkritische und theoretische Auseinandersetzung gefordert wird. Gesamt gesehen macht dieses Thema rund zehn Prozent der Inhalte von *Solidarität mit Lateinamerika* aus.

Neben den gerade genannten thematischen Neuerungen blieben auch die alten Themen des Bulletins bestehen, allerdings in geringerem Ausmaß. Nach wie vor fand sich das Thema Widerstand und politische Organisationen (18%) zumeist in Form von übersetzten Dokumenten oder Interviews mit Vertretern von Befreiungsbewegungen oder politischen Parteien in der Zeitschrift, und auch die (partei-)politische Solidaritätsarbeit blieb Teil der Inhalte des Heftes.

Davon zeugen Überschriften wie: „Ein Aufruf der CSF und CUT zur Unterstützung eines nationalen Streiks fand enorme Unterstützung in Österreich“ (SMLA 2/1986, Nr. 50: 7), „El Salvaor: Position der FMLN zum Prozess des Dialogs und der Verhandlung. Generalkommandantur der FMLN“ (SMLA 1/1986, Nr. 48: 4-5), „Paraguay: Man muss alles ändern. Die Opposition gewinnt an Mut und Einheit (Text der Paraguayanischen Befreiungs-bewegung Gaspar Rodriguez de Francia)“ (SMLA 2/1986, Nr. 50: 3-5) oder „Protest vor der chilenischen Botschaft“ (SMLA 3/1986, Nr. 51: 14). Inhaltlich changierte *Solidarität mit Lateinamerika* zwischen strukturellen Analysen und politischen Solidaritätsaufrufen und bewegt sich damit in einem Spannungsfeld zwischen wissenschaftlicher Objektivität und bekennender politischer Ideologie, zwischen theoretischer Selbstreflexion und konkreter politischer Aktion. Die ‚Lateinamerika-Solidaritätszeitschrift‘ bestand knapp zwei Jahre lang.

Tab. 6: Themenverteilung Phase 3



4) *Venceremos. Information der CSF 1985-1992*

Mit dem Übergang von *Solidarität mit Lateinamerika* zur Zeitschrift begann die CSF unter dem Namen *Venceremos. Information der Chile- Solidaritäts-*

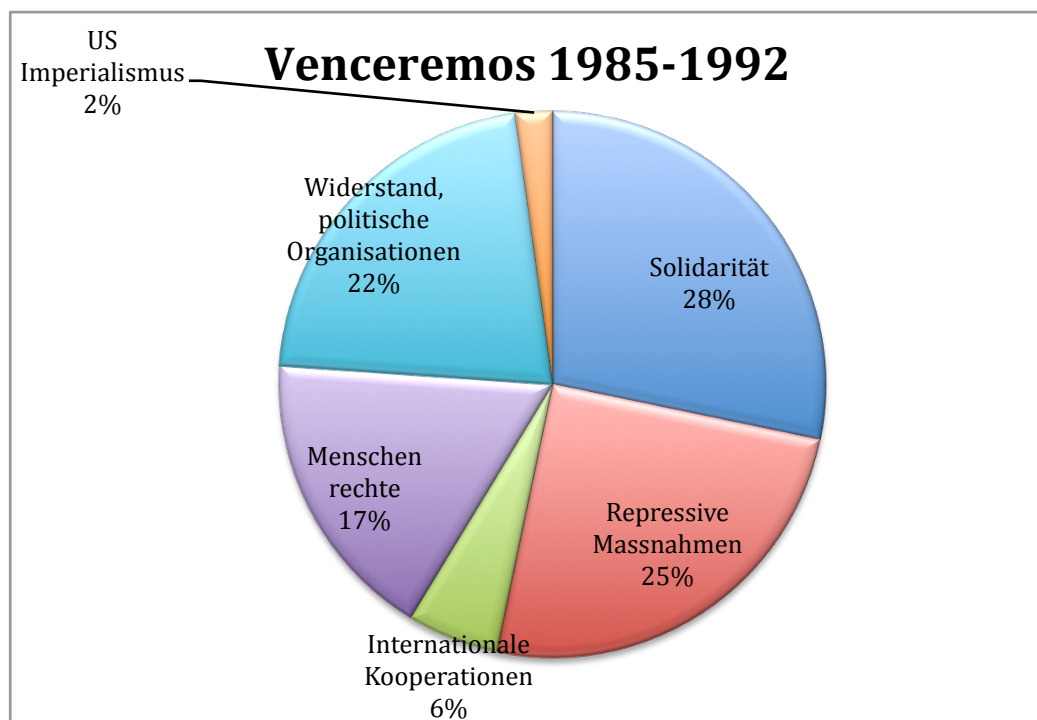
front wieder ein eigenes kleines Heft, im Stile des Bulletins, nur für Chile herauszugeben. Auch inhaltlich orientierte man sich dabei stark am ursprünglichen Bulletin der 1970er Jahre. Der US-Imperialismus war kaum noch Thema (2%). Die bedeutendsten Themen dieser letzten Phase des Bulletins waren Solidarität (26%), Widerstand und politische Organisationen (23%) sowie die Repressionen der Militärjunta (20%). Ausserdem war das Thema Menschenrechte (17%) eines der Kernthemen des Blattes. Es ging dabei hauptsächlich um Artikel im Zusammenhang mit Berichten von chilenischen oder internationalen Menschenrechtskommissionen zur Situation in Chile. Mit dem Ende der Regierungszeit Pinochet 1990 und der Rückkehr Chiles zur Demokratie waren vor allem der Demokratisierungs- und Liberalisierungsprozess, sowie das Wahlergebnis vom 14.12.1989, den ersten Wahlen seit 1973, thematische Schwerpunkte im Bulletin. Zentrales Thema war nun die Aufklärung der Verbrechen der Militärdiktatur. Ferner ging es um das Problem der Amnestie für Pinochet und seine politischen Verbündeten, sowie um die Frage der immer noch inhaftierten politischen Gefangenen und der Verschwundenen. Die Arbeit der Organisation *CINTRAS* (Centro de Salud Mental y Derechos Humanos), *Zentrum für Mentale Gesundheit und Menschenrechte*, sowie der *FEDEFAM* (Federacion Latinoamericana de Asociaciones de Familiares de Detenido-Desaparecidos), *Lateinamerikanische Förderung der Vereinigung der Familienangehöriger Verhafteter-Verschwundener* waren sehr häufig vorkommende Themen von Venceremos ab 1990. Obwohl es graphisch hier wenig zum Ausdruck kommt, lässt sich eine inhaltliche Verschiebung feststellen. In der letzten Phase des Bulletins, und besonders in den allerletzten zwei Jahren treten die linken politischen Organisationen thematisch in den Hintergrund, während die Themen Demokratie und Menschenrechte den Diskurs dominieren. Ausserdem lässt sich ein zunehmendes Aufkommen längerer analytischerer Artikel, die aus anderen Medien übernommen wurden feststellen. So wurde etwa 1992 dem 500 jährigen Jubiläum der Entdeckung Lateinamerikas ein breiter Schwerpunkt, mit längeren historischen Artikeln gewidmet.

Mit dem formellen Ende der Militärdiktatur in Chile 1990, wurde die formelle Auflösung der CSF und die Namensänderung in: *Österreichisches Solidaritäts-*

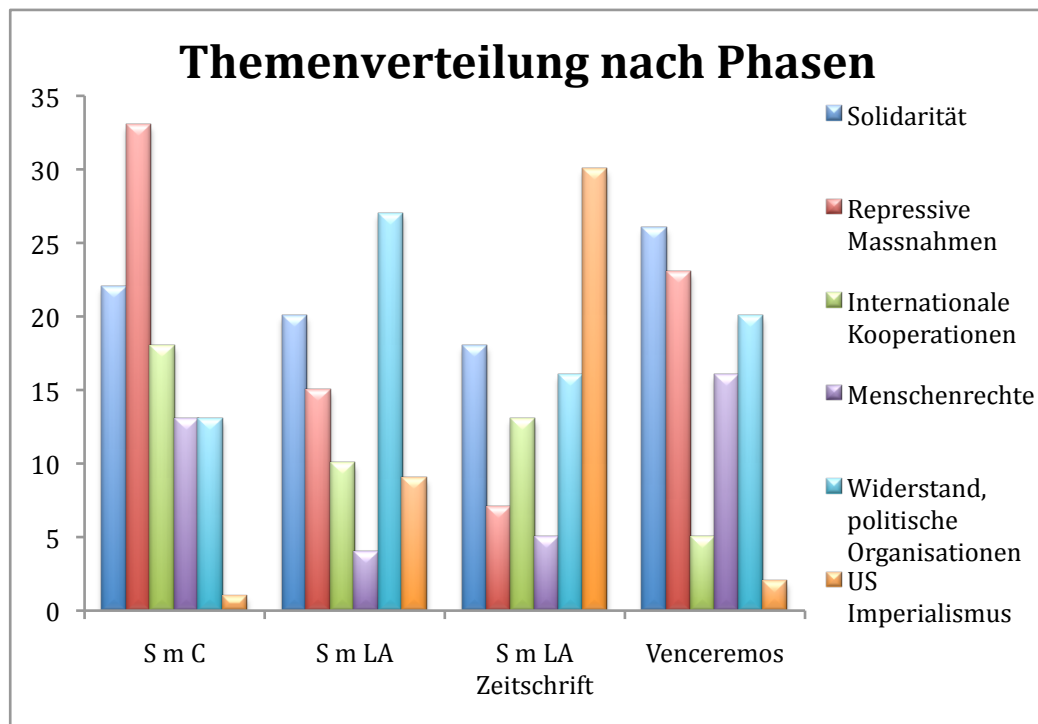
komitee für die Demokratie in Chile eingeleitet. Diese Veränderungen spiegeln sich in den Themen des Bulletins wider. Das wichtigste Objekt der Solidarität, der politische Widerstand in Chile ging verloren und somit langfristig auch die Themen für das Bulletin.

Die von Josef Hierlmeir (2002) konstatierten Veränderungen für die deutsche Internationalismusbewegung ab 1990 finden ihre Entsprechung in den Inhalten von *Venceremos*. Hierlmeir (2002) verortet eine „Liberalisierung des Erschöpfen“ und „Pazifizierung des Protestes“ (Hierlmeir 2002: 112). Die Nicht-regierungsorganisationen (NGOs) waren die neuen Akteure der entwicklungspolitischen Szene und die Bedeutung von Basiskomitees schwand rasant (Hierlmeir 2002: 112). Als entscheidende Ereignisse nennt Hierlmeir den Epoch-enbruch von 1989 durch den Zusammenbruch der Sowjetunion und die Wahlniederlage der FSLN in Nicaragua 1990 (Hierlmeir 2002: 112, 113). Parallel zu einem allgemeinen Niedergang Internationalistischer sozialer Bewegungen durch weltpolitische Veränderungen, und die damit zusammenhängenden Verschiebungen im internationalistischen Diskurs, vollzog sich die entscheidende Veränderung in Chile selbst durch das Ende der Pinochet-diktatur.

Tab. 7: Themenverteilung Phase 4



Tab.8: Themenverteilung nach Phasen



7.2 Feinanalyse

Die Feinanalyse stellt das Kernstück von Diskursanalyse dar. Mittels der Analyse einzelner speziell ausgewählter Artikel können Aussagenformationen des untersuchten Diskurses ermittelt, und kontextualisiert werden. Letztendlich geht es dabei darum zu fragen, welche Ziele, Werte und Vorstellungen, welche Ideologien, welches Verständnis von Wirklichkeit in den jeweiligen Texten transportiert wird, und auf welche Weise dies geschieht.

7.2.1 Methode und Artikelauswahl

Bei der Auswahl der Artikel für die Feinanalyse wurde darauf geachtet, möglichst typische und für den untersuchten Diskurs repräsentative Textbeiträge heran zu ziehen. Die ausgewählten Artikel entsprechen daher inhaltlich den zuvor festgelegten Hauptthemen der Strukturanalyse. Untersucht werden, unter anderem typische Artikel der Themenkategorien Solidarität, Widerstand/politische Organisationen, Repressive Maßnahmen und US-

Imperialismus. Neben einer gleichmäßigen Themenverteilung wurde auch darauf geachtet, den gesamten Zeitraum des untersuchten Diskurses möglichst ausgewogen abzudecken. Es wurde versucht für jede Phase typische Artikel des Bulletins für die Feinanalyse heran zu ziehen. Weiters wurde darauf geachtet, dass die ausgewählten Artikel nicht aus anderen Medien übernommen, sondern eigens für das Bulletin verfasst wurden. Längere ideologische Artikel wurden den, zumindest in der ersten Phase des Bulletins anteilmäßig überwiegenden, Kurzmeldungen vorgezogen.

Methodisch erfolgt die Feinanalyse in mehreren Schritten. Zuerst geht es darum, eine Makrostruktur des untersuchten Textes zu ermitteln. Dabei werden graphische Formen und Gliederungen erfasst. Es wird nach dem Thema bzw. Gegenstand des Textes und seiner allgemeinen Textur gefragt. Im nächsten Schritt werden wichtige Schlüsselbegriffe des Artikels ermittelt. Abschließend werden argumentative und rhetorische Formen untersucht. Welche Argumentationsstrategien, welche Topoi, welche Metaphern prägen den jeweiligen Text?

7.2.2 Artikelanalyse

Artikel 1 (Anhang 1)

Titel: *Verstärkt die Solidarität mit dem chilenischen Volk!*

Autor: *Chile- Solidaritätsfront – Referat für Öffentlichkeitsarbeit*

Aus: *Solidarität mit Chile. Bulletin der CSF, 2/1974, S. 2*

Zur Feinanalyse ausgewählt wurde dieser Artikel weil er erstens aus den erwähnten Gründen eine Einleitung zum gesamten Heft darstellt, zweitens viele Informationen zu Selbstverständnis und Aufgabenstellung der CSF und des Bulletins enthält, und drittens beispielhaft für das Editorial des Heftes – zumindest bis 1978 – ist.

Der Artikel erscheint auf der ersten Seite der zweiten Ausgabe des Bulletins und stellt eine Art Editorial zu dieser Ausgabe, aber auch zum gesamten Heft dar, nachdem die allererste Ausgabe (1/1974) einem Provisorium entsprach und noch nicht die durchgehende Form – sowohl strukturell als auch personell – von „Solidarität mit Chile“ hatte. Die graphische Form des Artikels ist schlicht und klar. Der Artikel umfasst eine A5 Seite und ist in zwei Spalten

aufgeteilt. Über beide Spalten zusammen ist in fetten Blockbuchstaben die Überschrift: „VERSTÄRKT DIE SOLIDARITÄT MIT DEM CHILENISCHEN VOLK !“ geschrieben. Der Artikel ist in vier Absätze unterteilt und enthält keine weiteren Hervorhebungen. Am Schluss stehen vier einzelne Sätze in fetten Blockbuchstaben mit Ausrufungszeichen, die Forderungen und Solidaritätserklärungen enthalten. Unterzeichnet ist der Artikel mit: „VENCEREMOS! CHILE SOLIDARITÄTSFRONT- Referat für Öffentlichkeitsarbeit“.

Themen des Artikels sind: die Verbrechen der chilenischen Militärjunta, eine Verknüpfung der Pinochet-Diktatur mit dem Nationalsozialismus, der notwendige und der tatsächliche Widerstand in Form einer „antifaschistischen Einheitsfront“ sowie Aufgaben und Forderungen der Solidaritätsbewegung.

Inhaltliche Argumentation und Aufbau.- Einleitend (1-7) wird die Situation in Chile dargestellt, die Verbrechen der Militärjunta werden geschildert. In der nachfolgenden Überleitung (8-21) wird eine Verbindung zwischen der Situation in Chile und dem österreichischen und deutschen Faschismus der 1930er und 1940er Jahre hergestellt. Die geplanten Prozesse gegen Offiziere, Politiker und Gewerkschafter werden als „Schauprozesse“ einer „faschistischen Mordjustiz“ bezeichnet und mit dem Nationalsozialismus verbunden. Diese Verbindung mit dem Nationalsozialismus stärkt die anschließende Argumentation (8-27): die Scheinprozesse würden dazu dienen, der Junta den Anschein von Legalität vor der Weltöffentlichkeit zu geben; Aufgabe der internationalen Solidaritätsbewegung wäre es dies zu verhindern, denn „ das einzige Verbrechen jener Demokraten, die heute in Chile abgeurteilt werden sollen, besteht darin, dass sie treu zur Verfassung der Republik Chile gestanden sind, zu ihrer rechtmäßigen Regierung der Unidad Popular“. Durch die Formulierungen „treu zur Verfassung“ und „rechtmäßige Regierung der Unidad Popular“ wird auf die völkerrechtliche Legitimation der Regierung Allende verwiesen. (Eines der Hauptargumente der Putschisten und ihrer internationalen Unterstützer für die Legitimation des Militärputsches lag in der Behauptung des unrechtmäßigen Zustandekommens der Regierung Allende. Die Betonung der verfassungsmäßigen demokratischen Legitimation der Regierung der UP und der Verfassungstreue ihrer Anhänger kommt daher häufig in den untersuchten Texten vor.)

Zu Beginn des nächsten Absatzes wird auf den Inhalt dieser Nummer des Bulletins verwiesen: ein Überblick über den Terror der Junta. Nocheinmal wird das Leid betont, „das die Faschisten über jenes Land und Volk gebracht haben, das bisher in Lateinamerika wegen seiner demokratischen Tradition bekannt und geschätzt war“. Dieser Satz bildet die Überleitung zum zweiten zentralen Thema des Artikels. Durch den nächsten Absatz wird ein Gegenszenario des Widerstandes und der Solidarität eröffnet (43-53): Die in Chile entstehende „breite antifaschistische Einheitsfront“ ginge sogar über das Bündnis der Unidad Popular hinaus. Diese Einheitsfront sei der „Beweis für die Widerstandskraft des chilenischen Volkes“ und sie weise „den Weg zu einem neuen, demokratischen Chile“. Auch wenn der Begriff Solidarität noch nicht verwendet wurde, ist das Konzept der Kampfsolidarität hier immanent: Erst in der Situation des Kampfes gegen einen gemeinsamen Feind kann sich diese Solidarität konstituieren; durch die gelebte Erfahrung der Solidarität im gemeinsamen Widerstand wird das Volk geeint, dies bewirke neue Chancen für eine zukünftige Gesellschaft.

Zum Abschluss wird auf die Rolle und die Notwendigkeit der Solidarität mit dem chilenischen Volk hingewiesen (55-72). Die CSF erklärt worin sie ihre Aufgaben sieht und worin sie diese nicht sieht. Implizit wird dabei eine kritische Solidaritätsdiskussion ausgeschlossen und zur Frage der Gewaltanwendung Stellung genommen:

„Die Aufgabe der Solidaritätsbewegung (...) kann es nicht sein, dem chilenischen Widerstand Vorschriften über Ziele und Methoden des antifaschistischen Kampfes zu machen. Was wir tun können ist in unserem Land über die Errungenschaften der Unidad Popular, über den Putsch und seine Hintermänner sowie über den Terror der faschistischen Junta zu informieren, die antifaschistische Einheitsfront in Chile politisch und materiell zu unterstützen sowie zur internationalen Isolierung der Junta beizutragen.“

Nachdem begründet wurde wie und warum man mit dem chilenischen Volk solidarisch sein sollte, schließt der Artikel mit Forderungen und Aufrufen der Chile-Solidaritätsfront. Dabei scheint erstmals in diesem Text auch der Begriff Imperialismus auf. Gemeinsam mit dem Faschismus bilde der Imperialismus

den Gegensatz zur Demokratie. Die Schlussformel des Textes bildet die Losung „Venceremos!“ [Wir werden siegen!]. Damit steht eine verbindende, optimistische und kämpferische Formel zum Abschluss.

Schlüsselbegriffe des Textes:

Faschismus/ (anti)faschistisch: 9

Solidarität: 7

Junta: 6

Volk: 7

Einheitsfront: 5

Demokratie/ Demokraten/ demokratisch: 5

Ziele und rhetorische Mittel: Die Zielsetzung der Autoren wird schon in der Überschrift genannt: Die Forderung nach Solidarität mit dem chilenischen Volk. Die Formulierung „chilenischen Volk“ ist dabei gewählt, um das Volk Chiles vom offiziellen Chile der Militärdiktatur abzugrenzen. Die Argumentation erfolgt dabei nicht direkt, sondern ist subtil in der scheinbar objektiven Schilderung der Situation enthalten. Es wird ein einfaches und klares Bild konstruiert. Schon im ersten Satz des Textes werden Opfer und Täter markiert und klare Fronten aufgebaut. Den Begriffen *Faschisten*, *Terror*, *Mord*, *KZ*, *Kerker* werden die Begriffe *Arbeiter*, *Bauern*, *Intellektuelle*, *Volk*, *Antifaschisten* gegenübergestellt. Durch die Verwendung von stark konnotativen Begrifflichkeiten wird dabei gezielt emotionalisiert. Das Mittel des historischen Vergleichs wird angewendet, um die Argumentation zusätzlich zu stützen. Mit dem Verweis auf den Nationalsozialismus werden emotionalisierte und beladene Register des österreichischen kollektiven Bewusstseins bedient und so Anknüpfungspunkte für den Rezipienten/die Rezipientin geschaffen. Der Verweis erfolgt dabei nicht direkt sondern in Form von Anspielungen, wodurch der Leser die Verbindung selbst herzustellen vermag.

Nachdem diese Fronten aufgebaut sind, wird eine positive Wendung erzeugt. Das Bild der breiten Einheitsfront symbolisiert Stärke und Geschlossenheit und es erzeugt eine Verschränkung mit dem Militaristischen Diskurs. Damit wird zwei zentralen Intentionen des Textes nachgegangen: Es wird ein handlungsfähiger Akteur konstituiert, dessen Unterstützung sich auch lohnt, gleichzeitig

wird der Drang – des linkspolitisch sozialisierten Lesers – angeregt sich an diesem Kampf aktiv zu beteiligen. In welcher Form das geschehen soll wird in den nachfolgenden Sätzen unterbreitet. In den fettgedruckten Aufrufen und Bekundigungen werden zum Schluss noch einmal Stärke, Einheit, Kampf und Zuversicht symbolisiert.

Der Text operiert ausschließlich mit Feststellungen, Forderungen und Aufrufen. Er enthält keine Fragesätze und keine abwiegenden Diskussionen.

Artikel 2 (Anhang 2)

Titel: *Gewerkschaften – 2 Jahre nach dem Putsch*

Autor: *Unbekannt*

Aus: *Solidarität mit Chile. Bulletin der CSF 3/1975, S. 4-5*

Der Text erscheint auf Seite 4 der Nummer 3/1975. Das Hauptthema dieser Ausgabe ist neben aktuellen (Kurz)Meldungen, wie in jeder Herbstaussgabe das Jubiläum des Militärputsches. Der untersuchte Text erscheint als erster Artikel nach dem einleitenden Editorial, welches sich ebenso mit den Entwicklungen in Chile zum zweijährigen Jubiläum des Putsches beschäftigt. Nach Oben und Unten ist der Artikel durch eine doppelte Linie begrenzt. Der nachfolgende Artikel lautet: „Treffen der Führer der Unidad Popular“. Auf den untersuchten Seiten finden sich keinerlei graphische Hervorhebungen oder Besonderheiten; es herrscht das für diese Phase des Bulletins kennzeichnende nüchterne, gleichförmige Layout vor. Der Umfang des Artikels beträgt etwas mehr als eine A5 Seite, dies entspricht der damals im Heft durchschnittlichen Länge eines Berichtes. Der Text ist in sieben Absätze gegliedert.

Thema des Artikels ist die Entwicklung und die aktuelle Situation der chilenischen Gewerkschaften seit dem Putsch von 1973. Es geht um die repressiven Maßnahmen der Junta gegen die chilenischen Gewerkschaftsorganisationen und deren Aussichtslosigkeit angesichts von Tradition, Stärke und Geschlossenheit der chilenischen Arbeiterklasse, insbesondere der CUT (Centrale Unitaria de Trabajadores de Chile).

Inhaltliche Argumentation und Aufbau: Einleitend (1-21) wird ein Szenario

der Repression gegen die chilenischen Gewerkschaften eröffnet und begründet: „Da die Arbeiterklasse der dynamischste Faktor im Prozeß sozialer Veränderungen war, war sie nun das Hauptobjekt brutaler Repression.“ Die Geschichte der Repressionen seit 1973 wird geschildert. Dabei geht es sowohl um die „physische Vernichtung“ durch Morde und Verhaftungen von Führern der CUT, als auch um gesetzliche Maßnahmen gegen die politische Organisation der Arbeiter. Im zweiten Absatz (23-46) werden die politischen Versuche der Junta, die Arbeiterbewegung mittels gesetzlicher Reformen zu zerstören, geschildert. Die neuen Gesetze werden im darauffolgenden Absatz (48-61) genauer erklärt und als Maskerade zur legalen Vernichtung des politischen Akteurs Arbeiterklasse entlarvt. In der Mitte des Textes erfolgt der Übergang (62-69) zur Eröffnung eines Gegenszenarios: „Der Versuch die Arbeiterklasse mit diesem Gesetz zu spalten und aufzusplintern ist (...) gescheitert.“ Der darauffolgende lange Absatz (71-95) ist eine Lobpreisung der chilenischen Arbeiterklasse. Widerstandsfähigkeit, Klassenbewußtsein und Kampfkraft der Gewerkschaftsbewegung, insbesondere der CUT werden geschildert. Ähnlich wie in Artikel 2 wird so ein konkretes Identifikationsobjekt der Solidarität geschaffen und dessen Stärke und Einheit betont. Die Regierungszeit der Unidad Popular wird als wichtige Phase für die Herausbildung des „Klassenbewußtseins der chilenischen Arbeiterklasse“ betont. Danach (96-105) wird die Bedeutung der CUT für die nationale und internationale Koordination betont, insbesondere der Kontakt zu den exilierten Gewerkschaftsführern sei von besonderer Bedeutung für die weltweite „Solidarität mit der chilenischen Arbeiterbewegung“. Im letzten Absatz (107-115) werden noch einmal Repressionen von Seiten der Junta gegen CUT Mitglieder geschildert. Erst der letzte Satz steht wieder im Zeichen von Zuversicht und Widerstandskampf: „Trotz dieser Schläge geht der Kampf der CUT weiter.“

Schlüsselbegriffe des Textes sind:

Gewerkschaft(en)/ gewerkschaftlich/ Gewerkschaftsbewegung: 19

Arbeiter: 17

Junta: 9

CUT: 8

Klasse: 6, davon 5 Arbeiterklasse

Ziele und rhetorische Mittel: Ziel des Textes ist es, Solidaritätskanäle zu österreichischen Gewerkschaften anzukurbeln. Der rhetorische Aufbau funktioniert ähnlich wie in Artikel 1. Es (1-21) wird ein Szenario der Repression dargelegt. Der Aggressor, die Junta, wird mit den Begriffen *brutal*, *Repression*, (*physisch*) *vernichten*, *verhaftet*, *ermordet* verbunden. Der Mittelteil (23-69) dient als Beweisführung der eingangs aufgestellten These: es erfolgt eine detailliertere Beschreibung der gesetzlichen Maßnahmen der Junta und deren Entlarvung als verschleierte Zerstörungsmaßnahmen. Wichtigste Botschaft dabei ist das Scheitern all dieser Maßnahmen durch die Geschlossenheit und den Mut der Arbeiter: „Die Arbeiter in den Betrieben diskutierten nichteinmal darüber.“ Eine Lobpreisung der Arbeiterbewegung bildet den zweiten Hauptteil des Artikels. Besonders hervorgehoben wird dabei die Zähigkeit und Widerstandskraft der CUT: „Trotz Verbots, trotz brutaler Repression, trotz Einkerkierung und Ermordung vieler Gewerkschaftsführer ist es der Junta nicht gelungen, die CUT zu vernichten.“

Wie in Artikel 1 werden auch hier die Mittel der Vereinfachung und der Gegenüberstellung angewendet. Es wird eine Situation des Kampfes konstruiert, in der die Fronten klar sind. Das Objekt der Solidarität (die chilenische Arbeiterbewegung) wird dabei als homogen und tapfer charakterisiert. Auch dieser Text enthält keine Fragen und keine abwiegenden Argumentationen. Es wird ausschließlich mit Aussagesätzen die als gesichertes Wissen dargestellt werden operiert, eine Angabe von Quellen erfolgt dabei nicht. Die Sätze, meist kurz und klar aufgebaut, sind einprägsame Informationen und keine komplexen Argumentationen.

Artikel 3 (Anhang 3)

Titel: *Würdigung für Salvador Allende*

Autor: *Unbekannt*

Aus: *Solidarität mit Lateinamerika. Bulletin der CSF, 2/1980, S. 4-5*

Als erster unter der Rubrik Chile erschien dieser Artikel auf Seite 4 des Bulletins, unmittelbar nach dem Vorwort. Der Haupttext ist mit einer dünnen schwarzen Linie eingerahmt. Darüber ist ein kleines, schlecht erkennbares Bild

abgedruckt, das Salvador Allende während einer Rede zeigt. Neben dem Bild befindet sich, in kleingedruckter Schrift, ein kurzer Auszug aus der letzten Rede Allendes, die über den Sender *Magellanes* ausgestrahlt wurde, wie unter dem Zitat vermerkt ist. Über dem Bild befindet sich die Überschrift des Artikels. Der gesamte Artikel umfasst etwas mehr als eineinhalb A5 Seiten, direkt danach folgt eine kurze Meldung mit dem Titel: „8. März – Internationaler Frauentag“. Der Text weist keine graphischen Hervorhebungen auf, ist aber in auffällig viele kurze (ca. 2-5 Zeilen) Absätze gegliedert.

Bei dem Artikel handelt es sich um eine Würdigung für Salvador Allende. Thema sind das (politische) Leben Allendes, seine Bedeutung als Einer der Linken, sowie die Warnung vor faschistischen und imperialistischen Kräften für die gesamte Menschheit.

Inhaltliche Argumentation und Aufbau: Einleitend (1-3) wird in zwei kurzen Sätzen der Erscheinungsgrund für diesen Text genannt und gleichzeitig seine Programmatik in Form einer Behauptung dargelegt: Allende wäre im Juni 1980 72 Jahre alt geworden, und sein Beispiel „steht für die besten Traditionen der chilenischen Arbeiterklasse“.

Im nachfolgenden Hauptteil (5-44) wird die politische Karriere Allendes von den 1920er bis zum Putsch 1973 in groben Schritten geschildert. Der Text ist dabei im Präsens gehalten. Betont wird Allendes Vielseitigkeit und Intellektualität, und sein selbstloser Einsatz für den Kampf um soziale Gerechtigkeit: obwohl er „als ausgesprochener Spezialist auf dem Gebiet der sozialen Medizin promovierte“, stellte er seinen Beruf zurück, um sich ganz dem politischen Leben widmen zu können. Die stärkste Betonung liegt in Allendes Funktion als Einer der Arbeiterklasse und des chilenischen Volkes: Als Mitbegründer der Sozialistischen Partei Chiles engagierte er sich sowohl an der Basis als auch an der Parteispitze, darüber hinaus setzte er sich aber auch „für die gewerkschaftliche Einheit und die Einheit der Arbeiter, der revolutionären, demokratischen und progressistischen Bewegung und aller derer ein, die gegen die imperialistische Unterdrückung, die Oligarchie und die monopolistische Bourgeoisie sind“. Allende wird als „unbestrittener Führer aller linken Kräfte und des chilenischen Volkes“ bezeichnet. Der Höhepunkt der Vereinigung des

chilenischen Volkes würde in der Wahl Allendes zum Präsidenten gipfeln. Es folgt eine weitere Lobpreisung Allendes: Nur Dank seiner „revolutionären Konsequenz“, seines Muts und seines Patriotismus konnte er beginnen, sein „Regierungsprogramm für das Volk und gegen den Imperialismus“ auch konsequent und ohne Zögern umzusetzen. Der Hauptteil wird abrupt beendet: Allende sei in seinem Bemühen um soziale Reformen von den „internen und externen faschistischen und imperialistischen Kräften“ überrascht, Chile in Blut und Zerstörung gestürzt worden.

Als Abschlussteil des Artikels folgen zwei Absätze, die Allendes Leben und die chilenische Geschichte als historisches Beispiel und als Warnung in einen weltweiten Kontext setzen: Für die Chilenen stelle sich die Aufgabe, die Fehler der Vergangenheit zu überwinden; die gesamte Menschheit müsse wachsam sein, denn: „Die dunklen Kräfte der Reaktion sind noch stark, und wenn sie nicht rechtzeitig bekämpft werden besteht weiterhin die Gefahr, daß sie die Menschheit in unermessliches Leid stürzen.“

Schlüsselbegriffe:

Arbeiter (-bewegung/-klasse): 4

Imperialismus: 4

Volk: 4

Kampf: 4

Einigung/Einheit: 4

Ziele und rhetorische Mittel: Der Text besteht aus einer kurzen programmatischen Einleitung, einem verhältnismäßig langen Hauptteil und einer kontextualisierenden Schlussfolgerung. Die Verschränkung von Information und Lobpreisung entspricht dem typischen Stil einer Würdigung. Das zentrale Anliegen ist es dabei, Allendes Taten und seine Bedeutung hervorzuheben, gleichzeitig werden wichtige Daten von Allendes politischer Biografie in chronologischer Abfolge erwähnt.

Die Terminologie des Textes steht in klassisch-marxistischer Tradition. Die Begriffe *Arbeiter*, *Volk*, *Einheit*, *Kampf* stehen im Mittelpunkt.

Als negatives Gegenüber fungieren die Begriffe *Faschismus*, *Imperialismus*

und *Reaktion*. Durch diese Begrifflichkeiten wird von konkreten politischen Akteuren auf ideologische Kategorien abstrahiert. Wenn etwa von den „dunklen Kräften des Faschismus“ geschrieben wird, werden diese ideologischen Kategorien zusätzlich aufgeladen und mystifiziert.

Der Text operiert mit starken Referenzen an den Nationalitäts- und Heldentumsdiskurs. Salvador Allende werden die typischen Merkmale eines Nationalhelden zugeschrieben: Mut, Aufopferungsbereitschaft, Einsatzbereitschaft für Ideale und Mitmenschen; er wird als Patriot bezeichnet und als Einer des Volkes. Allende wird als Vorbild und historisches Beispiel für die Mitglieder seiner Nation (46-50) und für die gesamte Menschheit (51-56) stilisiert. Seine Lebensgeschichte, insbesondere sein Tod stellten eine Lehre und eine Warnung für alle Menschen dar.

Artikel 4 (Anhang 4)

Titel: *Eine Nacht für den Frieden*

Autor: *Unbekannt; Rede von Aybars Ungan*

Aus: *Solidarität mit Lateinamerika, 3/1986, Nr. 51, S. 13-14*

Der Text ist etwa eine A4 Seite lang und reicht über zwei Seiten. Auf der ersten Seite ist in der oberen Hälfte ein großes Bild von einem Popkonzert abgedruckt. Am unteren Rand des Bildes ist die Überschrift des Artikels schräg und zur Hälfte über das Bild in fett gedruckten Blocklettern geschrieben. Auf der zweiten Seite des Artikels ist in der unteren Hälfte des Blattes das Bild einer Verhaftungsszene, sitzende Männer mit Fotos von politischen Gefangenen und einige österreichische Polizisten sind zu sehen. Das Bild gehört zu der nachfolgenden Meldung mit dem Titel: „Protest vor der chilenischen Botschaft“. Der untersuchte Text besteht aus zwei Teilen. Im ersten Teil wird über ein Konzert der österreichischen Friedensbewegung im Wiener Messepalast berichtet. Dieser Teil dient gleichzeitig zur Einführung und Kontextualisierung für die nachfolgende Rede eines Aktivisten der türkischen Friedensbewegung.

Thema des Artikels ist der Zusammenhang von Friedens- und Solidaritäts-

bewegung und der US amerikanische Imperialismus. Insbesondere wird der gemeinsame Feind von Friedens- und Befreiungsbewegungen in Form des US-Imperialismus der Reagan Administration verortet und kritisiert.

Inhaltliche Argumentationen und Aufbau: Der erste Textteil (1-24) beginnt mit einem Bericht über „ein großartiges Fest, das den Höhepunkt des UNO-Friedenjahres und der Kampagne „Atomteststopp jetzt!“ war“. Der Aufbau erfolgt vom Konzert, zur Demonstration, „auf der auch die österreichische Solidaritätsbewegung stark vertreten war“. Dies dokumentiere deutlich die „enge Verbundenheit der Probleme des Friedens mit den Problemen der wirtschaftlichen und kulturellen Unterentwicklung in diesen [den Dritte Welt Ländern, Anm. J.W.] Ländern“.

Der Text konstatiert weiter, dass Friedensbewegung und Solidaritätsbewegung einem gemeinsamen Feind gegenüber stünden: „dem Imperialismus, vor allem in Gestalt der Reagan-Administration –, ihrem wahnwitzigen Streben nach militärischer Überlegenheit und Ausbeutung aller ausländischen Rohstoffquellen“. Über diese Zusammenhänge handle die nachfolgende Rede von Aybars Ungan, einem Mitglied des „Türkischen Friedenskomitees“. Zudem wird angemerkt, dass Ungan als eine positive Ausnahme in Österreich als politischer Flüchtling anerkannt worden sei.

Den zweiten Teil des Textes bildet die Rede von Ayban Ungan, der seine Rede mit einer Grußbotschaft „aller Friedensfreunde aus der Türkei“ beginnt. Es folgt die Aufforderung, auch allen anderen Demokraten und Freiheitskämpfern zu gedenken. Danach wird ein Szenario von Ausbeutung und Krieg entfaltet, in dem die Täter klar benannt werden und im Fokus der Darstellung stehen. Eine Verbindung zwischen den Themen Krieg, Unterdrückung und (Unter)Entwicklung wird hergestellt und über diverse Beispiele in einen weltweiten Kontext gestellt. Der „größte Terrorist, Lügner und Betrüger auf der ganzen Welt, der amerikanische Präsident“ habe dazu verholfen, diese Zusammenhänge deutlicher zu erkennen. Reagan und seine Freunde seien selbst die im „Schafspelz verkleideten Wölfe“, weil sie sämtliche Kriegstreiber mit Waffen versorgten um Profite zu schlagen und neue Waffentechniken zu erproben, während „Hunderttausende sterben“ und „Kinder in die Minenfelder“ gehetzt

würden. Durch Atomraketen und Rüstung für den Sternenkrieg wäre die Existenz der Menschheit bedroht. Es folgt eine verallgemeinernde Benennung der Täter. Es sind die Imperialisten, „diejenigen, deren einziges Interesse darin besteht, die Herrschaft über Mensch und Natur zu erhalten, um daraus Profite zu schöpfen“. Der nachfolgende Absatz beschreibt und argumentiert die militärische US-Außenpolitik in der Golfregion und stellt abschließend eine Verbindung zu Afrika und Lateinamerika her: Die Millionen, die bei den Waffengeschäften gemacht würden, würden eingesetzt, um die Contras in Angola und Nicaragua zu unterstützen. Nach dieser Darstellung der Verhältnisse folgt eine Wende hin zum eigenen Engagement. Als Übergang wird auf das Wachsen der Friedensbewegung und der „Kalten Kriegs Gegner“ hingewiesen, um abschließend noch einmal den Zusammenhang von „Frieden und Befreiung“ zu konstatieren. In einem repetitiven Pamphlet, das viele Beispiele nennt, wird dieser Zusammenhang fast militant eingefordert: „Befreiungskampf ist Solidarität der Unterdrückten. Befreiung braucht Frieden. Wir holen ihn uns“.

Schlüsselbegriffe des Textes sind:

Frieden/ Friedensbewegung: 15

Krieg: 9

Kampf: 9

Solidarität/ Solidaritätsbewegung: 5

Ziele und rhetorische Mittel: Das primäre Ziel des ersten Textes besteht in der Verknüpfung von Friedens- und Solidaritätsbewegung. Der Aufbau erfolgt dabei vom Kleinen zum Großen: Konzert--> Friedensbewegung--> Solidaritätsbewegung--> Imperialismus als gemeinsamer Feind. Die Sätze sind lang und verschachtelt, sie bringen die intendierte Information geschickt verpackt unter. Im Gegensatz zu anderen untersuchten Artikeln handelt es sich nicht um reine Behauptungen, häufig ist in einem Satz schon eine Begründung mit enthalten. Dieser rhetorische Unterschied deutet neben Veränderungen des Zielpublikums und des Selbstverständnisses der Zeitschrift auch von Veränderungen in den Diskursparadigmen. Beispielhaft wäre der Satz: „Diese Teilnahme der Solidaritätsbewegung [bei der Abschlussdemonstration des UNO-Friedensjahres, Anm. J.W.] dokumentierte deutlich die enge

Verbundenheit der Probleme des Friedens mit den Problemen der wirtschaftlichen und kulturellen Unterentwicklung in diesen Ländern, und sie dokumentierte, dass Friedensbewegung und Solidaritätsbewegung einem gemeinsamen Feind gegenüber stehen – dem Imperialismus, vor allem in Gestalt der Reagan-Administration –, ihrem wahnwitzigen Streben nach militärischer Überlegenheit und Ausbeutung aller ausländischer Rohstoffquellen.“

Da es sich beim zweiten Teil des Artikels um eine abgedruckte Rede handelt, kommen andere rhetorische Mittel zu tragen. Durch die plakative und polarisierende Sprache werden klare Bilder und Stimmungen für die zuhörende Menge aufgebaut. Kurze, prägnante Sätze dominieren den Text. Rhetorische Wiederholungsfiguren, Ausrufesätze und rhetorische Fragen kommen häufig zur Anwendung. Weiters wird das Mittel der Gegenüberstellung angewandt. Auch hier ist das Ziel, eine Verbindung zwischen Friedens- und Solidaritätsbewegung herzustellen. Dies geschieht über die Konstitution eines gemeinsamen Feindes, „dem Imperialismus“, konkret „Reagan und seinen Freunden“. Immer wieder werden Schlüsselbegriffe des Friedens- sowie des Solidaritätsdiskurses in einem einzigen Satz verschränkt, um eine Verbindung der beiden Diskurse herzustellen. Gleichzeitig werden so beide Hörerschaften – auch jenseits inhaltlicher Verschränkungen – bedient: „Während sie [Reagan und seine Freunde, Anm. J. W.] weiterhin Ölquellen anzapfen und Riesenprofite schöpfen versickert tausendfach sinnlos vergossenes Blut in der Wüste.“ Der Gesamtaufbau des Textes weist Ähnlichkeiten zu anderen untersuchten Artikeln auf. Die Perspektive ist allerdings globaler und umfassender. Es werden Szenarien von Leid, Ungerechtigkeit und Unterdrückung aufgebaut und klare Fronten geschaffen: die Imperialisten auf der einen Seite werden mit den Begriffen *Krieg, Rüstung, Terroristen, Lügner, Betrüger, Wölfe, Waffen, Minenfelder, Profite, gehetzt* verbunden, dem gegenübergestellt werden die Begriffe *Frieden, Demokraten, Freiheitskämpfer, Kinder*. Weiters werden mit dem Mittel der Gegenüberstellung zahlreiche Beispiele genannt: „Während sie an den Waffen verdienen, sterben dort Hunderttausende.“ Nachdem die Fronten klar sind folgt, etwa in der Mitte des Textes, ein erklärender, analysierender Teil. Die Funktionsweise des US-Imperialismus und seinen „Helfershelfern“ wird an einigen Beispielen erklärt. Danach kommt die Wende

zur Friedens- und Solidaritätsbewegung, noch einmal wird auf deren Zusammenhang hingewiesen. Abschließend folgt eine Anleitung zur genauen politischen Stellungnahme für Friedens- und Solidaritätsbewegung, diese mündet in dem motivierenden Aufruf: „Befreiung braucht Frieden. Wir holen ihn uns. Hoch die internationale Solidarität!“. Damit steht ein verbindendes und zum aktiven Kampf aufrufendes Credo am Schluss des Textes.

Artikel 5 (Anhang 5)

Aus: *Solidarität mit Lateinamerika* 3/1986 , Nr. 51, S. 11-12

Titel: „*Solidarität mit Lateinamerika*“ – wozu?

Autor: *Unbekannt*

Dieser Artikel wurde ausgewählt weil er, ähnlich wie Artikel 1, u.a. Auskünfte über das Selbstverständnis der Solidaritätsbewegung, als auch über die Ziele und Inhalte der Solidaritätszeitschrift gibt.

Der Artikel erstreckt sich über zwei A4 Seiten und ist in drei Spalten gegliedert. Seine graphische Form ist schlicht, er enthält wenige Absätze, lediglich am Schluss sind ein paar Zeilen durch Fettdruck hervorgehoben. In der oberen Hälfte der ersten Seite befindet sich ein Foto, auf dem ein Tisch mit einem Stapel *Solidarität mit Lateinamerika* Heften, die zum Verkauf angeboten werden, abgebildet ist. Das quadratische Foto einrahmend ist die Überschrift des Artikels „SOLIDARITÄT MIT LATEINAMERIKA“ – WOZU? in Blockbuchstaben abgedruckt. Auf der zweiten Seite rechts unten befindet sich die Zeichnung einer Kiste, aus der eine schwarze Faust herausragt. Der Artikel befindet sich im Sonderteil der Ausgabe 3/1986, zwischen einem Artikel mit dem Titel: „Dritte Welt und Atomteststopp. Für eine strategische Entwicklungshilfe“ und dem oben analysierten Artikel: „Eine Nacht für den Frieden“. Er befindet sich in einer Serie von mehr oder weniger selbstkritischen Reflexionen zum Thema Solidarität.

Thema des Artikels ist die weltpolitische Situation von Ungerechtigkeit, Unterdrückung, Ausbeutung und Krieg, die politische Situation der Großen Koalition in Österreich und deren Bedeutung für die Solidaritätsbewegung,

sowie das Programm und die Forderungen der Solidaritätsbewegung und der Zeitschrift „Solidarität mit Lateinamerika“.

Inhaltliche Argumentation und Aufbau: Einleitend (1-12) wird der Artikel in eine Serie selbstreflexiver Diskussionen gestellt, um dann als Aufruf zu weiteren „Stellungnahmen, Kritik und Anregungen“ zu dienen. Danach wird die Programmatik der Solidaritätsbewegung kundgetan (13-43). Die Perspektive ist eine globale, es geht um weltweite Zusammenhänge, einzelne Länder sind Fallbeispiele einer weltumspannenden Struktur. Dies bekundet schon der Einleitungssatz dieses Abschnittes: „Solidaritätsarbeit und -bewegung gehen von der Tatsache aus, dass es nur eine Welt gibt.“ Es folgt eine Aufzählung der Zustände gegen die sich die Solidaritätsbewegung richtet. Die Perspektive wird dabei allgemein gehalten. Interessant ist, dass neben „skrupelloser Ausbeutung und grenzenlosem Elend des Großteils der Weltbevölkerung“ und politischer Unterdrückung auch der „gewissenlose Raubbau an den Naturreichtümern für die Aufrechterhaltung von Verschwendung und todbringender Rüstung“ genannt wird. Damit sind die Themen der Friedens-, Solidaritäts- und Ökologiebewegung allesamt verknüpft. Die Aufgabe der Solidaritätsarbeiter sei es die „Unterdrückten gegen die Unterdrücker“ zu unterstützen und zu „versuchen, hier in Österreich ihre Stimme zu sein, andere Menschen zu ermuntern sich auch zu wehren gegen diesen organisierten Wahnsinn, gegen diese Verbrechen an der Menschheit und sich dagegen zu organisieren“. Die Situation der Solidaritätsbewegung sei gegenwärtig schwierig, was die Schwierigkeiten bei der Herausgabe der Zeitschrift reflektieren würden. Als einen Grund hierfür sieht der/die AutorIn den Rückzug ins Private angesichts einer sich verschärfenden internationalen Wirtschaftskrise. Danach folgt eine umfangreiche Kritik der politischen Verhältnisse in Österreich und deren Bedeutung für die Solidaritätsarbeit (68-193). Die Große Koalition wird als „Verwalterin der Kapitalinteressen“ bezeichnet, die „die Einkommen der Reichen saniert“. Klassenbewusstsein und Kampferfahrung der Lohnabhängigen seien durch die Sozialpartnerschaft erstickt worden. Diese kritische Position gegenüber der SPÖ unterscheidet sich deutlich vom Diskurs des Bulletins bis 1985 und wurde sicher nicht von allen Mitgliedern der CSF geteilt. Politisch kontroverse Meinungsäußerungen wurden erst unter der neuen

Prämisse der Zeitschrift als Diskussionsmedium möglich.

Die/der AutorIn zeichnet ein düsteres und wenig optimistisches Bild, sowohl was die weltpolitische als auch die politische Lage in Österreich betrifft. Es werden Parallelen zu den politischen Entwicklungen in der BRD und Großbritannien gezogen, wo auch Strukturmaßnahmen durchgeführt würden, „um der Profitmaximierung der Industrie und Banken willen, dem ersten und letzten Sachzwang ökonomischen und politischen Handelns“. Die Bedeutungen der Budgetsanierung für die Lateinamerika- Solidarität werden erläutert und die zukünftige Außenpolitik von ÖVP-Außenminister Mock wird als „the Austrian Voice of America“ kritisiert. Nach dieser ausführlichen Beschreibung der misslichen politischen Lage folgt die Wende zur Solidaritätsbewegung und zur Zeitschrift *Solidarität mit Lateinamerika*: „Diesen Absichten und Plänen der Wende haben wir nur unsere gemeinsame Kraft, unser Wissen und unsere Vision von einer gerechten Welt entgegenzusetzen“ (194-198). Die Schaffung einer breiten Gegenöffentlichkeit sei notwendig um die eigenen Vorstellungen und Forderungen in der Bevölkerung zu verankern (200-204). Die Bedeutung der Zeitschrift *Solidarität mit Lateinamerika* wird erläutert. Diese sei wichtig um die verschiedenen Solidaritätskomitees zu koordinieren und eine theoretische Diskussion übergreifender Themen zu installieren. Darüber könnte die Zeitschrift zur dringend notwendigen Klärung des Selbstverständnisses und der Standpunkte der Solidaritätsbewegung beitragen.

Abschließend erfolgt in fettgedruckten Lettern und mit Ausrufungszeichen ein Pamphlet des Selbstverständnisses des Mediums als Gegenöffentlichkeit (325-341). Der Artikel endet mit dem Aufruf: „Euer verstärktes Engagement für unsere gemeinsame Sache, für die Solidarität mit Lateinamerika“.

Schlüsselbegriffe des Textes sind:

Solidarität: 18, v.a. Solidaritätsbewegung, -arbeit

Diskussion: 8

Große Koalition: 6

Entwicklung: 5

Ziele und rhetorische Mittel: Ziel des Artikels ist es, das durchaus nicht unumstrittene Zeitschriftenprojekt *Solidarität mit Lateinamerika* zu erläutern

und zu legitimieren sowie zur Mitarbeit an dem Projekt zu motivieren. Das ausführlich beschriebene Hintergrundscenario bilden gravierende politische und moralische Fehlentwicklungen, weltweit und auch in Österreich. Angesichts dieser Situation befände sich die Lateinamerika-Solidarität in einer schwierigen Situation. Permanente theoretische Diskussionen und Standpunktklärungen seien notwendig, um gemeinsam stark zu sein und eine Gegenkraft mittels Gegenöffentlichkeit zu installieren. Weiters ist eine Kritik an den österreichischen politischen Verhältnissen der großen Koalition Ziel der Autorin/ des Autors.

Nach einer kurzen Einleitung (1-15), in der Sinn und Unsinn von Solidarität mit Lateinamerika und der Zeitschrift *Solidarität mit Lateinamerika* zum Thema gemacht wird, folgt die Ausbreitung eines weltweiten Schreckens-Szenarios, das eines organisierten Widerstands bedarf (16-43). Dabei wird auf einer sehr allgemeinen Ebene, aber mit prägnanten und stark konnotierten Signalbegriffen wie *skrupellose Ausbeutung*, *grenzenloses Elend*, *gewissenloser Raubbau*, *todbringende Rüstung*, *im Blut ertränkt*, gearbeitet. Die häufige Verwendung von Adjektiven verweist auf die Intention der Autorin/ des Autors, ein starkes und wertendes Bild zu zeichnen. Die Begriffe *skrupellos* und *gewissenlos* zeigen die moralischen Implikationen dieser Weltbeschreibung. Nachdem noch einmal auf das Thema des Textes verwiesen wird, die Solidaritätsbewegung, die gleichzeitig den Widerstandsakteur, den Gegenpart in dieser Konstruktion bedeutet, wird ein hintergründiger, analysierender und konkreterer Hauptteil entwickelt (68-193). Es folgt die Wende zum Widerstand und zur eigenen praktischen Organisation (194-204). Dabei wird auf die einzige verbleibende Stärke, die Solidarität, die „gemeinsame Kraft“, verwiesen. Im abschließenden Teil werden Strategien zur Verbesserung und zum Ausbau dieser Kraft erarbeitet. Geschlossen wird mit einem Solidaritätsaufruf.

Betrachtet man diesen kompositorischen Aufbau, so entspricht er dem Muster anderer Texte. Allerdings ist das Gesamtszenario pessimistischer und weniger kämpferisch. Das liegt an den Veränderungen des Heftes (auch personell), und an diskursgeschichtlichen Veränderungen. Es hat aber auch mit der Intention der Autorin/des Autors und dem Zielpublikum zu tun, welches aus den AkteurInnen der Solidaritätsbewegungen gestellt wird. Daher fokussiert der

Text auf interne theoretische und organisatorische Diskussionen, und verzichtet auf das Bild von Einheit und Kampfesmut nach außen.

Rhetorisch wird häufig das Mittel der Wiederholung angewendet. Auffällig ist der spielerische Umgang mit Sprache, etwa wenn von einer „agressiv aggressive Bewußlosigkeit produzierenden Bewußtseinsindustrie“, von einer „Kultur ungeniert verachtenden Kulturindustrie“ oder einer „Ordnung, die mit entscherten Gewehren gesichert werden muss“ gesprochen wird.

7.3 Interpretation

Im folgenden werden die Ergebnisse aus Struktur- und Feinanalyse gemeinsam interpretiert. Zunächst wird der untersuchte Diskurs synchron betrachtet. Zunächst geht es darum typische Topoi, häufige Argumentationsfiguren und thematische Strukturen des Diskurses zu beschreiben ohne den Aspekt der Veränderung mit einzubeziehen (7.3.1). Es folgt eine Interpretation aus diachroner Perspektive, in der Veränderungen, Kontinuitäten und Brüche im Diskurs des Bulletins der Chile-Solidaritätsfont im Mittelpunkt stehen (7.3.2).

7.3.1 Synchrone Perspektive – Topoi, Argumentationsfiguren und Themen

Betrachtet man den Bulletin-Diskurs über den gesamten Zeitraum seines Bestehens, so lässt sich ein stark miteinander verzahnter Themenkomplex aus *Solidarität*, *Widerstand* und *Repressiven Maßnahmen* als zentrales Konstitutionsmoment dieses Diskurses ausmachen. Rund zwei Drittel aller Textbeiträge sind inhaltlich primär von diesen Themen geprägt. Auch auf innertextlicher Ebene sind Diskursfragmente des Bulletins häufig von einer Verbindung dieser zentralen Themen gekennzeichnet, wobei zumeist eines der Themen anteilmäßig überwiegt.

Komposition- Im inhaltlichen Aufbau der Texte lässt sich ein häufiges Schema feststellen: Einleitend wird eine Szenario der Repressionen eröffnet, indem in Täter und Opfer getrennt wird; häufig folgt ein begründender Teil, der nähere Informationen zu einem bestimmtem Sachverhalt oder bestimmten Entwicklungen enthält, diese werden meist durch eine Autorität bekräftigt

(etwa durch Resolutionen der UNO, Erklärungen von Menschenrechtsorganisationen oder Aussagen kirchlicher Würdenträger) in der zweiten Hälfte vieler Texte folgt eine Wende zum Thema Widerstand, häufig werden dabei Einheit, Entschlossenheit und Kampfkraft des chilenischen Widerstandes betont; als verbindende Schlussfolgerung wird vielfach die Notwendigkeit der internationalen Solidarität betont, und es wird zur Solidarität mit dem chilenischen Widerstand aufgerufen, eine zuversichtliche Schlussformel, die einen letztgültigen Sieg des Widerstandes in Aussicht stellt, bildet häufig den Abschluss der Texte (siehe etwa Artikel 1).

Christlich-marxistische Geschichtsphilosophie- In diesem Schema treten Elemente eines christlich-marxistischen Geschichtsverständnisses zu tage. Die vielfach auftretende Logik von Unterdrückung, Hoffnung und Befreiung hat christliche Wurzeln. Dahinter verbirgt sich laut Hierlmeier (2002) eine Dialektik von Kreuz und Auferstehung:

„Der Augenblick der größten Katastrophe und Erniedrigung, die Hinrichtung des Gottessohnes am Kreuz und sein qualvolles Sterben, bedeuten nicht das Ende der Hoffnung auf Erlösung. Im Gegenteil! Weil das Kreuz nicht isoliert, sondern nur in der dialektischen Verbindung mit dem Glauben an die Auferstehung gesehen werden darf, beinhaltet es zugleich die größte Hoffnung.“ (Hierlmeier 2002: 78)

Über den jüdischen Messianismus und eine Verbindung mit der Hegelschen Geschichtsphilosophie fand diese Dialektik ihre Säkularisierung in einer marxistischen Geschichtsphilosophie: Das ausgebeutete und unterdrückte Proletariat als säkularisierter Messias, das die geschichtsphilosophische Mission hat, durch seine eigene Befreiung die ganze Menschheit von ihren Ketten zu befreien (Hierlmeier 2002: 74-79) (Hierlmeier (2002: 79) sieht im internationalistischen Engagement der Studentenbewegung für Befreiungsbewegungen der sogenannten Dritten-Welt die Möglichkeit, subjektiv selbst Teil dieses Befreiungsprozesses zu sein)

Marxistische Schlüsselbegriffe: (*Arbeiter*)Klasse, *Kampf*, *Volk*. - Häufig vorkommende Begriffe in den Texten und Überschriften des Bulletins der CSF sind *Arbeiterklasse* bzw. *-bewegung*, *Volk*, *Kampf*. Diese Begrifflichkeiten sind Teil eines marxistischen Theoriekonglomerats und beziehen sich wechse-

lseitig aufeinander. Beispielhaft wäre etwa der Satz: „Die Großunternehmen in Chile und die Multinationalen Konzerne führen in Chile einen harten Klassenkampf gegen das Volk“ (SMLA 1984/2, Nr. 40: 9). In der Ideologie des Klassenkampfes wird der Begriff Volk teilweise synonym zu dem Begriff Arbeiterklasse gedacht, als breite Masse der lohnabhängigen Bevölkerung abgrenzend gegen eine äußerst kleine, aber mächtige herrschende Klasse. Der Begriff Volk enthält dabei zusätzliche Referenzen an Identitätsdiskurse um Nation und Kultur.

Aus der Sicht marxistisch-leninistischer Ideologien entspringt der Klassenkampf den antagonistischen Interessen (=Klassengegensätze) zwischen den beiden wesentlichen gesellschaftlichen Klassen, Arbeiterklasse und Bourgeoisie. Der Kampf dieser beiden Klassen, um die Macht in einer Gesellschaft, der Klassenkampf, sei der Motor der Geschichte. Der Begriff Klassenkampf stellt im Marxismus-Leninismus inhärent einen Bezug zu Solidarität her, insofern er auch immer ein gemeinsames Handeln bezeichnet, mit dem kollektive Interessen geltend gemacht werden.

Faschismus.- Dem Begriff *Faschismus/Antifaschismus* kommt eine besondere Stellung in der Diskurspraxis der CSF zu. Er fungiert als wesentlicher Schlüssel, um eine diskursive Verbindung zwischen der Situation in Chile und der österreichischen Vergangenheit herzustellen. Beispielhaft ist folgendes Zitat von Josef Hindels:

„So groß die Unterschiede zwischen Österreich und dem fernen Chile auch sein mögen, so gilt heute wie damals für ein Land das unter die Diktatur des Faschismus gerät, dies mit Blut unserer Märtyrer ins Buch der Geschichte geschriebene Lehre: *Die antifaschistische Einheit ist die Voraussetzung für die Mobilisierung der Massen gegen das Regime des faschistischen Terrors.*“ (SMCh 1/1974: 5)

Gleichzeitig kommt dem Begriff Faschismus insofern eine zentrale Rolle als verbindendes Element der organisatorischen Struktur der CSF zu, als sich die CSF selbst als antifaschistische Einheitsfront aus Gruppierungen verschiedenster ideologischer Richtungen versteht.

Häufig kommt der Begriff Faschismus in den Texten des Bulletins vor, wenn

in expliziter Form Verbindungen zur österreichischen Vergangenheit hergestellt werden, etwa in Texten zum Thema Solidarität bzw. Solidaritätsbewegung. Weitaus öfter wird der Begriff in Bezug auf die chilenische Militärdiktatur verwendet indem diese als „faschistische Junta“, „faschistische Diktatur“ oder „der Faschismus“ bezeichnet wird (vgl. etwa Artikel 1, Artikel 2, Artikel 3). Allgemein entspricht der Begriff Faschismus im untersuchten Diskurs einer marxistischen Deutung:

„Faschismus ist eine in ökonomischen oder politischen Krisenlagen angewandte neuartige Form der politischen Herrschaft. Der Faschismus ermöglicht die Zerschlagung der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften, Senkung der Lohnkosten und Erhöhung der Rentabilität. Seine Funktion ist, auch in einer Krisenlage die bestehenden Eigentums- und Privilegienverhältnisse unter Preisgabe der politischen, aber Beibehaltung der sozialen Herrschaft aufrechtzuerhalten.“ (Mayers Lexikon 1981: 350)

Solidarität- Der Begriff Solidarität bildet eine tragende Säule im Diskurs der CSF. Allein im Titel des Heftes ist dieser Begriff gleich zwei Mal enthalten. Rhetorisch knüpft der Solidaritätsbegriff der CSF an den der internationalen Arbeiterbewegung an. Der Zusammenhalt unter politisch, ideologisch und klassenspezifisch Gleichgesinnten im Kampf gegen einen gemeinsamen Feind steht dabei im Mittelpunkt. Sehr häufig tritt der Begriff Solidarität im Bulletin in Verbindung mit dem Begriff Faschismus auf. Eine wichtige Funktion erfüllt der Begriff dabei – ähnlich wie der des Antifaschismus – als identitätsstiftendes und organisatorisches Mittel für die Solidaritätsbewegung. Gleichzeitig, und darin besteht eine Übereinstimmung mit dem Solidaritätsbegriff der Arbeiterbewegung, fungierten Solidaritätserklärungen als politische Handlungen. Damit ist die zweite wesentliche Funktion des Solidaritätsbegriffes im Diskurs der CSF umrissen: öffentliche Solidaritätserklärungen als performative politische Akte.

USA und Imperialismus.- Betrachtet man die Rolle des Begriffes Imperialismus im Diskurs des Bulletins, so muss zwischen dessen früherer und späterer Phase differenziert werden. Diese Veränderungen werden im nächsten Kapitel

genauer interpretiert. Für die frühe Phase des Bulletins spielt der Begriff Imperialismus nur eine Nebenrolle, wenn er vorkommt, dann häufig als Zusatzphrase zum Begriff Faschismus. Eine weitläufigere grundsätzliche antiimperialistische Kritik findet sich, bis auf die Phase zwischen 1985 und 1987, nicht im Heft. Die Begriffe USA und US-Imperialismus werden häufig synonym verwendet und als zusätzliche externe Schuld Faktoren für bestimmte negative Entwicklungen genannt.

Als rhetorisches Kennzeichen des untersuchten Diskurses lässt sich das Mittel der Polarisierung häufig feststellen. Es werden eindeutige Fronten zwischen zwischen Opfern und Tätern, zwischen Demokraten und Faschisten konstituiert. Häufig werden dabei stark konnotative, emotionalisierende und vergegenständlichende Begrifflichkeiten verwendet; vorwiegend werden einfache, klare Bilder gezeichnet.

7.3.2 Diachrone Perspektive – Kontinuitäten, Brüche und Konjunkturen

Welche Veränderungen lassen sich, aus der bisherigen Untersuchung für den Diskurs des Bulletins zwischen 1974 und 1992 feststellen? In Bezug auf diese Frage ist zunächst auf die in der Strukturanalyse herausgearbeiteten Phasen des Bulletins zu verweisen. Thematisch lässt sich eine deutliche Verschiebung Anfang der 1980er Jahre feststellen. Ein wirklicher Bruch ist allerdings nur 1985, im Zuge der Neuorganisation des Bulletins, feststellbar (siehe Kapitel 7.1).

Während Mitte der 1970er Jahre die Repressionen der Junta in Chile, der chilenische Widerstand und konkrete Fälle wirtschaftlicher Kooperationen einzelner Staaten mit Chile die thematischen Schwerpunkte im Diskurs des Bulletins bildeten, so lässt sich über die Miteinbeziehung anderer latein-amerikanischer Länder und anderer österreichischer Akteure (zumeist in Form von Länder-Komitees) eine thematische Erweiterung in der Diskurspraxis der CSF feststellen. Diese Entwicklung zeichnete sich Ende der 1970er Jahre ab, und gipfelte schließlich im offiziellen Wandel vom ‚Informationsbulletin‘ zur ‚Solidaritätszeitschrift‘ im Jahr 1985.

Auf mehreren – in der Praxis stark miteinander verbundenen – Ebenen sind

diese Veränderungen auszumachen.

Thematisch.- Es waren nun nicht mehr die Themen Widerstand und Repressive Maßnahmen, sondern zunehmend die Themen US-Imperialismus und US-Außenpolitik, die den Diskurs dominierten. Den diskursiven Kontext für diese Entwicklung bildete die neue außenpolitisch-militärische Doktrin der USA zu Beginn der 1980er Jahre. Die US-amerikanische Außenpolitik unter Präsident Reagan (1981- 89) war durch eine massive Erhöhung der Rüstungsausgaben gekennzeichnet, die durch eine ideologisch-antikommunistische Politik legitimiert wurden. Die Sowjetunion, das „Reich des Bösen“, sollte ideologisch wie militärisch herausgefordert und der kommunistische Einfluss in der sogenannten Dritten-Welt mit allen Mitteln bekämpft werden. Der sogenannte Contra-Krieg gegen die Nicaraguanischen Sandinisten ist beispielhaft für diese Politik und stellte eines der häufigsten Themen des Heftes dar. Ein weiteres wichtiges Thema im Diskurs des Bulletins war etwa die von Reagan initiierte, sogenannte *SDI* (Strategic Defense Initiative), ein Programm zur Errichtung eines Gürtels moderner, teils boden-, teils satelliten-gestützter Waffen, die sowjetische Interkontinentalraketen abfangen sollten (siehe etwa: „SDI. Bedrohung für die Welt“, SMLA 1986/87 Nr. 13 (eigentlich 53): Sonderteil II-III; oder Osterinseln im Konzept des Kriegs der Sterne, ebd. Sonderteil: IV). Angesichts dieses weltpolitischen Kontextes ist es nicht verwunderlich, dass sich auch die Friedensbewegung, die Anfang bis Mitte der 1980er Jahre ihren Höhepunkt erreichte auf die thematisch Struktur des Heftes niederschlägt. Die Zusammenhänge der Inhalte und Ziele von Solidaritäts- und Friedensbewegung bildete das Thema vieler Artikel.

Ein weiteres Thema des Heftes, Mitte der 1980er Jahre, das eng mit dem Thema Imperialismus verbunden ist, waren die mit dem Schlagwort *Nord-Süd-Konflikt* bezeichneten Diskussionen über strukturelle Ungerechtigkeiten der Weltwirtschaftsordnung. Dependenz- und Imperialismustheorien wurden dabei weniger theoretisch diskutiert, denn implizit in der Perspektive der konkreten politischen Analysen angewandt.

Parallel zu dieser thematischen Neuorientierung blieben allerdings auch manche ‚alten‘ Themen präsent. So sind die Themen Solidarität und politischer

Widerstand über den gesamten Zeitraum des Bestehens des Bulletins etwa gleichmäßig oft enthalten. Nach wie vor ging es dabei um Solidaritätserklärungen und -aufrufe – häufig innerhalb politischer Parteien oder Gewerkschaften – und um übersetzte Dokumente und Interviews von Vertretern lateinamerikanischer Widerstandsbewegungen oder linker Parteien.

Nach den strukturellen und organisatorischen Veränderungen im Zuge des Wandels von *Solidarität mit Lateinamerika* gab die CSF ab 1985 zusätzlich wieder ein eigenes Bulletin nur für die Chile-Solidarität heraus. *Venceremos. Information der Chile-Solidaritätsfront* erschien bis 1992. Thematisch und inhaltlich war dieses Heft wieder auf der Linie des alten Bulletins. Hauptthemen waren nun wieder die Repressiven Maßnahmen der Junta, der chilenische Widerstand und die internationale Solidarität. Nach dem Ende der Militärdiktatur Pinochets waren es die Themen Demokratie und Menschenrechte die den Diskurs dominierten. Hauptsächlich wurde über die Aufklärungskommissionen der Verbrechen der Pinochetdiktatur und deren Berichte geschrieben. Die meisten Artikel waren aus anderen, zumeist chilenischen Zeitschriften übernommen und übersetzt.

Textanalytisch.- In Aufbau, Form und Rhetorik der Texte lassen sich deutliche Veränderungen im Diskurs des Bulletins feststellen. Für die 1970er Jahre kann dieser Diskurs als ‚praktisch-politische Propaganda‘ bezeichnet werden. Die Diskursfragmente sind von einem Gestus ‚objektiver Wahrheiten‘ geprägt. Es wurden klare, eindeutige Bilder geschaffen. Häufig kam das Mittel der Polarisierung zum Einsatz. Die Fronten konstituierten sich dabei zwischen Tätern und Opfern, zwischen Demokraten und Faschisten (siehe Artikel 1, Artikel 2, Artikel 3). Eine ausgefeilte, klassisch-sozialistische Rhetorik war für den Diskurs der 1970er Jahre charakteristisch. Emotionalisierende, bildhafte und starke politische Begriffe prägten diesen Diskurs. Die Sätze waren meist kurz und prägnant und stellten häufig Behauptungen dar.

Verstärkt seit Beginn der 1980er Jahre machten sich Veränderungen in der innertextlichen Struktur bemerkbar. Die Texte waren länger und analytischer. Auch die Satzstruktur war komplizierter und verschachtelter. Behauptungen wurden zumeist erst durch Begründungen entwickelt. Ein spielerischer und

„offenerer“ Umgang mit Sprache machte sich bemerkbar. Diese Veränderungen im Diskurs des Bulletins sind einerseits, auf strukturelle und personelle Änderungen zurückzuführen, andererseits machen sich darin auch wesentliche Veränderungen in den Diskursparadigmen der 1980er Jahre bemerkbar.

Organisatorisch-strukturell.- Was das Selbstverständnis und die Organisation des Heftes betrifft so bestehen besonders zwischen dem Zeitschriftenprojekt *Solidarität mit Lateinamerika* das zwischen 1985 und 1987 bestand und dem *Bulletin der Chile-Solidaritätsfront* gravierende Differenzen. Das Bulletin, ursprünglich nur zu Chile verfasst, war nach Herbert Berger als Informationsrundbrief für die Mitgliederorganisationen der CSF gedacht um diese mit Informationen zu versorgen und so die Solidaritätsarbeit in diesen Organisationen und den jeweiligen Mutterorganisationen anzukurbeln (Interview mit Herbert Berger vom 18.08.08). Die inhaltlichen, thematischen und strukturellen Analysen des Heftes bestätigen diese Aussagen: Die Chile-Solidaritätsfront trat auch im Bulletin als Front auf; das Heft war nicht als Medium der kritischen Diskussion konzipiert, im Gegenteil kontroverse Themen (wie etwa der umstrittene Gefangenenaustausch zwischen Luis Corvalán, dem ehemaligen Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chiles (PCCCh) und dem sowjetischen Dissidenten Vladimir Bukowski im Dezember 1976) wurden konsequent ausgespart.

Mit der Erweiterung des Bulletins als Medium anderer Solidaritätskomitees begann sich auch eine thematische Erweiterung einzustellen. Ab 1985 wurde *Solidarität mit Lateinamerika* nicht mehr als Bulletin der Chilesolidaritätsfront, sondern als „Zeitschriftenprojekt der österreichischen Solidaritätsbewegung“ (SMLA 1985/2: 2) von fünf verschiedenen Komitees gemeinsam herausgegeben. Ziel und Selbstverständnis des Heftes veränderten sich damit gravierend. Das Medium sollte als gesamtösterreichisches Koordinations- und Diskussionsportal der Lateinamerika-Solidaritätsgruppen aber auch für „Dritte-Welt-, Friedens- und Alternativbewegung“ (SMLA 2/1985, Nr. 45: 2) einen Ort für theoretische Debatten und ein Medium linker Gegenöffentlichkeit darstellen. Gleichzeitig blieb es weiterhin ein Medium der politischen Selbstdarstellung von Befreiungsbewegungen, auch die traditionellen Solidaritätskanäle politischer Parteien und Gewerkschaften wurden weiterhin

bedient. Dieser Spagat zwischen ideologisch-theoretischer Reflexion und praktisch-politischer Aktion und die Einbeziehung von zahlreichen unterschiedlichen Akteuren dürfte nicht lange funktioniert haben. Außerdem scheint neben der qualitativ unerreichbaren Lateinamerika-Fachzeitschrift, *Lateinamerika anders* die seit 1976 bestand zu wenig Interesse für eine solche Zeitschrift in Österreich vorgeherrscht zu haben. Solidarität mit Lateinamerika erschien nur knapp zwei Jahre lang.

8. Fazit

8.1 Diskurspraxis der Chile-Solidaritätsfront

Zwei miteinander verbundene Fragen bildeten Ausgangspunkt und Rahmen der vorliegenden Untersuchung. Erstens sollte eine Charakterisierung der Diskurspraxis der Chile-Solidaritätsfront erfolgen. Es ging dabei um Fragen nach den zentralen Themen, der strukturellen Organisationsform und innertextlichen Konstitutionen. Zweitens sollte der von einigen AutorInnen konstatierte diskursive Wandel im Begriff internationaler Solidarität untersucht, und näher spezifiziert werden. Zur Bearbeitung dieser Fragen wurde eine diskursanalytische Untersuchung des *Bulletin der Chile-Solidaritätsfront* vorgenommen. Dieses Heft erschien zwischen 1974 und 1992 und entwickelte sich vom internen Informationsrundbrief der Chile-Solidaritätsfront zum Diskussionsportal der österreichischen Solidaritätsszene. Verschiebungen, Bruchstellen und Verwerfungen in diesem Diskurs standen im Mittelpunkt meines Interesses.

Zur Durchführung des empirischen Teils der Diskursanalyse wurde die Methode der Kritischen Diskursanalyse nach Siegfried Jäger (1999) angewendet. In einer Strukturanalyse wurden dabei zunächst sämtliche Hefte nach äußerer Form, Themen der Textbeiträge und Textsorten untersucht. Dabei wurden sämtliche Texte bestimmten Themenkategorien zugeordnet. Thematische Veränderungen innerhalb des untersuchten Zeitraums (1974-1992) konnten so erfasst und darstellbar gemacht werden. In der anschließenden Feinanalyse wurden ausgewählte, möglichst typische Textbeiträge formal und inhaltlich untersucht. Die abschließende synthetische Interpretation der Ergebnisse aus Struktur und Feinanalyse ermöglichte eine Charakterisierung der Diskurspraxis der Chile-Solidaritätsfront.

Im ersten Teil meiner Arbeit wurde auf die Deutungsgeschichte von Solidarität als politischem Begriff der Internationalen ArbeiterInnen-Bewegung eingegangen. Innerhalb der für diese Arbeit bedeutenden sozialistischen Tradition wurde Solidarität vor allem als politischer Kampfbegriff mit einigender und

klassenexklusiver Wirkung herausgearbeitet. Anschließend erfolgte eine Darstellung der Geschichte der Solidaritätsbewegungen der 1970er und 1980er Jahre in Österreich, im Zuge derer auch auf das internationalistische Verständnis innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie eingegangen, und das Konzept der Neuen Sozialen Bewegungen kritisch diskutiert wurde.

Eine explizite Untersuchung der österreichischen Solidaritätsbewegung mit Chile war für den Kontext der Diskursanalyse von besonderer Bedeutung. Dabei wurde auf Spannungen verwiesen, die sich insbesondere durch die ‚Kommunistenfeindlichkeit‘ der SPÖ, sowohl innerhalb der CSF, als auch zwischen den Mitgliederorganisationen und deren jeweiligen Mutterorganisationen entluden. Für die Vielfalt der Diskurspraxis der CSF hatte die Vereinigung von Christen, Sozialisten und Kommunisten, angesichts dieser Spannungen deutlich eingrenzende Wirkungen.

Insgesamt kann die Diskurspraxis der CSF bis zum Beginn der 1980er Jahre, als ‚pragmatische Sozialistische Propaganda‘ charakterisiert werden. Theoretische Diskussionen über Formen und Ziele der Solidarität hatten keinen Platz im Bulletin der CSF, politische Analysen zum Scheitern des chilenischen Sozialismus wurden (bis auf die erste Ausgabe des Heftes) unterlassen. Antikapitalistische und antiimperialistische Kritiken kamen, ähnlich wie innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie nur als Phrasen und nicht in ausgearbeiteter Form vor; kontroverse Inhalte wurden vermieden. Oberstes Prinzip war das einheitliche Auftreten als Front, in diesem Sinne war das Bulletin gestaltet. ‚Wahrheiten‘ wurden nicht verhandelt sondern als objektive Informationen verbreitet. Der Begriff des Antifaschismus fungierte als vereinendes Organisationsprinzip der verschiedenen politischen Strömungen innerhalb der CSF und als gemeinsames ideologisch-konstitutives Mittel ihrer Diskurspraxis. Der rhetorische Rückgriff auf die Terminologien des traditionellen Internationalismus- und Solidaritätsdiskurses der Arbeiterbewegung entspricht dabei dem damaligen Diskurs der österreichischen Sozialdemokratie. Auch inhaltlich bewegte sich der Diskurs der CSF in den Kanälen traditioneller politischer Organisationen. Viele Beiträge berichteten von Gewerkschaftsaufrufen, Politikerbesuchen, insbesondere von den Parteien der Unidad Popular im chilenischen Untergrund.

Als Ergebnis der Diskursanalyse mit diachroner Perspektive zeigte sich insofern ein Wandel im Konzept internationalistischer Solidarität, als sich Bezugspunkte und Perspektiven der Solidaritätsbewegungen veränderten. Waren es in den 1970er Jahren die Begriffe *Arbeiterklasse*, *Volk*, *Repression*, *Junta* und *Faschismus* die den Diskurs des Bulletins prägten, so wurden in den 1980er Jahren die Begriffe *Rüstung*, *Imperialismus*, *Krieg*, *Entwicklung* und *Frieden* maßgeblich. Das, ex negativo ideologisch verbindende Kernelement im Diskurs der Solidaritätsbewegungen, verschob sich vom Antifaschismus in den 1970er Jahren zum Antiimperialismus in den 1980er Jahren. Die Solidarität galt nun nicht mehr konkreten Opfern des Faschismus, sondern den durch Kalten Krieg, ungerechte Weltwirtschaftsordnung, globale Waffengeschäfte und menschenfeindliche Interessen des Imperialismus unterdrückten, ausgebeuteten und hungernden Menschen des Südens. Ein bedeutender weltpolitischer Kontextfaktor dieser Entwicklungen ist in einer neuen Runde im Wettrüsten des Kalten Krieges, im Zuge der aggressiven US-amerikanischen Außenpolitik der Reagan-Administration und der aufkommenden Friedensbewegung in ganz Europa zu sehen. Organisatorische und inhaltliche Verbindung von Friedens- und Solidaritätsbewegung trugen maßgeblich zu den Bedeutungsverschiebungen im Konzept der Internationalen Solidarität bei. Die Zeitschrift *Solidarität mit Lateinamerika* wurde zum Diskussionsportal für Teile der Friedens-, Dritte-Welt- und Solidaritätsbewegung.

Die Diskursanalyse zeigte aber auch Kontinuitäten im Diskurs des Bulletins auf. So blieben etwa die Begriffe *Kampf* und *Klasse* konstant von zentraler Bedeutung. Der Begriff *Solidarität* blieb von 1974 bis 1992 ein Schlüsselbegriff des Bulletins. Trotz der maßgeblichen inhaltlichen Veränderungen im Diskurs der internationalen Solidarität lässt sich für das Solidaritätskonzept kein grundlegender Wandel sondern lediglich eine inhaltliche Verschiebung ausmachen. Zentrales Element dieses Solidaritätsbegriffes bleibt die Verbindung im Kampf gegen einen gemeinsamen Feind, ob Faschismus oder Imperialismus, ob Arbeiter oder Hungernde.

Allerdings – und dies entspricht sehr wohl einem Bedeutungswandel im Konzept internationaler Solidarität – veränderte sich das Verhältnis zwischen Akteur und Rezipienten der Solidarität. Die Antifaschistische Solidarität der

Chile-Solidaritätsfront fand, Mitte der 1970er Jahre zu einem großen Teil in den traditionellen Kanälen von Arbeiterbewegung und Linken Parteien statt, Objekt der Solidarität waren politisch zumindest ähnlich Gesinnte, das chilenische antifaschistische Volk bzw. der chilenische Widerstand. Durch die Entwicklungen der 1980er Jahre und die Kooperationen und Vermengungen mit Friedens- und Dritte-Welt-Bewegung wurde das politisch-ideologisch verbindende Element zwischen Akteur und Rezipienten im Konzept internationaler Solidarität zurückgedrängt. Im Gegenzug gewann der Charakter der karitativen Hilfestellung für die hungernden und ausgebeuteten Menschen des Südens für den politischen Solidaritätsbegriff an Bedeutung.

8.2 Forschungsausblick

Im Zuge meiner Arbeit ergaben sich diverse Anschlussstellen für weitere Forschungsfragen. Fruchtbar wäre etwa ein Ländervergleich des Solidaritätsdiskurses zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Österreich. Die deutsche Zeitschrift *Chile Nachrichten*, später *Lateinamerika nachrichten* stellt hierfür einen spannenden Ausgangspunkt und eine vielsprechende Quelle für eine diskursanalytische Untersuchung dar. Von vier Chile-Komitees und einigen wissenschaftlichen Mitarbeitern des Lateinamerika Instituts der FU Berlin im Jahr 1973 gegründet, besteht dieses Medium bis heute und sieht sich einer „differenzierten, kritisch-solidarischen Berichterstattung“ (<http://www.lateinamerikanachrichten.de/?/service/ueberuns.html>, 4.10.08) verpflichtet.

Auf eine Untersuchung von persönlichen Motivationen und persönlichen ideologischen Grundlagen der AktivistInnen wurde in dieser Arbeit bewusst verzichtet. Für eine an Foucault orientierte Diskursanalyse geht es nicht darum *wer* spricht, sondern *von wo* aus gesprochen wird: „Die Aussagen die gemacht wurden, sind gemacht worden und die Dinge die gesagt wurden sind gesagt worden – dieser Umstand allein ist ausreichend für die Begründung und den Gegenstand der Diskursanalyse“ (Foucault 1997: 92, zit. nach Landwehr 2008: 70). Nichts desto Trotz würde eine personen- und motivationsbezogene Untersuchung der Solidaritätsbewegungen einen sinnvollen ergänzenden

Ansatz darstellen.

Eine weiterführende, höchst interessante Fragestellung betrifft den Einfluss der lateinamerikanischen politisch-theoretisch bedeutenden Denkschulen auf den Diskurs der österreichischen Solidaritätsbewegungen, bzw. der CSF im speziellen. Zu nennen sind hier insbesondere die beiden seit der zweiten Hälfte der 1960er Jahre weltweit wirkmächtigen Theorien, Theologie der Befreiung und Dependenztheorie (Kaller-Dietrich 2008: 71). Deren Einflüsse explizit herauszuarbeiten sowie eine Untersuchung des direkten Einflusses von Sprache und Rhetorik des politischen Diskurses Lateinamerikas auf den Diskurs der österreichischen Solidaritätsbewegungen verspricht spannende Ergebnisse.

Die Verbindungen zwischen Solidaritäts-, Friedens- und Dritte-Welt-Bewegung sowohl diskursgeschichtlich, als auch sozialgeschichtlich zu untersuchen, wäre ein weiterführendes Forschungsprojekt.

Ausständig ist nach wie vor eine ‚Geschichte der Österreichischen Solidaritätsbewegung‘, wie sie Balse/Rössel (1986) für die BRD vorlegten. Eine solche Darstellung wäre als Ausgangspunkt und Ergänzung für all diese Forschungsfragen von großer Bedeutung.

Anhang

1) Verstärkt die Solidarität mit dem chilenischen Volk!

Aus: Solidarität mit Chile. Bulletin der CSF 2/1974, S. 2

2) Gewerkschaften – 2 Jahre nach dem Putsch.

Aus: Solidarität mit Chile. Bulletin der CSF 3/1975, S. 4-5

3) Würdigung für Salvador Allende.

Aus: Solidarität mit Lateinamerika. Bulletin der CSF 2/1980, S.4-5

4) Eine Nacht für den Frieden.

Aus: Solidarität mit Lateinamerika 3/1986, Nr. 51, S. 13-14

5) „Solidarität mit Lateinamerika“ – wozu?

Aus: Solidarität mit Lateinamerika 3/1986 , Nr. 51, S. 11-12

VERSTÄRKT DIE SOLIDARITÄT MIT DEM CHILENISCHEN VOLK !

Die chilenische Militärjunta hat nach dem 11. September 1973 Zehntausende Demokraten - Arbeiter, Bauern, Gewerkschafter, Politiker, Intellektuelle - verhaftet und in Kerker und KZs gesteckt. Tausende wurden erschossen, ohne Prozesse hingerichtet, in den Kerkern ermordet. Nun versucht sie, in Schauprozessen gegen Offiziere, Politiker und Gewerkschafter "juristisch" zu beweisen, daß sich die Anhänger der Unidad Popular "Verbrechen" schuldig gemacht haben. Was bei solchen Prozessen einer faschistischen Mordjustiz herauskommt, wissen wir aus der österreichischen und deutschen Geschichte nur zu gut. Aufgabe der internationalen Solidaritätsbewegung muß es heute sein, zu verhindern, daß sich die Junta mit diesen Scheinprozessen vor der Weltöffentlichkeit den Anschein der Legalität geben kann. Das einzige Verbrechen jener Demokraten, die heute in Chile abgeurteilt werden sollen, besteht darin, daß sie treu zur Verfassung der Republik Chile gestanden sind, zu ihrer rechtmäßigen Regierung der Unidad Popular.

Die 2. Nummer des Bulletins der Chilenischen Solidaritätsfront will einen kurzen, sehr unvollständigen Überblick über den Terror der Junta geben. Wir sind dabei größtenteils auf Meldungen internationaler Nachrichtenagenturen angewiesen, sodaß wir nur ein sehr unvollkommenes Bild des ungeheuren Leides zeichnen können, das die Faschisten über jenes Land und Volk gebracht haben, das bisher in Lateinamerika wegen seiner demokratischen Traditionen bekannt und geschätzt war.

Gleichzeitig entsteht jedoch heute in Chile eine breite antifaschistische Einheitsfront, die über das Bündnis der Parteien und Bewegungen der Unidad Popular hinausgeht. Diese Einheitsfront, in der Sozialisten, Kommunisten, Christen und andere Antifaschisten zusammenarbeiten, ist der Beweis für die Widerstandskraft des chilenischen Volkes, sie weist den Weg zu einem neuen, demokratischen Chile.

Die Aufgabe der Solidaritätsbewegung mit dem chilenischen Volk kann es nicht sein, dem chilenischen Widerstand Vorschriften über Ziele und Methoden des antifaschistischen Kampfs zu machen. Was wir tun können, ist, in unserem Land über die Errungenschaften der Unidad Popular, über den Putsch und seine Hintermänner sowie über den Terror der faschistischen Junta zu informieren, die antifaschistische Einheitsfront in Chile politisch und materiell zu unterstützen sowie zur internationalen Isolierung der Junta beizutragen. Den Kampf gegen den Faschismus muß das chilenische Volk selbst führen und das Bewußtsein einer breiten, weltweiten Solidarität wird dabei stärken.

**STOPPT DIE MORDPROZESSE!
STOPPT DEN TERROR DER
JUNTA!**

**FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN
GEFANGENEN, FREIHEIT FÜR LUIS CORVALAN,
CLODOMIRO ALMEYDA, PEDRO FELIPE RAMIREZ,
ANSELMO SULE, ROLANDO CALDERON,
VINCENTE SOTTA, ENRIQUE KIRBERG UND BAUTISTA VAN SCHOUWEN!**

**SOLIDARITÄT MIT DEM CHILENISCHEN VOLK, SOLIDARITÄT
MIT DER ANTIFASCHISTISCHEN EINHEITSFRONT!**

GEGEN FASCHISMUS UND IMPERIALISMUS - FÜR EIN DEMOKRATISCHES CHILE!

**VENCEREMOS!
CHILE-SOLIDARITÄTSFRONT -**

Referat für Öffentlichkeitsarbeit

tätsarbeit bildet.

Der zeitliche Abstand zum Putsch stellt sicherlich eine Erschwernis für die Solidarität dar. Diese Tatsache muß für die Solidaritätsbewegung eine Verstärkung ihrer Anstrengungen zur Folge haben. Solange in Chile der Faschismus herrscht, darf es kein Nachlassen der internationalen Solidarität geben. Gerade der 2. Jahrestag des Putschs sollte uns erneut be-

wußt machen, daß der Kampf des chilenischen Volkes unsere unverminderte Solidarität braucht.

**FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN
GEFANGENEN!
FREIHEIT FÜR DAS CHILENISCHE
VOLK**

**CHILE—SOLIDARITÄTSFRONT
—Referat für Öffentlichkeitsarbeit—**

GEWERKSCHAFTEN — 2 JAHRE NACH DEM PUTSCH

5 Mit dem 11. September 1973 begann die schwierigste Etappe in der Geschichte der chilenischen Gewerkschaftsbewegung. Da die Arbeiterklasse der dynamischste Faktor im Prozeß sozialer Veränderungen war, war sie nun das Hauptobjekt brutaler Repression. Ziel der Junta war es, die Gewerkschaften zum Schweigen zu bringen und ihre fortgeschrittensten Sektoren physisch zu vernichten. Die Einheitliche Gewerkschaftszentrale (CUT) wurde verboten und ihre Führer verhaftet oder ermordet. Durch ein Dekret wurde die gewerkschaftliche Arbeit beschränkt und in ihren Funktionen genau festgelegt. 15 Versammlungen, die Wahl von Führern sowie Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung von Rechten wurden verboten. Militärbehörden oder Funktionäre des Arbeitsministeriums "wählten" die neuen Gewerkschaften. 20

25 In den ersten Monaten nach dem Putsch versuchte die Junta, eine neue Organisation an Stelle der verbotenen CUT ins Leben zu rufen. Dieses Experiment scheiterte jedoch, da ihm die Arbeiter jegliche Unterstützung versagten. Im Dezember 1974 kündigte die Regierung ein neues Arbeitsgesetzbuch an, das am 1. Mai 30 1975 in Kraft trat. Nach den Worten des

Arbeitsministers garantierte dieses Gesetz die "volle Gewerkschaftsfreiheit", da es den Arbeitern freistelle, einer Gewerkschaft anzugehören oder nicht. In dem Gesetz sind Gewerkschaften nur auf Betriebsebene vorgesehen, jedoch keinerlei regionaler oder nationaler Zusammenschluß. Wenn in einem Betrieb eine Gruppe von Arbeitern mit der Gewerkschaftsleitung unzufrieden ist, kann sie eine neue Gewerkschaft gründen, sofern sie 25 % der Arbeiter hinter sich hat. Weiters ist in dem Gesetz ein "Sozialstatut für Industrien" festgehalten, das die ausgebeutete Rolle der Arbeiter fixiert. 45

Der Sinn dieses Gesetzbuches ist es, durch die betriebliche Fixierung der Gewerkschaft sowie die Möglichkeit, in einem Betrieb mehrere Gewerkschaften nebeneinander zu gründen, die Arbeiter gegeneinander auszuspielen und die Arbeiterklasse zu spalten. Das "Sozialstatut" hat 55 darüber hinaus die Funktion, daß die ohnehin nur sehr beschränkt zugelassene Gewerkschaftsarbeit nicht in Widerspruch zu den Interessen der Unternehmensleitungen kommen kann. Zugleich will sich 60 die Junta dadurch den Anschein geben, „daß sie Gewerkschaften zuläßt.

Die Junta hatte jedoch auch mit dem Arbeitsgesetzbuch keinerlei Erfolg. Die Arbeiter in den Betrieben diskutieren nicht einmal darüber. Der Versuch, die Arbeiterklasse mit diesem Gesetz zu spalten und aufzusplintern, ist also ebenso gescheitert wie in den Monaten nach dem Putsch die Gründung einer "Gegen-CUT".

Der Grund für das Scheitern aller bisherigen Versuche der Junta, in die Arbeiterklasse einzudringen und dort ihre Organisationen zu etablieren, liegt im Klassenbewußtsein der chilenischen Arbeiter, in den Erfahrungen, die die chilenische Arbeiterklasse während der letzten 50 bis 60 Jahre und vor allem während der 3-jährigen Regierungszeit der Unidad Popular gesammelt hat. Eine der größten Errungenschaften, die im Laufe der Jahrzehnte erkämpft wurde, ist die einheitliche Gewerkschaftsbewegung in Chile, die CUT. Trotz Verbots, trotz brutaler Repression, trotz Einkerkierung und Ermordung vieler Gewerkschaftsführer ist es der Junta nicht gelungen, die CUT zu vernichten. Ihre bewußtesten Mitglieder organi-

sieren illegale Streiks, Versammlungen, Flugblattaktionen etc. und teilweise gelang es ihnen auch, in die von der Junta zugelassenen Betriebsgewerkschaften einzudringen und dort Maßnahmen zur Verteidigung des Lebensstandards, gegen Entlassungen u.a. zu organisieren.

Eine wichtige Aufgabe der CUT besteht darin, die teilweise spontanen Aktionen in Betrieben zu koordinieren und anzuleiten. Darüber hinaus gilt es, den Kontakt zu den im Exil lebenden Gewerkschaftsführern zu halten, deren Aufgabe hauptsächlich darin besteht, in der ganzen Welt die Solidarität mit der chilenischen Arbeiterbewegung zu verstärken.

Die Junta weiß, daß die verbotene CUT zu ihren gefährlichsten Gegnern gehört. Immer wieder kommt es zu Verhaftungsaktionen unter Gewerkschaftsmitgliedern und Ende Juni gelang es der Junta sogar, einen der führenden Gewerkschafter, Exequiel Ponce, festzunehmen. Trotz dieser Schläge geht der Kampf der CUT weiter.

TREFFEN DER FÜHRER DER UNIDAD POPULAR

Am 27. Juli trafen sich in Berlin (DDR) die führenden Persönlichkeiten aller Parteien der Unidad Popular, um über die Situation in Chile, über die Aufgaben des antifaschistischen Widerstandes sowie über die Festigung der Zusammenarbeit zwischen den UP-Parteien und die Verbreiterung der antifaschistischen Front zu beraten. Es war dies eines der bedeutendsten Treffen chilenischer Exilpolitiker seit dem Putsch vom 11. September 1973, was alleine schon die Teilnehmerliste zeigt: anwesend waren u.a. die General-

sekretäre der Sozialistischen Partei, Carlos Altamirano, der Christlichen Linken, Bosco Parra, der MAPU, Oscar Garreton, der MAPU-OC, Jaime Gazmuri, der Vorsitzende der Radikalen Partei, Anselmo Sule, das Mitglied der Politischen Kommission der Kommunistischen Partei, Orlando Millas, sowie weitere führende UP-Politiker wie der ehemalige Außenminister Clodomiro Almeyda (SP).

Zum Abschluß des Treffens unterzeichneten die Vertreter der UP-Parteien eine

CHILE

Würdigung für Salvador Allende



Werkeltätige meines Vaterlandes!

Ich danke Ihnen für die stets bekundete Treue, für das Vertrauen, das Sie in einen Mann gesetzt haben, der nur die Verkörperung der Sehnsucht nach Gerechtigkeit war, der sein Wort gab, Verfassung und Gesetze zu achten, und der dies tat. In diesem entscheidenden Moment, dem letzten, in dem ich mich an Sie wenden kann: Mögen Sie diese Lehre beherzigen. Das Auslandskapital, der Imperialismus, vereint mit der Reaktion, schufen das Klima, damit die Streitkräfte mit ihrer Tradition brachen ..."

Aus der letzten Rede
Allendes über den
Sender Magellanes"

Am 26. Juni wäre Salvador Allende 72 Jahre alt geworden. Sein Beispiel steht für die besten Traditionen der chilenischen Arbeiterklasse.

5 Am 26. Juni 1908 wird Salvador Allende in Valparaiso, Chile, geboren. Seine politischen Aktivitäten beginnen mit den Studentenunruhen in den 20er Jahren und ab diesem Zeitpunkt nimmt er am sozialen Kampf um Gerechtigkeit teil, den er nie wieder aufgeben sollte.

10 Als ausgesprochener Spezialist auf dem Gebiet der sozialen Medizin promoviert er 1932, stellt aber seinen Beruf zurück, um sich ganz dem politischen Leben widmen zu können.

15 1933, einem Höhepunkt des Klassenkampfes in Chile, ist er Mitbegründer der Sozialistischen Partei, die sich mit der Zeit zu einer starken Hilfe für den Kampf und die Einigung der Arbeiterbewegung entwickelt hat.

20 Allende investiert seine ganze Energie in die Organisation der neuen Partei. Dort erfüllt er seine Pflichten von der Basisarbeit bis zu den verantwortungsvollen Aufgaben eines Mitgliedes des Zentralkomitees und Generalsekretärs der Partei, zu dem er 1942 erwählt wird.

25 Eines seiner grundlegenden Anliegen ist die Verwirklichung der Einheit der Arbeiterklasse.

Über seine Parteaufgaben hinaus setzt er sich für die gewerkschaftliche Einheit und die Einheit der Arbeiter, der revolutionären, demokratischen und progressistischen Bewegung und aller derer ein, die gegen die imperialistische Unterdrückung, die Oligarchie und die monopolistische Bourgeoisie sind.

Ab den 50er Jahren wird er der unbestrittene Führer aller linken Kräfte und des chilenischen Volkes. Dieser Prozeß erreicht 1970 den Höhepunkt, als Allende als Spitzenkandidat der Unidad Popular, als Vertreter des breiten Volkes, zum Präsidenten Chiles gewählt wird.

Seine revolutionäre Konsequenz, sein Mut und sein Patriotismus erlauben ihm, die dem Volk versprochenen sozialen Veränderungen ohne Zögern durchzuführen. In diesem Bemühen, ein Regierungsprogramm für das Volk und gegen den Imperialismus zu verwirklichen, überrascht ihn der 11. September 1973, der Tag, an dem die internen und externen faschistischen und imperialistischen Kräfte Chile in Blut und Zerstörung stürzen.

Das Gedächtnis an Salvador Allende zwingt uns zu der Erkenntnis, daß niemand die harten Lehren der Vergangenheit vergessen darf. Für die Chilenen, ob im Inland oder im Ausland, stellt sich die Aufgabe, die begangenen Fehler zu überwinden, die dem Faschismus zur Macht verholfen haben: die Welt kennt die Folgen.

Für alle Menschen, egal, aus welchem Land, mit welcher Sprache, stellt sich die Aufgabe, wachsam zu sein. Die dunklen Kräfte der Reaktion sind noch stark und wenn sie nicht rechtzeitig bekämpft werden besteht weiterhin die Gefahr, daß sie die Menschheit in unermessliches Leid stürzen.

8. März — Internationaler Frauentag

Wenn es nach General Pinochet geht, soll der diesjährige Internationale Tag der Frau in Chile das letzte mal stattgefunden haben. Nachdem das nationale chilenische Frauensekretariat die „politische Natur“ des 8. März kritisiert hatte, weil dieses Ereignis lediglich den „internationalen Kommunismus fördert“, will nunmehr Pinochet den 2. Dezember als „nationalen Tag der Frau“ fixieren. In einem obersten Dekret begründet er seine Absicht damit, „eine große Demonstration gegen den internationalen Marxismus, der unser Mutterland bereits einmal zugrunde zu richten drohte“, stattfinden zu lassen.

Der 2. Dezember hat für das Chile Allendes eine unheilvolle Bedeutung: 1972 hatten eine Reihe von Frauen der Oberschicht an diesem Tag ihren „Marsch der leeren Töpfe“ durch das Stadtzentrum von Santiago durchgeführt, um gegen die vorgebliche „Lebensmittelknappheit“ zu demonstrieren.



Foto: Schuh

EINE NACHT FÜR DEN FRIEDEN

Mehr als einen Abend währte das Konzert der österreichischen Friedensbewegung im Wiener Messepalast. Lange nach Mitternacht verließen die letzten Besucher ein großartiges Fest, das der Höhepunkt des UNO-Friedensjahres und der Kampagne „Atomteststopp jetzt!“ war. Auf zwei großen Bühnen lief ein großartiges Kulturprogramm mit bekannten und weniger bekannten österreichischen Künstlern ab. Stark vertreten war auf dem Fest und der vorausgegangenen Demonstration auch die österreichische Solidaritätsbewegung, die in mannigfaltigen Ständen der verschiedenen Solidaritätskomitees die Breite der Bewegung, aber auch der Probleme dokumentierte, vor denen die Länder der Dritten Welt stehen. Diese Teilnahme der Solidaritätsbewegung dokumentierte deutlich die enge Verbundenheit der Probleme des Friedens mit den Problemen der wirtschaftlichen und kulturellen Unterentwicklung in diesen Ländern, und sie dokumentierte, daß Friedensbewegung und Solidaritätsbewegung einem gemeinsamen Feind gegenüberstehen – dem Imperialismus, vor allem in der Gestalt der Reagan-Administration –, ihrem wahnwitzigen Streben nach militärischer Überlegenheit und Ausbeutung aller ausländischer Rohstoffquellen. Über diese Zusammenhänge sprach im Namen der anwesenden Solidaritätskomitees Aybars Ungan, Mitglied des Vorstandes des „Türkischen Friedenskomitees“, das von der türkischen Regierung massiv verfolgt wird. Aybars Ungan, von Beruf Diplomingenieur der Elektronik und ehemaliger Präsident der türkischen Ingenieurskammer, war selbst ein Jahr inhaftiert, konnte in der Phase der Vorbereitung eines weiteren Prozesses gegen ihn und andere das Land verlassen und ist in Österreich als politischer Flüchtling anerkannt worden – als positive Ausnahme von der sonst geübten Praxis im Falle türkischer Asylwerber.

25 „Mit großer Freude habe ich die Einladung angenommen, bei dieser Veranstaltung sprechen zu können. Ich bringe Euch die Grüße aller Friedensfreunde der Türkei. Es sind Grüße aus den Gefängnissen, aber auch aus Betrieben, von Aktionen auf der Straße und von Versammlungen, überall treten unsere Aktivisten für die Erhaltung des Grundrechts der Menschen auf der ganzen Welt, für ein Leben in Frieden ein. Ich ersuche Euch aber auch, aller anderen Demokraten und Freiheitskämpfer – im Iran und im Irak, auf den Philippinen und in Südafrika, in Chile, Nicaragua und El Salvador – zu gedenken. Nicht zu vergessen die Millionen

Menschen, die in direkten Kriegen verbluten, aber auch die im täglichen indirekten Krieg verhungern, weil mehr Mittel in die Rüstung statt in die Entwicklung gesteckt werden.

Ausnahmsweise hat uns in den letzten Wochen der größte Terrorist, Lügner und Betrüger auf der ganzen Welt, der amerikanische Präsident selbst, dazu verholfen, die Zusammenhänge deutlicher zu erkennen.

Wir sehen, daß Reagan und seine Freunde, die vorgeblichen Terroristenjäger, selbst im Schafspelz verkleidete Wölfe waren.

Sie versorgen direkt oder indirekt über Israel die faschistischen Grauen Wölfe in der Türkei, die islamisch verkleideten Terroristen im Iran oder die als Friedensapostel auftretenden Chauvinisten im Irak mit Waffen, um den Krieg am Leben zu halten.

Während sie an den Waffen verdienen, sterben dort Hunderttausende! Während sie in diesem Krieg neue Waffentechnik erproben, werden Kinder in die Minenfelder gehetzt!

Während sie weiterhin Ölquellen anzapfen und Riesenprofite schöpfen, versickert tausendfach sinnlos vergossenes Blut in der Wüste.

Während sie den Menschen mit Koran oder Bibel ein glückliches Leben im

Jenseits versprechen, unterstützen sie im Diesseits Tyrannei und Ausbeutung.
 Während sie scheinbar um den Frieden verhandeln, greifen sie nach den Sternen, stellen neue Atomraketen auf, rüsten für den Sternenkrieg, der die Existenz der Menschheit bedroht.
 Wer sind sie?
 Es sind diejenigen, deren einziges Interesse darin besteht, die Herrschaft über Mensch und Natur zu erhalten, um daraus Profite zu schöpfen. Wir nennen sie Imperialisten.
 Sie arbeiten zusammen und haben ihre Helfeshelfer.
 Der Militärputsch in der Türkei wurde von den USA inszeniert, um das Land der NATO zu erhalten. Heute wird die Türkei dazu benutzt, um Atomraketen gegen die Sowjetunion aufzustellen, schnelle Eingreiftruppen zum „Schutz“ der Erdölquellen in der Golfregion zu stationieren und die kurdischen Widerstandskämpfer und Demokraten im Land selbst, im Irak und Iran zu bekämpfen und gegenseitig aufzuhetzen.
 Deutlich wurde auch, daß der Krieg zwischen dem Iran und dem Irak kein „heiliger“ ist, sondern ein von den USA geschürter und benötigter. Abseits aller unmittelbaren Kriegsgreuel bauen die USA in aller Ruhe ihre atomaren Basen und militärischen Stützpunkte in den Golfländern aus, um ihren Einfluß in dieser Region zu sichern. Abseits aller Medienberichte und Beteuerungen stützen sie das Khomeiny-Regime im Iran und das Hussein-Regime im Irak und stellen sich damit gegen alle Friedensbemühungen. Und abseits von den Entscheidungen selbst im amerikanischen Kongreß, unterstützen die Reagan-Administration mit den Millionen, die bei den Waffengeschäften gemacht werden, auch die Contras in Angola und Nicaragua.
 All diese Tatsachen, auf die wir von den Friedensbewegungen schon jahrelang hingewiesen haben, werden jetzt öffentlich bestätigt. Die Zahl der Kritiker an den Kalten Kriegen wird größer, darüber sind wir froh, auch wenn bisher wir für die Aufdeckung der Wahrheit kritisiert und inhaftiert wurden.
 Vergeßt nicht, daß es einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Frieden und Befreiung gibt:
 Wer gegen die türkische Militärjunta ist, muß auf der Seite der türkischen und kurdischen Demokraten stehen!
 Wer gegen den Golfkrieg ist, muß sich auf die Seite derer stellen, die die Regime im Iran und im Irak bekämpfen!
 Wer gegen das Apartheid-Regime ist, muß den südafrikanischen Widerstand unterstützen!
 Wer für die sandinistische Revolution in Nicaragua ist, muß gegen die USA und die von ihr finanzierten Contras Stellung beziehen!
 Wer für den Frieden ist, kann den Befreiungskampf nicht verurteilen!
 Befreiungskampf ist Kampf um politische und wirtschaftliche Souveränität. Befreiungskampf ist Forderung nach einem Schuldenmoratorium und nach einer neuen gerechten Wirtschaftsordnung.
 Befreiungskampf ist Solidarität der Unterdrückten.
 Befreiung braucht Frieden. Wir holen ihn uns!
 Hoch die internationale Solidarität!“

PROTEST VOR DER CHILENISCHEN BOTSCHAFT

Anfang Dezember wurden einige chilenische und österreichische Antifaschisten vor der chilenischen Botschaft in Wien festgenommen, als sie auf Initiative von Chile Democratico und der Chile-Solidaritätsfront im Gebäude, in dem die chilenische Botschaft untergebracht ist, eine Vorsprache beim Botschafter der Militärjunta erzwingen wollten.

Ein Verhandlungserfolg war greifbar nahe: Der gewählte Vertreter der Gruppe sollte den Protest gegen die für morgen geplante Hinrichtung von drei Antifaschisten auf der Grundlage eines Militärgerichtsurteils, dem keinerlei Beweisaufnahme und -führung vorausgegangen war, beim chilenischen Geschäftsführer deponieren. Da schritt die Alarmabteilung der Wiener Polizei ein.

Nach zweimaliger Aufforderung, Gang und Stiegenhaus vor den Botschaftsräumlichkeiten zu verlassen, wurde der Räumungsbefehl erteilt. Die rund dreißig Teilnehmer an der Aktion – unter ihnen Peter Reimair und der Abgeordnete Pilz – hatten sich aus Protest auf den Boden gesetzt und wurden brutal von Exekutivbeamten abtransportiert. Zur Feststellung der Personalien wurden sie vorübergehend festgenommen.

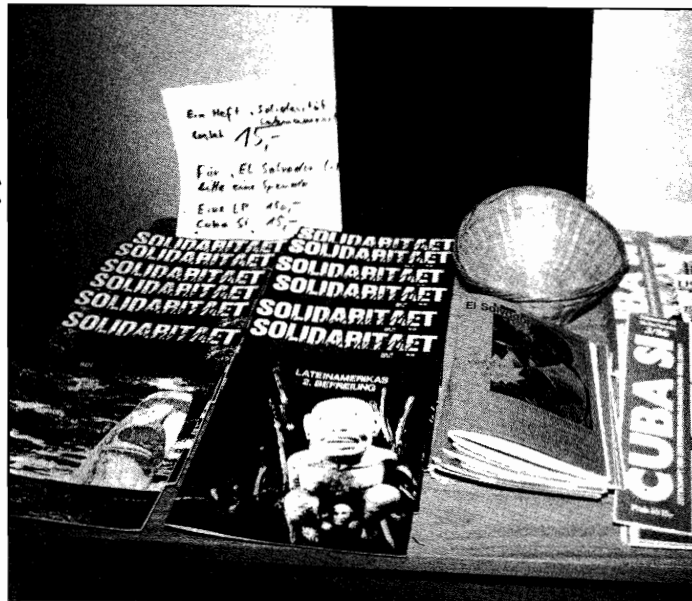


Foto: Gobold

SOLIDARITÄT MIT

"SOLI
DARITÄT
MIT

Foto: Kann



LATEIN AMERIKA"

- WOZU?

Mit dieser – wohl für viele unserer Leser befremdenden – Frage möchte ich die Diskussion über Sinn und Unsinn dieser seit zwei Jahren in neuem Gewand und von den im Solidaritätsforum Lateinamerika in Wien zusammenarbeitenden Gruppen herausgegebenen Zeitung weiterführen, die bei der Lateinamerika-Konferenz in Innsbruck aufgenommen wurde. Wir vom Redaktionsteam erwarten eure Stellungnahmen, Kritik und Anregungen. Eingangs ein paar Worte zum Zusammenhang von Solidarität mit Lateinamerika und „Solidarität mit Lateinamerika“. Solidaritätsarbeit und -bewegung gehen von der Tatsache aus, daß es nur eine Welt gibt. Sie richten sich gegen eine Ordnung, die auf skrupelloser Ausbeutung und grenzenlosem Elend des Großteils der Weltbevölkerung beruht und auf dem gewissenlosen Raubbau an den Naturreichtümern für die Aufrechterhaltung von Verschwendung und todbringender Rüstung; sie richten sich gegen diese Ordnung, die nur mit entschulten Gewehren gesichert werden konnte und kann; sie richten sich gegen eine Ordnung, der die Würde der Völker und des einzelnen keinen Pfifferling wert ist und in der die Völker in Namen der

nationalen Sicherheit, der *democracy* und der Werte der freien Welt im Blut ertränkt werden; sie unterstützen die Unterdrückten gegen die Unterdrücker und versuchen hier in Österreich ihre Stimme zu sein, andere Menschen zu ermuntern, sich auch zu wehren gegen diesen organisierten Wahnsinn und dieses organisierte Verbrechen an der Menschheit und sich dagegen zu organisieren. Was hat das mit der Vierteljahreszeitschrift zu tun, die sich den gleichen Namen gegeben hat? Diese gedruckte Reflexion und dieser Reflex der Solidaritätsarbeit und -bewegung in Wien lebt – wie die sonstige Koordinations- und übergreifende Arbeit – von der Arbeit, dem Engagement der Aktivisten und Freunde der Solidaritätsbewegung mit allen Grenzen und Schwierigkeiten derselben. So verstehe ich die mit der Zeitungsherausgabe verbundenen Widerigkeiten (finanzielle Probleme, Herbeischaffen und Einbringen von Artikeln usw.) als solche, die uns nicht zufällig treffen, sondern als Reflex der Gesamtsituation der Solidaritätsbewegung. Zudem fördert die sich verschärfende internationale Wirtschaftskrise, die die Möglichkeiten des einzelnen und der Veränderung reduziert, Ohn-

machtsgefühle, Tendenzen zur Vereinzelung, zum Rückzug in den privaten Bereich. Die Rahmenbedingungen für die Solidaritätsarbeit in Österreich in der Zeit der sich verschärfenden Krise und des härter werdenden Verteilungskampfes heißen Große Koalition. Die Große Koalition als Fortsetzung der Sozialpartnerschaft mit anderen Mitteln wurde vom Kapital als sicherste Variante zur Wahrung seiner Interessen installiert. Für die Verwalterin der Kapitalinteressen namens Große Koalition ist die Budgetkonsolidierung „ein zentrales Anliegen“, während die „Sicherung der Beschäftigung“ bloß ein „wichtiges Ziel“ ist; von Vollbeschäftigung ist gar keine Rede. „Ohne Stabilisierung der Sozialausgaben im Budget ist das Ziel der Budgetkonsolidierung nicht erreichbar“, lautet die lapidare Ankündigung von Sozialabbau und Rentenklau im Koalitionspapier. Das Institut für Höhere Studien schätzt unter ziemlich optimistischen Annahmen als Folge der Reduzierung des Budgetdefizits auf 3,3 Prozent des BIP bis 1991 ein Ansteigen der Arbeitslosenrate von heute rund 5,5 Prozent auf 8 Prozent im Jahresdurchschnitt. Während ein Drittel

der Bevölkerung verelendet, werden unter dem Titel der Budgetsanierung 15
 100 Bei der Durchsetzung dieser „Konsolidierungsmaßnahmen“ rechnen die Herrschenden nicht mit nennenswerten Widerständen seitens der Lohnabhängigen. Diese wurden in den letzten
 105 fünfundsiebzig Jahren durch die Sozialpartnerschaft eingelullt, in deren Umarmung ihr Klassenbewußtsein und ihre Kampferfahrung ersticken. Zudem kontrollieren die Parteizentralen von SP und VP die beiden stärksten Gewerkschaftsfraktionen, damit
 110 auch von dieser Seite keine Überraschungen passieren können. Jene, die sich wehren, werden als Kommunisten oder „nützliche Idioten“ abgetan, wodurch sich auch die inhaltliche Diskussion erübrigt. So wie unter den konservativen Regierungen der BRD und Großbritanniens die Rechte der Lohnabhängigen und der Gewerkschaften eingeschränkt wurden, werden auch
 120 bei uns erkämpfte Rechte der Arbeit, „nehmer“ beseitigt, „notwendige“, wenn auch „schmerzliche“, Strukturmaßnahmen“ durchgeführt um der Profitmaximierung der Industrie und Banken willen, dem ersten und letzten Sachzwang ökonomischen und politischen Handelns. Entgegen anderslautenden Erklärungen wird sich die Gesellschaft nicht als Zeitgeist, sondern
 130 als Klassengesellschaft manifestieren. Die Große Koalition stellt eine gewaltige Machtakkumulation dar, die über die beiden Regierungsparteien alle legislativen und gremialen Vertretungen beherrscht und jede Verfassungsänderung und jedes Gesetz nach Zweckmäßigkeit als Verfassungsgesetz beschließen kann. Das heißt, nicht nur ökonomische Sicherheiten, sondern auch die bürgerlich-demokratischen Rechte gehen bei Bedarf bachab.
 140 Für die Solidarität mit Lateinamerika bedeutet die Budgetsanierung
 145 ● die Kürzung der direkten Subventionen der Bundesregierung, da diese bis 1991 um ein Drittel gekürzt sein sollen;
 150 ● die Kürzung der Mittel für Entwicklungsprojekte, die tatsächlich den Menschen helfen;
 ● die Entwicklungshilfe wird noch stärker als bisher in Form der Exportförderung (Bürgschaften usw.) zur Entwicklungshilfe für die heimische Industrie und die österreichischen Töchter ausländischer Multis verkommen.
 155 Die Außenpolitik der Großen Koalition unter einem Alois Mock, dem Vorsitzenden der Europäischen Demokratischen Union (EDU) und früheren Präsidenten der Internationalen Demokratischen Union (IDU), wird, wie er schon angekündigt hat, Schwerpunkte verlagern. Die IDU-Politik wird zum schwarzen Faden der österreichischen Außenpolitik, zur Strangulierung der österreichischen Außenpolitik als
 160 österreichischer, da die IDU-Positionen sich an den vitalen Interessen der USA und ihrer völkerrechtswidrigen und kriegstreiberischen Politik orientieren. Mock, the Austrian Voice of America.
 Wie der Bock als Gärtner wird der Außenminister Mock für die Entwicklungshilfe sein. Die Versetzung des Entwicklungsattachés aus Nicaragua
 165 libre, der im Tausch für die diplomatische Anerkennung der US-Marionette Duarte nach Managua ging, nach Costa Rica war eine der ersten Unternehmungen in diese Richtung. Als Letztverantwortlicher wird Mock es verstehen, Geld für IDU-Projekte loszueisen, die der Aufstandsbekämpfung (wie die steirische Landesregierung schon eines in El Salvador finanziert), der Kriegsvorbereitung und der Aufrüstung (wie in Costa Rica) dienen und der Unterstützung reaktionärer, konservativer Regierungen.
 170 Diesen Absichten und Plänen der Wende haben wir nur unsere gemeinsame Kraft, unser Wissen und unsere Vision einer gerechten Welt entgegenzusetzen. Dazu müssen wir, um gehört zu werden, unsere Stimmen koordiniert einsetzen, an der Schaffung einer breiten Gegenöffentlichkeit arbeiten, um unsere Vorstellungen und Forderungen in der Bevölkerung zu verankern.
 175 Angesichts des Kommenden könnte die Zeitschrift „Solidarität mit Lateinamerika“ folgendes leisten:
 1. Sie schafft als gemeinsame Tätigkeit verschiedener Komitees eine zusätzliche Verbindung zwischen den Komitees, über Personen, die in der Zeitschrift mitarbeiten und in den Komitees selbst. Sie dient der Information über Aktionen, Aktionsformen, Veranstaltungen und dem Erfahrungsaustausch darüber. Die Zeitschrift bietet ein zusätzliches Forum für die Diskussion der Komitees untereinander, um die Diskussion in der Zeit zwischen
 180 großen gemeinsamen Aktionen und als Vorbereitung darauf in Gang zu halten. Dadurch und durch die theoretische Diskussion übergreifender Themen (siehe 2.) trägt die Zeitschrift zur Klärung des Selbstverständnisses der Solidaritätsbewegung bei. Abweichende Meinungen zu dem einen oder anderen Thema, verschiedene Einschätzungen von gesellschaftlichen
 185 Prozessen werden in ihr Platz haben und sollen da diskutiert werden.
 2. Die Auseinandersetzung mit übergreifenden Themen wie Verschuldung, Multis usw. wird von den Komiteezeitungen – soweit vorhanden – kaum oder gar nicht geleistet, weil diese stärker an den unmittelbaren Bedürfnissen der Gruppe und den lokalen, zeitlichen und landesspezifischen Notwendigkeiten orientiert sind. Ich sehe aber die theoretische Fundierung und Analyse vor allem angesichts des unter dem Thema Große Koalition Gesagten als Voraussetzung der Solidaritätsarbeit, als politische Arbeit an.
 190 Wollen wir in der Solidaritätsbewegung, in all unserem Organisieren und dem Rauch, der noch zu unserer Verwirrung gemacht wird, die Grundlagen und Perspektiven unserer Arbeit nicht

verlieren, bedarf es der vertieften Diskussion von für unsere Solidaritätsarbeit fundamentalen Fragenkreisen und der Klärung unserer Standpunkte.

Günstiger ist es, selbst Themen in die Öffentlichkeit zu tragen und die Diskussion darüber zu fördern, als ewig hinter den von den Desinformationszentralen vorgegebenen Themen mit hängender Zunge hinterherzulaufen. Die Zeitschrift wird Länderberichte und Hintergrundanalysen zu lateinamerikanischen Ländern – auch kontroverse Einschätzungen – bringen und hat sie auch bisher schon gebracht. Thematische Schwerpunkte einer jeden Nummer sind also:

- Länderanalysen und -berichte,
- theoretische Aufarbeitung übergreifender Themen,
- Berichte über Aktionen der Solidaritätsbewegung.

„Solidarität mit Lateinamerika“ ist nicht das Sprachrohr der Solidaritätsbewegung mit Lateinamerika, aber wir wollen mit diesem Blatt und den uns zur Verfügung stehenden Kräften den Informationsaustausch verbessern.

Dazu brauchen wir die Mitarbeit eines jeden, und daran mitzuarbeiten laden wir alle Komitees herzlich und dringend ein.

Angesichts des verschleierns Enthüllungs- und geschichtslosen Ereignisjournalismus der Medien ein Medium für aufklärende, geschichtsbewußte Öffentlichkeitsarbeit!

Angesichts einer aggressiv aggressive Bewußtlosigkeit produzierenden Bewußtseinsindustrie ein Medium, das Aggression, Aggressor und Opfer benennt!

Angesichts einer Kultur ungeniert verachtenden Kulturindustrie ein Medium der Achtung der Kulturen!

Angesichts einer Täter und Opfer vergessenmachenden, technokratischen Sprache ein Medium, in dem eine humane, Wohl und Wehe der Menschen artikulierende Sprache gesprochen wird!

Euer verstärktes Engagement für unsere gemeinsame Sache, für die Solidarität mit Lateinamerika!



Quellenverzeichnis

Primärquellen der Diskursanalyse

Solidarität mit Chile. Bulletin der Chile-Solidaritätsfront, 1/1974 -4/1977.

Solidarität mit Lateinamerika. Bulletin der Chile-Solidaritätsfront, 1/1978-1/1985.

Solidarität mit Lateinamerika, 2/1985-1/1987.

Venceremos. Information der Chile-Solidaritätsfront, 1/1985-4/1992.

Sekundärliteratur

Austin, John L. (2002): Zur Theorie der Sprechakte (How to Do Things with Words). Stuttgart: Reclam

Balsen, Werner/ Rössel, Karl (1986): Hoch die Internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte Welt-Bewegung in der Bundesrepublik. Köln: Kölner Volksblatt-Verlag.

Bayertz, Kurt (1998): Begriff und Problem der Solidarität. In: Bayertz, Kurt (Hg.): Solidarität. Begriff und Problem. Frankfurt am Main: Suhrkamp (11-53).

Berger, Herbert (2003): Solidarität mit Chile. Die österreichische Chile-Solidaritätsfront 1973-1990. Wien; Verband Wiener Volksbildung.

Bode, Ingo (1999): Solidarität im Vorsorgestaat. der französische Weg sozialer Sicherung und Gesundheitsversorgung, Deutsch-französische Studien zur Industriegesellschaft, Bd. 22. Frankfurt am Main, New York: Campus.

Camus, Albert (1969): Der Mensch in der Revolte. Reinbeck: Rowolth

Christoph, Klaus (1979): Solidarität, Bd. , Grundwerte: Texte zur politischen Bildung. Baden-Baden: Signal.

Drinck, Barbara (2005): Vatertheorien. Geschichte und Perspektive. Opladen:

Barbara Budrich Verlag.

Eder, Franz X. (2006): Historische Diskurse und ihre Analyse- Eine Einleitung. In: Eder, Franz X: Historische Diskursanalysen, Genealogie, Theorie, Anwendungen. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften (9-26).

Fischer, Karin (2008): Globalisierung und der neue Internationalismus. Akteure, Ideen und Handlungsformen. In: Fischer, Karin/ Zimmermann, Susan: Internationalismen. Transformation weltweiter Ungleichheit. Wien: Promedia (193-214).

Foucault, Michel (1981): Archäologie des Wissens. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Foucault, Michel (1989): Raymond Roussel. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Foucault, Michel (1991): Die Geburt der Klinik. Eine Archäologie der Humanwissenschaften. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Foucault, Michel (1997): Archäologie des Wissens. 8. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Franz, Margit (1993): Venceremos - auch hierzulande?: Österreichs Entwicklungszusammenarbeit mit dem sandinistischen Nicaragua. Graz (Dipl.).

Haunss, Sebastian (2007): Geschichte und Perspektiven sozialer Bewegungen. In: Bernd Hüttner/Gottfried Oy/Norbert Schepers (Hg.) (2005): Vorwärts und viel vergessen. Beiträge zur Geschichte und Geschichtsschreibung neuer sozialer Bewegungen. Neu-Ulm: AG SPAK (27-42).

Hierlmeier, Josef (Moe) (2002): Internationalismus. Eine Einführung in die Ideengeschichte des Internationalismus – von Vietnam bis Genua. Stuttgart.

Hödl, Gerald (1990): Die Dritte Welt in Ideologie und Politik der österreichischen Sozialdemokratie 1970-1983. Graz (Dipl.).

Jäger, Siegfried (1999): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. Duisburg: DISS.

Kaller-Dietrich, Martina/ Mayer, David 2002: Geschichte Lateinamerikas im 19. und 20. Jahrhundert. Ein historischer Überblick. In: [HYPERLINK "http://www.lateinamerika-studien.at/content/geschichtepolitik/geschichte/geschichte-260.html"](http://www.lateinamerika-studien.at/content/geschichtepolitik/geschichte/geschichte-260.html)

Kaller-Dietrich, Martina (2008): Theologie der Befreiung: Medellin 1968. In: Jens Kastner/ David Mayer (Hg.): Weltenwende 1968? Ein Jahr aus global-geschichtlicher Perspektive. Wien (Mandelbaum) (68-82).

Kanamüller, Ursula (1992): Solidaritätsarbeit: nutzlose Anstrengung? Möglichkeiten und Grenzen des Lernens in politischem Handeln am Beispiel der österreichischen Solidaritätsbewegung für Nicaragua (1979 - 1989). München, Wien: Profil-Verlag.

Keller, Reiner (2006): Wissen oder Sprache. Für eine wissensanalytische Profilierung der Diskursforschung. In: Eder 2006 (51-69).

Keller, Fritz (2008): Wien, Mai 1968 - Eine heiße Viertelstunde. Wien: Mandelbaum.

Kolland, Franz (1984): Der Beitrag der Dritte-Welt-Bewegung zur politischen Kultur Österreichs – Wirkung und Einflußnahme auf die österreichische Entwicklungspolitik. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaften, 1984/2. Wien (165-183).

Klein, Naomi (2007): The Shock Doctrine. The Rise of Disaster Capitalism. New York

Kössler, Reinhart/ Melber, Henning (2002): Globale Solidarität. Eine Streitschrift. Frankfurt am Main: Brandes & Aspel.

Kramer, Helmut (1984): Zur Rolle der Öffentlichen Meinung in der Außenpolitik. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaften, 1984/2. Wien (141-165).

Kramer-Fischer, Dorit (1987): Charakterisierung der Solidaritätsbewegung mit Lateinamerika. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie. Wien Jg. 12 1987/2

Landwehr, Achim (2008): Historische Diskursanalyse. Frankfurt am Main: Campus.

Luger, Kurt (1986): Vom kritischen Bewußtsein zum solidarischen Handeln. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft. Wien 1986/2 (171-182).

Mayers Grosses Taschenlexikon in 24. Bänden (1981): Bd. 6. Mannheim-/Wien/Zürich

Nietzsche, Friedrich (1991 [1887]): „Zur genealogie der Moral. Eine Streitschrift dem Letztveröffetnlichten ‚Jenseits von Gut und Böse‘ zur Verdeutlichung beigegeben“. In: Jenseits von Gut und Böse. Zur Genealogie der Moral. Stuttgart: Kröner (249-412).

Oy, Gottfried (2007): "Haut dem Springer auf die Finger". Neue Soziale Bewegungen und ihre Medienpolitik. In: Bernd Hüttner/Gottfried Oy/Norbert Schepers (Hg.) (2005): Vorwärts und viel vergessen. Beiträge zur Geschichte und Geschichtsschreibung neuer sozialer Bewegungen. Neu-Ulm: AG SPAK

Pelinka, Peter (2005): Eine kurze Geschichte der SPÖ. Wien: Ueberreuter.

Pilz, Brigitte (1983): Engagement für die Dritte Welt. Caritative Hilfestellung oder entwicklungspolitische Arbeit? In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie. Wien 8 Jg. 1983/2 (50-56).

Preuß, Ulrich K. (1998): Nationale, supranationale und internationale Solidarität. In: Bayertz, Kurt (Hg.): Solidarität. Begriff und Problem. Frankfurt am Main: Suhrkamp (399-410).

Reisz, Gesa (2006): Solidarität in Deutschland und Frankreich. Eine politische Deutungsanalyse. Opladen: Barbara Budrich Verlag.

Reisz, Gesa (2007): Der solidarische Staat. Solidaritätsdeutungen in Deutschland und Frankreich und ihre politischen Bedeutung heute. In: Hermann-Josef Kracht/Tobias Karchner SJ/Christian Spieß (Hg) (2007): Das System des Solidarismus. Zur Auseinandersetzung mit dem Werk von Heinrich Pesch SJ, Studien zur christlichen Gesellschaftsethik, Berlin: LIT Verlag, 31-59.

Stoff, Alexander (2007): Die Sandinistische Revolution in Nicaragua im Spiegel der entwicklungspolitischen Presse in Österreich – eine Diskursanalyse. Wien (Dipl.).

Tenfelde, Klaus (1998): Arbeiterschaft, Solidarität und Arbeiterbewegung. Kommentar zum Beitrag von Karl H. Metz. In: Bayertz, Kurt (Hg.): Solidarität. Begriff und Problem. Frankfurt am Main: Suhrkamp (195-201).

Wildt, Andreas (1998): Solidarität-Begriffsgeschichte und Definition heute. In: Bayertz, Kurt (Hg.): Solidarität. Begriff und Problem. Frankfurt am Main: Suhrkamp (202-216).

Wirth, Uwe (Hg., 2002): Performanz. Zwischen Sprachphilosophie und Kulturwissenschaften. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Zulehner, Paul M./ Denz, H./ Pelinka, A./Talos E. (1997): Solidarität. Option für die Modernisierungsverlierer. Innsbruck: Tyrolia.

Interviews

Interview mit Johannes Seitner vom 16.07.08

Interview mit Herbert Berger vom 18.08.08

Internet

<http://www.lateinamerika-studien.at/content/geschichtepolitik/geschichte/geschichte-260.html> (30.09.08)

http://www.uni-koblenz.de/~diekmann/zfal/zfalarchiv/zfal36_2.pdf (27.09.08)

<http://www.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB8/ch10-05.htm> (15.09.08)

<http://www.comisiontortura.cl/> (20.09.08)

<http://www.lateinamerikanachrichten.de/?/service/ueberuns.html> (4.10.08)

Zusammenfassung

Im Mittelpunkt meiner Diplomarbeit steht eine Charakterisierung des Diskurses der österreichischen *Chile-Solidaritätsfront*. Diese Organisation formierte sich 1973 in Folge des gewaltsamen Putsches rechter Militärs in Chile. Das *Bulletin der Chile-Solidaritätsfront* erschien unter verschiedenen Namen bis 1992 und entwickelte sich vom internen Informationsrundbrief zu einem wichtigen Medium der österreichischen Solidaritätsbewegung mit Lateinamerika. Mit der Methode der kritischen Diskursanalyse wird dieses Medium untersucht. Die Frage nach Verschiebungen, Kontinuitäten und Brüchen in diesem Diskurs steht im Vordergrund.

Den theoretischen Ausgangspunkt bildet die These vom Bedeutungswandel im Konzept der internationalen Solidarität: Während *Internationale Solidarität* lange Zeit die Kämpfe der organisierten Arbeiterbewegung umrissen hatte, vollzog sich durch die Solidaritätsbewegungen der 1970er und 1980er Jahre ein Bedeutungswandel in Richtung Nord-Süd Orientierung. Dazu gehe ich zunächst der Deutungsgeschichte von *Solidarität* im Kontext sozialistischer Bewegungen nach. Analysiert wird, in welcher Form sich dieser Bedeutungswandel im *Bulletin der Chile-Solidaritätsfront* verfolgen lässt. Ergebnis ist, dass sich die Antifaschistische Solidarität der Chile-Solidaritätsfront der 1970er Jahre durch die Entwicklungen der 1980er Jahre und die Kooperationen und Vermengungen mit Friedens- und Dritte-Welt-Bewegung verändert hat. Zusätzlich gewann der Charakter der karitativen Hilfestellung für die hungernden und ausgebeuteten Menschen des Südens für den politischen Solidaritätsbegriff an Bedeutung. Es lässt sich eine Verschiebung vom Antifaschismus zum Antiimperialismus als einendes Konstitutionsmoment im Diskurs der österreichischen Solidaritätsbewegung feststellen.

Abstract

My diploma thesis is centered on the characterization of the discourse of the Austrian *Chile-Solidaritätsfront*. This Organization was formed in 1973, after the violent coup by right-wing military leaders in Chile. The *Bulletin der Chile-Solidaritätsfront* was issued under different names until 1992, and developed, from being an internal newsletter, into an important medium promoting the Austrian solidarity movement with Latin America. This medium is examined using the method of critical discourse analysis. The focus lies on questions concerning frictions, continuities and fractures within this discourse.

The theoretical starting point considers the assumption that there was a change of meaning in the concept of international solidarity. While *International Solidarity* was focused on the struggle of the organized labor movement for a long time, a shift of meaning towards a north-south orientation occurred through the solidarity movements of the 1970's and 1980's. So far, I give an overview on the history of the term *Solidarity* in the context of socialist movements. This discourse analysis questions if, and to what degree the mentioned shift of meaning and orientation has taken place in the Austrian *Bulletin der Chile-Solidaritätsfront*. The classical anti-Fascist stands of solidarity in the 1970s shifted to a concept of solidarity as linked and pronounced by emerging International Peace- and Third-World-Movements. In the 1980s additionally to these topics a major concern with charity like assistant concerns regarding poor and starving people in the so called South contributed to a broadening sense of political solidarity within the Austrian Solidarity Movement.

Lebenslauf

Jakob Ernst Wurm, geboren am 03.07.1982 in Wien.

1988-1992: Volksschule in Wien.

2000: Matura am GRG 15. Auf der Schmelz.

Seit 2002: Diplomstudium Geschichte und Fächerkombination Philosophie, Internationale Entwicklung und Politikwissenschaften an der Universität Wien.

Thematische Schwerpunkte während des Studiums:

Diskurstheorie/Diskursanalyse, Strukturalismus/Poststrukturalismus, Soziale Bewegungen im 20. und 21. Jahrhundert.

2006: Geburt des Sohnes Ilja.